Proletarier:innen aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

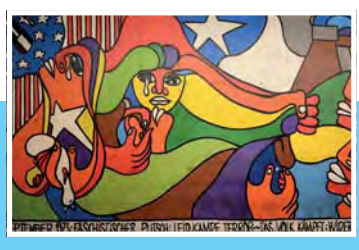
TROTZ ALLEDEM!

Nr. 92 • September 2023 • 2,50 €

Stoppt die imperialistischen Kriege!

In der Ukraine & überall in der Welt!
Sofortiger Waffenstillstand in der Ukraine ohne Vorbedingungen!

50 Jahre faschistischer Putsch
Chile
1973 – 2023



Clara Zetkin
Stellung der Kommunisten zum Pazifismus

Randnotizen zum Aufruf
„Stoppt das Töten in der Ukraine"

Rückblick & Ausblick -
Vor der Wahl ist nach der Wahl
Wahlergebnisse Nordkurdistan/Türkei

Inhalt

Krieg & Perspektiven

Im militärischen Gleichschritt wohin?! 3

Clara Zetkin
Die Stellung der Kommunisten zum Pazifismus 15

Randnotizen zum Aufruf „Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!“ 19

Dokumentiert
Aufruf „Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!“ 21

Klassenkampf

Fabrik-Zeitung Klasse gegen Klasse!
Auf allen Straßen & Plätzen unser Widerstand
Gegen imperialistische Kriege! Für eine neue Welt! 23

International

Vor 50 Jahren faschistischer Putsch in Chile
Chile 1973 – 2023 26

Internationale Bewegung

Rückblick und Ausblick
Ergebnisse der Parlaments- & Präsidentschaftswahlen Nordkurdistan/Türkei 37

Ein Jahr nach Aufstand im Iran
Jin Jiyan Azadi – Frau, Leben, Freiheit 44

Kontaktadresse: Postfach 48,
73550 Waldstetten
trotzalledem1@gmx.de – trotzalledem.org
V.i.S.d.P.: H. König, Kafkastr. 56, 50829 Köln
Jahresabo 15,- Euro inklusive Versand

Liebe Genoss:innen und Leser:innen,

in dieser Ausgabe steht wieder im Mittelpunkt die aktuelle **Entwicklung der Weltlage**. Themen sind Aufrüstung, Militarisierung und Kriege in Verknüpfung mit der Klimafrage und der Situation der Werktätigen.

Zur Diskussion über **Forderungen im antimilitaristischen und antiimperialistischen Kampf** dokumentieren wir den Artikel von Clara Zetkin **„Die Stellung der Kommunisten zum Pazifismus“**.

Kritisch setzen wir uns in diesem Zusammenhang mit dem **Bündnis-Aufruf „Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!“** auseinander.

Zum **Antikriegstag am 1. September** veröffentlichen wir unsere aktuelle **Fabrikzeitung.**

Der **50. Jahrestag des faschistischen Putsches in Chile** ist für uns Anlass einen Überblick über die politischen Entwicklungen im Land seit 1973 zu geben.

Ein **knapper Rückblick** auf die gelaufenen **Parlaments- und Präsidentschaftswahlen** in **Nordkurdistan/Türkei** kommentiert die Wahlergebnisse. Die Reaktionen der wichtigsten Parteien und insbesondere der linken Bewegung werden kritisch bewertet.

Macht's gut & vielleicht sehen wir uns auf der Büchermesse in Nürberg?!

Euer Redaktionskollektiv

Wofür stehen wir?

Wir sind Kommunist:innen verschiedener Nationalitäten, die als Alternative zum imperialistischen BRD-System für die sozialistische Revolution in Deutschland arbeiten. 1996 erschien die erste Nummer unserer Zeitung *Trotz alledem!*. Für uns ist sie eine Waffe im Kampf für die Bolschewistische Partei in Deutschland. Trotz aller Abgesänge vom Ende des Kommunismus, von der‚nicht machbaren Utopie' halten wir daran fest: Der Sozialismus ist keine Utopie! Er ist die einzige Alternative zur imperialistischen Barbarei. Unser Fundament ist die Theorie des Marxismus-Leninismus. Sie ist die in den unerbittlichen Kämpfen der internationalen Arbeiter:innenbewegung gewonnene Erkenntnis, Verallgemeinerung und Anleitung zur revolutionären Praxis. Die heutige revolutionäre Praxis des Parteiaufbaus umfasst die Entwicklung der Theorie der Revolution in der BRD, die Herausbildung von standhaften Kämpfer:innen und die Schaffung einer organisatorischen Struktur. Sie ist untrennbar verbunden mit unserem täglichen Klassenkampf. In den Fabriken wird sich die Avantgarde des Proletariats herausbilden, wenn der wissenschaftliche Sozialismus mit der Kampfkraft der Arbeiter:innen sich zusammenfügt.

Redaktionskollektiv *Trotz alledem!*

Im militärischen Gleichschritt ...Wohin?

Wenn heutzutage in den **Medien** die Rede von Mardern, Pumas, Leoparden ist, wissen wir, dass nicht Tiere gemeint sind. **Nein**, die Rede ist von tödlichen Kriegsmaschinen „Made in Germany!". Das Land, aus dem in zwei Weltkriegen der **Tod** als „**ein Meister aus Deutschland"** über die Völker der Welt kam! [1]

Pensionierte Bundeswehrgeneräle sind gern gesehene, ständige Gäste in Talk-Shows. Sie erklären als Experten des Mordens dem Volk die Vorzüge deutscher Waffen. Sie kommentieren die Frontverläufe im laufenden Krieg in der Ukraine und stellen Forderungen an die deutsche Regierung, weitere und immer mehr Waffen zu liefern. Die fast völlig gleichgeschalteten Staats- und Privatmedien fungieren als Lobbyisten der Rüstungsindustrie und Propagandisten der Regierungspolitik der Kriegshetze und Kriegstreiberei.

Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 ist die **aggressive Kriegspropaganda** für den „Sieg über Russland", Teil des normalen Alltags in Deutschland. An der ist nicht vorbeizukommen.

Wie dieser Sieg aussehen soll, dazu gibt es verschiedene Szenarien. Das **gängigste ist das der offiziellen Ukraine**. *„Alle von Russland besetzten Gebiete, einschließlich der 2014 annektierten Krim werden befreit"* tönt der ukrainische Kriegsherr, der von den westlichen imperialistischen Propagandamaschinen zum Superhelden hochgejubelte Selenskyj. Nach seiner Vorstellung werden *„erst Friedensverhandlungen stattfinden, wenn Russland seine Soldaten aus allen besetzten Gebieten zurückzieht"*.

Für **die andere Kriegspartei, das imperialistische Russland**, ist die Anerkennung des **Status Quo an der Front** die Voraussetzung für Friedensverhandlungen. Das hieße, dass die Ukraine und ihre Brötchen- und Waffengeber, die westlichen imperialistischen Mächte, angeführt von den USA, de facto die **Annexion** von etwa **20** Prozent des ukrainischen Staatsterritoriums anerkennen. Friedensverhandlungen wären dann ein Ringen mit Putin um die Frage *„Wie viele dieser 20 Prozent bist du bereit zurückzugeben MIT ‚verbindlichen!!' Sicherheitsgarantien".*

Da die imperialistische Atom-Großmacht Russland ihre Truppen aus den besetzten Gebieten nicht zurückziehen und der Westen aktuell die „territoriale Integrität" der Ukraine nicht aufgeben will, werden wir weiter jeden Tag mit Kriegsberichterstattung und Expertenerklärungen über Frontverläufe etc. „bombardiert".

Zwar laufen verschiedene Initiativen für die Aufnahme von Friedensverhandlungen, wie z.B. die Friedensinitiative einiger afrikanischen Länder im Juli, Vermittlungsversuche Erdoğans durch häufige Gespräche mit Putin und Selenskyj und zuletzt die Konferenz von vierzig Ländern in Chidda, unter Federführung des saudischem Thronfolgers Muhammad bin Salman Anfang August.

An der Tatsache, dass dieser Krieg bei diesen Maximalforderungen beider Seiten für Friedensverhandlungen noch lange nicht mit einem imperialistischen Frieden beendet werden kann, werden diese Friedensinitiativen zur Zeit nichts ändern.

Der Krieg zieht sich in die Länge und dehnt sich aus

Jeden Tag wird dieser Krieg gefährlicher für die ganze Welt, weil er das Potenzial hat, sich zu einem, wenn auch begrenzten, **Atomkrieg** zu entwickeln.

Die Drohgebärden hochrangiger Politiker Russlands, wie z.B. Medwedew *„Russland wird, wenn es in Gefahr geraten sollte, nicht zögern auch sein Atomwaffenarsenal einzusetzen"* stehen ständig im Raum.

Der im Verlaufe des Kriegs **mehrmals beschädigte Staudamm** und das **Elektrizitätswerk Kachowka** wurden in der Nacht des 6. Juni 2023 durch mehrere Explosionen zerstört. Der Damm brach auseinander. Die anschließende Überflutung großer Teile des Gebiets um Cherson betraf über 60 000 Menschen, darunter auch einige russische Militärverbände. Die Kriegsparteien haben sich gegenseitig beschuldigt, die Explosionen ausgelöst zu haben. Egal welche Version stimmt, es zeigt sich welche Methoden beide Kriegsparteien bereit und fähig sind kaltblütig anzuwenden.

Auch was den von Russland besetzten **größten Atommeiler Europas** in **Saporitschja** angeht, spielen beide Seiten mit dem Feuer. Die Ukraine beschuldigt Russland der Platzierung von Bomben und Sprengstoff auf dem Dach des Meilers, um ihn in die Luft zu

1 Paul Celan, „Todesfuge", wikipedia.org/wiki/Todesfuge

jagen. Russland wirft der Ukraine vor, eine Aktion gegen den Atommeiler Saporitschja zu planen, um diese Russland in die Schuhe zu schieben und dann als Kriegsverbrecher beschuldigen zu können.
Sozusagen als weiteren Beweis für das von der Ukraine lautstark geforderte, vom **EU Quatschbuden-Parlament** im Januar mit großer Mehrheit beschlossene **Sondertribunal gegen Putin.** [2]
Als Instrument in der Kriegsführung wurde vom IstGH (Internationaler Strafgerichtshof) in Den Haag, der von Russland nicht anerkannt wird, Mitte März ein Haftbefehl gegen Putin wegen „Verschleppung von Kindern ins Ausland" erlassen.
Russland ist, wie übrigens unter anderem auch die USA und China, nicht Teil des IstGH und würde als ständiges Mitglied mit Vetorecht im UN-Sicherheitsrat eine Überweisung an das Gericht wohl blockieren. Also versuchen die westlichen Imperialisten ein „Sondertribunal" zu basteln. Sie berufen sich zudem auf den „Nürnberger Kriegsprozeß" [3] gegen einige wenige Nazi-Größen nach dem zweiten Weltkrieg. Was für ein Frevel und welche Geschichtsfälschung!
Der Krieg in der Ukraine ist **kein Krieg** zwischen einem faschistischen Staat und einer antifaschistischen Allianz gegen Nazis. Es ist ein innerimperialistischer Krieg, ein Krieg zwischen den westlichen Imperialisten und der imperialistischen Großmacht Russland und ihren Verbündeten. Das nationale Moment in diesem Krieg, der Kampf der Ukraine gegen die Besatzung, ist nicht bestimmend für den Charakter dieses Kriegs.
Was die Nazis betrifft, so kämpfen Nazi-Schergen auf beiden Seiten in diesem Krieg. Fakt ist, dass in diesem Krieg nicht nur Putins Russland sondern auch die Ukraine und der „Westen" massive Kriegsverbrechen begehen.
Die Lage wird immer gefährlicher. Nicht zuletzt durch direkte Angriffe mit Kamikaze-Drohnen auf Moskau, die den Krieg nach Russland tragen sowie durch Angriffe auf russische Kriegs- und Handelsschiffe im Schwarzen Meer mit Nautischen Kamikaze-Drohnen.
Die **westlichen imperialistischen Mächte** tun ihr Bestes, **um diesen Krieg in die Länge zu ziehen,** indem sie die Ukraine mit immer mehr Waffen und Munition ausrüsten. Deutschland ist dabei mit an vorderster Front. Einige Westmächte, allen voran die US-Biden-Administration gehen sogar soweit, „international geächtete" Kampfmittel, wie Streumunition an die Ukraine zu liefern. Allerdings hat zwar die Mehrheit der NATO-Mitglieder die internationale Ächtungserklärung, „Übereinkommen über Streumunition" unterschrieben. Aber weder die USA, noch Russland noch die Ukraine haben dieses Abkommen unterzeichnet.
Da stellt sich der **NATO-Generalsekretär** bei einer Pressekonferenz hin und beantwortet die Frage zur Haltung der NATO zu diesem Munitionseinsatz folgendermaßen: *„Sehen Sie. Beide Seiten verwenden in der Ukraine Streumunition. Aber, Russland verwendet es als Aggressor, die Ukraine aber verteidigt sich damit."*
Kein Wort dazu, zum Beispiel von der ach so feministischen **Außenministerin Baerbock** von den ehemals ach so pazifistischen Grünen. Sie ist eher damit beschäftigt, für die Weiterführung des Kriegs „bis zur Niederlage Russlands" zu hetzen.

Streumunition und Deutschland
oder was ist die Unterschrift unter ein internationales Abkommen wert?
Ein Lehrstück

2008 ist auf Initiative der UNO ein internationales „Übereinkommen über Streumunition" zustande gekommen. Dieses Abkommen ist Teil des sogenannten „Völkerrechts". Aber wie alle anderen Bestandteile des Völkerrechts ist es nur für die Staaten bindend, die dieses Abkommen unterzeichnet haben.
Dieses Abkommen über Streumunition wurde bis

2 Sondertribunal, da vor dem Haager Internationalen Strafgerichtshof (IstGH) laut Statut nur Fälle behandelt werden können, in denen Kläger und Beklagte Mitglied des Gerichtshofs sind oder ein Fall vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen an den IstGH überwiesen wird.

3 „Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946" in Nürnberg

2016 von 118 Staaten unterzeichnet. Einer der „stolzen" Signatoren, der auch an der Erarbeitung des Dokuments 2008 mitgewirkt hat, war der deutsche Staat, vertreten durch seinen damaligen Außenminister, den heutigen Bundespräsidenten, der Sozialdemokrat **F. W. Steinmeier.**

Sieben von 28 EU-Staaten (Griechenland, Finnland, Estland, Litauen, Polen, Zypern und Rumänien) und **sechs der 28 Nato-Mitgliedsstaaten** (USA, Griechenland, Türkei, Polen, Estland und Litauen) haben das Abkommen **nicht** unterschrieben. Weitere Staaten wie China, Russland, Iran und auch die Ukraine gehören ebenfalls **nicht** zu den Unterzeichnern dieses Abkommens. [4] Das heißt nichts anderes, als dass sich Deutschland **völkerrechtlich bindend** dazu verpflichtet hat, den **Einsatz von Streumunition international** abzulehnen.

Was passierte aber, als die USA der Ukraine Streumunition in großen Mengen natürlich über ihre Militärbasen in Deutschland lieferte? Der ach so ehrbare Staatspräsident der BRD, **Steinmeier**, verkündete: *„Daher finde ich die **deutsche Position** sich **gegen** die Streumunition auszusprechen* **richtig***, aber sie kann in der gegenwärtigen Situation **den USA nicht in den Arm fallen**. ... Man muss Verständnis dafür haben, dass die Ukraine die russischen Truppen zurückzudrängen versucht."* [5]

Regierungssprecher Steffen Hebestreit zeigte Ver-

4 auswaertiges-amt.de/blob/204782/9f1a1b7a6dea542fe3093990499069cf/streumunition-uebereink-vertragsstaatenliste-data.pdf, Stand 05.05.2016

5 www.zdf.de/politik/berlin-direkt/bundespraesident-steinmeier-ukraine-usa-streumunition-100.html

Übereinkommen über Streumunition

In der **Eingangsbegründung** heißt es in dem Abkommen:

„Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens ...

***– tief besorgt** darüber, dass die Zivilbevölkerung und einzelne Zivilpersonen weiterhin die Hauptleidtragenden von bewaffneten Konflikten sind;*

***– entschlossen**, ein für alle Mal das Leiden und Sterben zu beenden, das durch Streumunition im Zeitpunkt ihres Einsatzes verursacht wird, wenn sie nicht wie vorgesehen funktioniert oder wenn sie aufgegeben wird; besorgt darüber, dass Streumunitionsrückstände Zivilpersonen, einschließlich Frauen und Kindern, töten oder verstümmeln, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unter anderem durch den Verlust der Existenzgrundlagen behindern, die Wiederherstellung und den Wiederaufbau nach Konflikten beeinträchtigen, die Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen verzögern oder verhindern, sich nachteilig auf nationale und internationale Bemühungen um die Schaffung von Frieden und um humanitäre Hilfe auswirken können und weitere schwerwiegende Folgen nach sich ziehen, die noch Jahre nach Einsatz der Munition anhalten können;*

***– tief besorg**t ferner über die Gefahren, die von den großen einzelstaatlichen Streumunitionsbeständen ausgehen, die für einen operativen Einsatz zurückbehalten werden, und entschlossen, deren rasche Vernichtung sicherzustellen; (...)*

***– nachdrücklich betonend**, dass es wünschenswert ist, alle Staaten für dieses Übereinkommen zu gewinnen, sowie entschlossen, nach besten Kräften auf seine weltweite Geltung und seine umfassende Durchführung hinzuwirken; (...)*

***– gestützt auf die Grundsätze und Regeln** des humanitären Völkerrechts, insbesondere den Grundsatz, nach dem die an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Methoden und Mittel der Kriegsführung haben, und die Regeln, nach denen die an einem Konflikt beteiligten Parteien jederzeit zwischen der Zivilbevölkerung und Kombattanten sowie zwischen zivilen Objekten und militärischen Zielen unterscheiden müssen und sie daher ihre Kriegshandlungen nur gegen militärische Ziele richten dürfen, nach denen bei Kriegshandlungen stets darauf zu achten ist, dass die Zivilbevölkerung, Zivilpersonen und zivile Objekte verschont bleiben, und nach denen die Zivilbevölkerung und einzelne Zivilpersonen allgemeinen Schutz vor den von Kriegshandlungen ausgehen- sind wie folgt übereingekommen (…)".*

Von juristischem Firlefanz befreit, kurz zusammengefasst, die Begründung für das Abkommen:

Das Teuflische an der Streumunition ist, dass **Tausende von Kleinstbomben als Blindgänger auch lange nach dem Ende eines Kriegs weiter wirken und ehemalige Kriegsgebiete langfristig verminen**. Sie sind auch noch lange nach einem Krieg verantwortlich für Tod und Verletzung von Zivilist:innen.

Der erste Artikel des „Übereinkommens" lautet:

"Artikel 1

Allgemeine Verpflichtungen und Anwendungsbereich

(1) Jeder Vertragsstaat** verpflichtet sich, unter **keinen Umständen jemals

***a)** Streumunition einzusetzen,*

***b)** Streumunition zu entwickeln, herzustellen, auf andere Weise zu erwerben, zu lagern, zurückzubehalten oder an irgendjemanden unmittelbar oder mittelbar weiterzugeben,*

***c)** irgendjemanden zu unterstützen, zu ermutigen oder zu veranlassen, Tätigkeiten vorzunehmen, die einem Vertragsstaat aufgrund dieses Übereinkommens verboten sind."* [1]

1 auswaertiges-amt.de/blob/204778/b0c132557a6c64ca67116f638d3be4a2/081203-abkommenstreumunition-data.pdf

ständnis für die Lieferung durch die Vereinigten Staaten: *„Wir sind uns sicher, dass sich unsere US-Freunde die Entscheidung über eine Lieferung entsprechender Munition **nicht leicht** gemacht haben"*, sagte er.

Na dann, können wir ja beruhigt sein, wir wollen nur an den „verantwortungsvollen" Einsatz von Napalm im Vietnam-Krieg durch das US-Militär erinnern. Den haben sich die US-Imperialisten nach der Denke deutscher Politiker:innen sicherlich auch *„nicht leicht gemacht"*?!

Weiter rechtfertigt Hebestreit den Einsatz damit, die Streumunition würde von der Ukraine in ***„einer besonderen Konstellation"*** verwendet. *„Die Ukraine setzt eine Munition zum **Schutz der eigenen Zivilbevölkerung** ein. Es geht um einen Einsatz durch die eigene Regierung zur **Befreiung des eigenen Territoriums***".

Weiter behauptet Hebestreit dreist, ohne irgendwelche Beweise anzuführen: *„Wir sollten uns also auch noch mal vergegenwärtigen, dass **Russland** in einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine bereits **in großem Umfang** Streumunition eingesetzt hat."*

Nicht, dass wir falsch verstanden werden, wir sind nicht der Meinung, Russland würde keine Streumunition verwenden. Denn es gibt ausreichend Anhaltspunkte dafür, dass Russland durchaus Streumunition in Kriegen eingesetzt hat, so zum Beispiel im Krieg in Tschetschenien. Russland hat ja nicht umsonst das Abkommen gegen die Verwendung von Streumunition **nicht** unterzeichnet. Aber die Behauptung, dass Russland in der Ukraine *„bereits in **großem Umfang** Streumunition eingesetzt hat"*, ist durch keinen Beweis belegt. Aber macht ja nichts. Im Krieg stirbt immer zuerst die Wahrheit.

Der **Grünen-Politiker Anton Hofreiter** sprach sich gegen die Ausrüstung der ukrainischen Armee mit Streumunition aus. *„Die Lieferung von Streumunition **lehne ich ab**. Sie ist zu Recht geächtet",* sagte Hofreiter der Deutschen Presse-Agentur.

Endlich einer von der Grünen-Mitregierungspartei, der sich gegen die Intensivierung des Kriegs gegen die Völker in der Ukraine stellt, könnte man meinen. Aber falsch gedacht: Denn der „Vorsitzende des Europaausschusses im Bundestag" Hofreiter forderte anschließend *„**stattdessen** die Lieferung **deutscher Marschflugkörper an die Ukraine** und eine Unterstützung der von Dänemark und den Niederlanden geführten Kampfjet-Allianz mit Logistik und Ausbildung."* Und er forderte zu mehr Eile bei der Lieferung **schwerer Kriegsgeräte und Munition** an die Ukraine: *„Nachdem wir so lange gezögert und somit ermöglicht haben, dass die russische Armee die Front so schwer befestigt, sollten wir daraus lernen und schneller werden."*

Hofreiter will also auf jeden Fall eine **weitere Hochrüstung der Ukraine**. Nur bei der **Streumunition** ist es ihm **zu peinlich**, diese für einen Einsatz in der Ukraine zu fordern, da Deutschland das Abkommen zu ihrer internationalen Ächtung unterzeichnet hat. Hofreiter geht es also nur ums Image. [6]

Das ist in etwa die Argumentationslinie der Regierungspolitiker:innen. Zu ihnen gesellen sich die sogenannten „Militärexperten" und „Russland-Fachmänner".

Einer der gefragtesten **„Talk-Show-Militärexperten"**, Guido Schmidtke, kommentiert zur Streumunition: *„Damit kann man die Verteidigungslinien der Russen effektiver bekämpfen".* Ein Herr Christian Mölling von der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik" malt sich im Gespräch mit der Wirtschaftswoche folgendes aus: *„Diese Bomben sind ein Alptraum für Russlands Soldaten. Wenn auf einmal Schrapnell [7] vom Himmel regnet, vor dem sie sich kaum schützen können. Der Grad an Verletzungen wird hoch sein, die Lazarette (werden) schnell an ihre Grenzen kommen."* [8]

In den a-sozialen Medien ging es natürlich schlimmer zu. Ein für Zeit/FAZ/Welt arbeitender Schreiberling namens Artur Weigandt twitterte ***„Wenn Napalm helfen würde, die Russen zu vertreiben, sollten die USA auch Napalm liefern. Keine Frage."*** [9]

Na ja, warum nicht einige **taktische Atombömbchen** einsetzen, wenn es „gegen die Russen" hilft, fragen wir diese Kriegshetzer:innen.

Die Haltung der Bundesregierung ist ein Lehrstück darüber, was die Unterschrift einer bürgerlichen Regierung im Ernstfall bedeutet!

Der Wert ist **Nichts!** Hier gilt im Ernstfall die sogenannte **„Bündnistreue" vor „völkerrechtlich bindender Unterschrift" unter ein internationales Abkommen!** Ab damit in die Tonne!

Aber auch der Hauptunterstützer Russlands in diesem Krieg, die **Großmacht China**, das sich gerne als Friedensapostel hinstellt und sogar einen eigenen „Friedensplan" vorgelegt hat, ist hoch zufrieden mit der Weiterführung des Kriegs. Denn dieser Krieg hat die auf gegenseitigen Interessen basierenden guten Beziehungen zwischen dem russischen Imperialismus und den europäischen Imperialisten, vor allem mit Deutschland, gekappt. Mit der **Sprengung der Nordstream-Pipeline** wurde diese Verbindung im wahrsten Sinne des Wortes in der Luft zerrissen. Russlands Zukunft ist dadurch mit der Zukunft seines einzigen größeren „Partners", China, fest verbunden.

---

6 welt.de/politik/deutschland/article246272478/US-Plaene-Bundesregierung-signalisiert-Verstaendnis-fuer-Streumunition-Lieferung.html, 07.07.2023

7 Schrapnell: Sprenggeschoss mit Kugelfüllung

8 Konkret, 8/2023, Herrschaftszeiten, S. 11

9 ebenda, S. 10

Der Krieg Russlands mit dem Block der westlichen Imperialisten bindet die Kräfte und schwächt letztendlich sowohl die westlichen Imperialisten als auch Russland.

Nutznießer des Kriegs und die Heuchler

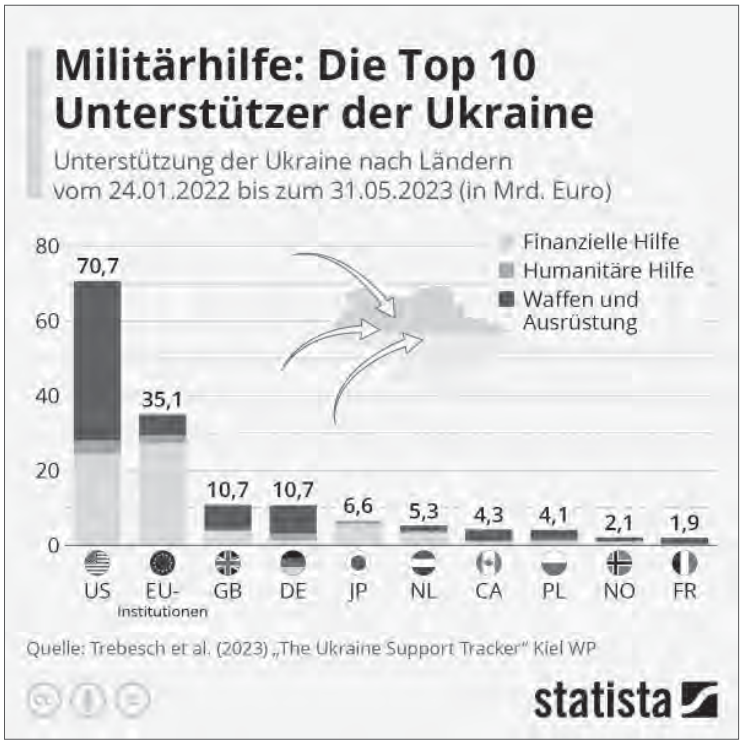
Jeder Tag dieses Kriegs, der in der Ukraine Menschenleben kostet, Lebensorte von Menschen in Schutt und Asche legt, Menschen zur Flucht zwingt, der Massensterben aufgrund von Hunger in verschiedenen afrikanischen Ländern in der Sahel Zone mitverursacht, der überall in der Welt durch die Verteuerung von Getreide und Lebensmittelpreisen die Inflation in die Höhe treibt, die Ärmsten weiter ins Elend stürzt, ist vor allem für die **Waffenproduzent:innen** ein willkommenes, bitte nicht endendes Geschäft! Ihretwegen soll der Krieg „bis zum Sieg über Russland", d.h. praktisch bis zum Sankt Nimmerleinstag dauern, damit z.B. Rheinmetall in Deutschland und andere Waffenproduzenten, vor allem die weltweit größten in den USA wieder **Milliarden-Profite** einheimsen.

Zum „Sieg" braucht natürlich die Ukraine jeden Tag neue immer modernere und schwerere Waffen und Munition. Seit Beginn des Kriegs gibt es eine nicht endende Wunschliste von Waffen und Munition der Ukraine an ihre Brötchen- und Waffengeber, die westlichen imperialistischen Mächte, darunter Deutschland. Und es wird, auch wenn sich bei manchen Wünschen anfangs noch geziert wurde, geliefert und geliefert … *„Bei einem Vergleich der Unterstützung der Ukraine nach Ländern liegt* ***Deutschland mit rund elf Milliarden Euro zusammen mit dem Vereinigten Königreich an gemeinsamer dritter Stelle****. … Allein nach dem Wert der gelieferten Waffen liegt Deutschland mit 7,5* Milliarden *Euro an zweiter Position."* [10]

Dann stellen sich die Herren und Damen der Regierung hin und erzählen uns das Märchen: *„Deutschland ist nicht Kriegspartei."*

Der grüne Vizekanzler Robert Habeck unterstreicht in einem Interview im Deutschlandfunk: ***„Wir dürfen nicht Kriegspartei werden. Das ist wichtig, dass diese Grenze immer gewahrt bleibt".***

Zu Beginn des Kriegs wurde die rote Linie, die Deutschland nicht überschreiten dürfe, vom selben Habeck so gezogen: ***„Keine Lieferung von Angriffswaffen an die Ukraine".*** Nach der Lieferung diverser Angriffswaffen wie Leopard-Panzer und Lenkraketen verkündet er nun die neue rote Linie sei, „***keine*** *deutsche Truppen in der Ukraine zu haben."* [11] Nun das würde wahrscheinlich auch die Ukraine nicht wirklich wollen, siehe die Geschichte!



Die in Deutschland und in Polen von deutschen Bundeswehrspezialist:innen ausgebildeten ukrainischen Soldat:innen und andere Söldner:innen reichen für den Kampf auf dem Feld aus.

Um Kriegspartei zu werden, ohne dass deutsche Soldat:innen auf dem Schlachtfeld direkt mitkämpfen, reicht was die deutsche Bourgeoisie bis jetzt bereits macht: Die ukrainische **Armee aufzurüsten**, bis an die Zähne zu bewaffnen, **Kämpfer:innen auszubilden**, **den Krieg mit zu finanzieren** und **als sicheres Hinterland zu fungieren.** *„Die größte militärische Unterstützung aber bekommt die Ukraine aus den USA: Im Zeitraum vom 24. Januar 2022 bis zum 31. Mai 2023 flossen von dort 25* Milliarden *Euro an finanziellen Hilfen für militärische Zwecke. Außerdem lieferten die USA der Ukraine Waffen im Wert von rund 43* Mrd. *Euro."* [12]

Und natürlich sind auch die USA **nicht Kriegspartei** in diesem Krieg! Was für eine Heuchelei!

Aktuell werden von der Ukraine Forderungen an die BRD-Regierung nach **Taurus-Lenkraketen** mit 500 km Reichweite made in Germany gestellt. Von der Regierungsseite wird sich wieder ein wenig geziert. Rheinmetall-Chef Armin Papperger, der zugleich „Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Sicher-

10 de.statista.com/infografik/27275/ruestungs-und-waffenhilfezusagen-von-regierungen-an-die-ukraine/, 06.07.2023

11 gmx.net/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/habeck-deutschland-kriegspartei-ukraine-38006940, 05.04.2023

12 Statista Grafik der Top Ten de.statista.com/infografik/27275/ruestungs-und-waffenhilfezusagen-von-regierungen-an-die-ukraine/, 06.07.2023

heits- und Verteidigungsindustrie e.V." ist, findet diese „zögerliche Haltung" ganz falsch. Das ist von seiner Warte und der seiner Zunft aus natürlich auch verständlich. Denn diese Konzerne verdienen ihr Geld vornehmlich durch Waffen- und Munitionsverkauf.

Papperger kritisiert, dass es sich **Deutschland** bis zum Ausbruch des Kriegs in der Ukraine in einer **„Komfortzone" bequem** gemacht habe und Forderungen der **Nachhaltigkeit zu Ungunsten der Sicherheit** im **Mittelpunkt** gestanden haben. Dabei gäbe es ja keine Nachhaltigkeit ohne Sicherheit! [13]

Also bitte, jetzt gefälligst **mehr Aufträge für die Waffenproduktion**. Seit April 2021 laufen auch die deutschen Waffenschmieden auf Hochtouren um die übervollen Auftragsbücher abzuarbeiten. Die Aktien der Kriegsindustriemonopole schießen durch die Decke. Zum Beispiel Rheinmetall. Anfang **Januar 2023** berichtete das Handelsblatt: *„Der Rüstungskonzern und Autozulieferer Rheinmetall rechnet für 2022 … einen Rekordgewinn. Das operative Ergebnis dürfte 2022 um **mehr als 20 Prozent** gestiegen sein, teilte Rheinmetall am Freitag mit. Der Konzernumsatz 2022 sei bereinigt um nicht fortgeführte Aktivitäten um rund 13 Prozent auf 6,4 Milliarden Euro gewachsen."* [14]

Trotzdem beklagt sich der Chef von Rheinmetall weiterhin lautstark. Sie hätten von den 100 Milliarden Sondervermögen bisher noch keine Aufträge erhalten. Diese Klage wurde jetzt „endlich" erhört.

Im nordrhein-westfälischen Weeze gab Rheinmetall Anfang August mit dem symbolisch ersten Spatenstich das Startsignal für eine **200 Millionen Euro** teure Fabrik, die Anfang 2025 in Betrieb genommen werden soll.

Bei der Zeremonie standen 14 Damen und Herren von Politik, Wirtschaft und Militär mit Spaten bewaffnet, Schulter an Schulter und lächelten in die Kameras der Journalist:innen. (Darunter der Ministerpräsident von NRW, Hendrik Wüst, der Chef von Rheinmetall, Papperger und der Luftwaffenchef der Bundeswehr, General Ingo Gerhartz). Es fehlte nur noch ein Vertreter der Kirche, um die Mannschaft zu vervollständigen!

„Wir schaffen einen neuen Nukleus in der Luft- und Raumfahrttechnologie in Nordrhein-Westfalen", [15] verkündete der Rheinmetall-Firmenchef.

In diesem neuen Werk ist die Produktion von mindestens **400 Rumpfmittelteilen des hochmodernen Tarnkappenbombers F35** des US-Rüstungsriesen Lockheed Martin geplant.

Damit wird Rheinmetall **Mitproduzent eines der aktuell tödlichsten Kriegsgeräte i**n der Welt, das auch mit **Atombomben bestückt** werden kann. Nicht ohne Stolz protzte der Chef der Luftwaffe: *„Die Rumpfmitte* sei *‚das Herzstück des modernsten Kampfflugzeugs der Welt'."* Und weiter schwärmt er, *„Dass eine entscheidende Komponente in Deutschland gefertigt werde, sei bemerkenswert."* [16]

Bemerkenswert sind noch zwei weitere Tatsachen:

Es ist das erste Mal, dass eine neue Fabrik dank eines Auftrags aus dem 100 Milliarden Euro schweren Sondervermögens des Bundes errichtet wird.

Ende 2022 gab das Bundesverteidigungsministerium bekannt, dass aus dem Finanztopf des Sondervermögens 35 Tarnkappenbomber für 8,3 Milliarden Euro bestellt werden. Die 100 Milliarden Sondervermögen für den „Verteidigungsetat", die Ende März 2022 vom Kabinett beschlossen wurden, sind **nur ein Teil** des Geldes, das die Herrschenden für Krieg ausgeben.

Das **Militär-Budget** von Deutschland in 2023 wird im SIPRI Bericht für dieses Jahr mit 55,8 Milliarden Dollar (50,5 Mrd. Euro), mit einem Plus von **2,3 Prozent** zum Vorjahr angegeben. Damit liegt Deutschland weltweit an siebter Stelle.

In der **NATO** steht Deutschland hinter den USA mit 877 Mrd. Dollar und Großbritannien mit 68,5 Mrd. Dollar auf Platz drei. Deutschlands Rüstungs-Anteil am BIP (Brutto Inlandsprodukt) liegt bei 1,4 Prozent (der Vorjahreswert lag bei 1,2 Prozent). Die Ampel-

13 Siehe dazu: Geleitwort von Papperger in der Broschüre „Frieden, Sicherheit, Nachhaltigkeit-Beiträge zu einer gesellschaftspolitischen Debatte", S. 5, Herausgeber Behörden Spiegel-Gruppe in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV), Juni 2022

14 handelsblatt.com/unternehmen/industrie/ruestungindustrie-rheinmetall-macht-2022-rekordgewinn-verfehlt-umsatzziel/28909256.html, 06.01.2023

15 handelsblatt.com/dpa/ruestungsindustrie-rheinmetall-wird-baupartner-beim-tarnkappenbomber/ 29289522.html

16 ebenda

Regierung hat beschlossen, diesen Wert 2024 auf über 2 Prozent zu erhöhen. Das soll aus dem Topf des Sondervermögens beglichen werden. Diese 2 Prozent des BIPs für die Militäretats aller NATO-Mitglieder wurden immer von den USA eingefordert. Die Militärausgaben sind um **ein Drittel** höher als vor **zehn Jahren in 2013**.

Der **Etat des Verteidigungsministeriums** (Kriegsministeriums) ist mit Abstand der **zweitgrößte Einzelposten** im Bundeshaushalt, höher zum Beispiel als die drei Einzeletats der wichtigsten Ministerien für die Werktätigen zusammengenommen: Bildung/Forschung (20,5 Mrd. Euro), Gesundheit (19 Mrd. Euro) und Familie/Frauen/Jugend (12,5 Mrd. Euro)

An allen Ecken und Enden wird an der gesellschaftlichen **„Daseins-Vorsorge"** für die **Werktätigen gekürzt**. In Schulen und in Kitas, in der Pflege und im Gesundheitsbereich fehlen hunderttausende Beschäftigte. Gleichzeitig wird weiter Personal gekürzt, weil angeblich das Geld fehlt. Aber Milliarden werden in die Kriegswirtschaft gepumpt.

Die Begründung ist Mantra-artig immer wieder dieselbe: Zeitenwende! Was früher in der bürgerlichen Politik der **„Sachzwang"** war, der alle politischen Schweinereien gegen die Werktätigen begründete, heißt nun **„Zeitenwende."**

Der Krieg in der Ukraine ist der Super-Anlass für die Herrschenden, für das Großkapital und seine Politiker:innen, um enorm aufzurüsten und die Gesellschaft zu militarisieren. Für die Oppositionspartei CDU ist sogar das, was die Regierung bisher an Militarisierung der Gesellschaft und Aufrüstung geleistet hat, noch viel zu wenig.

Friedrich Merz fordert offensiv in einem Interview mit der Mediengruppe Bayern unter anderem folgendes: *„Sogenannte Zivilklauseln,* [17] *seien angesichts des brutalen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine nicht mehr zeitgemäß. ... Der Plan der Regierungskoalition das NATO 2-Prozent-Ziel mit dem Sondervermögen zu erreichen ist falsch. Sondervermögen ist dazu da, die Unterfinanzierung der Bundeswehr zu beheben. ... Der Etat des Verteidigungsministeriums muss viel mehr erhöht werden."* [18]

Also: Es lebe der Krieg! Es lebe die Aufrüstung! Es lebe die Militarisierung der Gesellschaft! Es leben die schönen Profite der Waffenschmieden! Es leben die hohen Dividenden! Das ist der wirkliche Inhalt und Ruf der „Zeitenwende".

Natürlich verkünden Politik und Kapital, alles sei für die Verteidigung „unserer Werte": Für Freiheit und Demokratie! [19]

Weg in die Barbarei durch Krieg

Der Krieg in der Ukraine und andere Kriege, die momentan auf dem Erdball toben, [20] sind Teil eines Gesamtkriegs, der zwischen den imperialistischen Großmächten für die Neuaufteilung der Welt wütet. Bisher in Form von Stellvertreterkriegen.

17 Damit ist die in einigen Hochschulen festgeschriebene Selbstverpflichtung zu Lehre und Forschung nur zu friedlichen Zwecken gemeint.

18 junge Welt, 15./16. Juni 2023, S. 1

19 Genauso wie zum Beispiel vor Jahrzehnten am Hindukusch! *„Es geht bei den kritisierten Auslandseinsätzen um die deutschen Interessen"*, – womit natürlich die Interessen des deutschen Kapitals gemeint waren –, hat ein deutscher Bundespräsident, der Köhler hieß, (Erinnert sich noch jemand an ihn?) in seiner zweiten Amtszeit verkündet. Und hat damit einmal in einem Spiegel-Interview versehentlich die Wahrheit ausgesprochen. Er musste danach ganz schnell von seinem Amt zurücktreten.

Aber das waren auch noch andere Zeiten. Da war die Grüne Partei, wenigstens an der Basis mehrheitlich noch pazifistisch, sogar viele Sozis an der Basis waren gegen Auslandseinsätze, in Ostermärschen liefen die Menschen nicht mit der Fahne einer kriegsführenden Partei und mit Forderungen für noch mehr Waffen für diese auf die Straßen etc. Heute ist die Bourgeoisie im Falle des Kriegs, der Aufrüstung etc. viel forscher und offensiver. Die ehemals pazifistische Grüne Partei ist auch an der Basis eine Kriegspartei. Von der SPD brauchen wir gar nicht erst zu reden!

20 Für einen europäischen Durchschnittsbürger scheint der Krieg in der Ukraine der einzige aktuelle Krieg zu sein. Dieses von den Medien bewusst erzeugte Bild und die Wahrnehmung sind falsch. Laut Statistiken liefen vor dem Überfall Russlands auf die Ukraine 2022 **„zweiundzwanzig voll entfaltete Kriege"** und 21 auch als Krieg definierte bewaffnete Konflikte auf dem Globus. Mit der Ausdehnung des Kriegs in Ukraine ist nur ein neuer dazugekommen. bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54569/gewaltsame-konflikte-und-kriege-aktuelle-situation-und-trends/, 14.11.2022

Zum Teil werden bei diesen Kriegen neben den regionalen, staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren auch von den imperialistischen Mächten gebildete **„Privatarmeen"** verstärkt eingesetzt. Wie die „Wagner-Truppe" aus Russland, „Blackwater" aus den USA, oder die weltweit größte private Militär- und Sicherheitsfirma, das britische Unternehmen „G4S", das einen Jahresumsatz von zehn Mrd. US-Dollar hat. [21] Und natürlich beteiligten sich an diesen Kriegen auch von den Kriegsparteien **gut bezahlte Söldner:innen**, wie z.B. Fremdenlegionäre aus Frankreich.

In der **Ukraine** kämpfen aktuell auf beiden Seiten hunderte, ja tausende Söldner:innen, die als „Freiwillige" gegen gute Bezahlung in einem innerimperialistischen Krieg ihre Dienste anbieten. Der Krieg in der Ukraine unterscheidet sich von Stellvertreterkriegen dadurch, dass in diesem Krieg eine imperialistische Großmacht direkt beteiligt und unmittelbare Kriegspartei ist. Und er unterscheidet sich von anderen laufenden Kriegen **auch** dadurch, dass **Kontinental-Europa direkter Kriegsschauplatz** ist.

Die laufenden Kriege, die Teil des Ringens der imperialistischen Großmächte um Einflusssphären sind, bringen den **Völkern** nichts **als Tod und unendliches Elend**. Sie vertiefen die **multiplen, vielfältigen Krisen** des Imperialismus, deren **Lasten auf die Schultern der Werktätigen geschoben werden.** Was den Todeshändlern immense Profite verschafft, bringt den Völkern mehr und mehr Armut.

In den vom Imperialismus **abhängigen Ländern** heißt der imperialistische Krieg für Millionen werktätige Menschen nackter Hunger! Selbst in den offiziellen UN-Berichten wird Alarm geschlagen.

Über 735 Millionen Menschen leiden akut an Hunger. Der UN-Generalsekretär Guterres bettelt die ukrainischen und russischen Kriegsparteien an, dass sie das am 17. Juli ausgelaufene Getreideabkommen verlängern. Eine Barbarei, die keine Grenzen hat. Mit dem **möglichen Hungertod von Aber-Millionen von Menschen** wird gepokert. Beide bezichtigen sich gegenseitig, dass die jeweils andere Seite schuld daran ist, wenn das Getreideabkommen nicht verlängert wird.

Aber nicht nur in den abhängigen Ländern leiden die Arbeiter:innen und werktätigen Menschen unter den Folgen der Kriege. Auch in den **reichen imperialistischen Metropolen** geht die **Schere zwischen Reichen und Armen** immer weiter auseinander. Die Armen werden ärmer, die Reichen reicher.

In Deutschland zum Beispiel erhalten Millionen von Kindern keine tägliche warme Mahlzeit. Die Zahl der Obdachlosen hat sich zwischen 2020 und 2023 verdoppelt. Millionen Menschen leben auf Pump. Die Zahl der Menschen, die wegen der gestiegenen Energiepreise, Mieten und hoher Inflation ihre Miete nicht zahlen können und in Angst vor Obdachlosigkeit leben, steigt jeden Tag. Die Reihen vor den „Tafeln", die durch Spenden den Armen beim täglichen Essen, Kleidung etc. helfen, werden immer länger. All das ist Barbarei, auch von Kriegen verursacht.

Aber den imperialistischen Herrschaften, die um die Weltherrschaft kämpfen, reichen die heutigen Kriege nicht aus. Sie alle bereiten sich **aktiv** auf einen größeren Krieg, auf einen **dritten Weltkrieg** vor, wo sie ihre Kräfte gegeneinander direkt messen werden. Die heute laufenden Kriege, das Umpolen der Wirtschaft auf Kriegswirtschaft, die Militarisierung der Gesellschaft, das sind alles Vorbereitungen dafür.

Auf dem letzten NATO-Gipfel in Vilnius wurde noch einmal bekräftigt: Der **Hauptfeind** des westlichen Imperialismus im **kommenden Weltkrieg** wird **China mit seinen Verbündeten**, **„der Osten"** sein. Die NATO als militärisches Bündnis der westlichen imperialistischen Großmächte unter Führung der USA, führte *„im Luftraum über Deutschland das **größte Luftwaffenmanöver seit Gründung der Nato**"* durch. An der Übung *„Air Defender 2023"* nahmen *„unter deutscher Führung etwa **10 000 Soldatinnen und Soldaten aus 25 Ländern** teil."*

Insgesamt wurden im zehntägigen Übungszeitraum (15.-25. Juni) rund *„2 000 Flüge"* absolviert. Geübt wurde das fiktive Szenario eines ***„Angriffs aus dem Osten"***.

Womit wir bei der Blockbildung für den kommenden großen Krieg angekommen sind! *„Luftwaffen-Inspekteur Ingo Gerhartz wies auf die **‚historischen Dimensionen' der Übung** hin. Es sei innerhalb weniger Tage gelungen, mehr als 250 Flugzeuge einsatzbereit zu haben. Zwar gab es ihm zufolge auch schon vor 1990 Übungen mit ähnlich vielen Flugzeugen – der ‚Anteil der Verlegung' sei jedoch dieses Mal einzigartig. Allein die US-Luftstreitkräfte hätten rund hundert Maschinen nach Deutschland verlegt, erläuterte Gerhartz. Das ist ein Anteil, den **wir so noch nicht hatten seit Bestehen der Nato**."* Gerhartz betonte, dass es keine NATO-Übung sei, *„sondern eine **deutsch-geführte Übung**".*

Aufgrund der Größe und Position Deutschlands in Europa sei es wichtig gewesen, *„die Dinge auch in die Hand zu nehmen": „Wir nennen das **Rahmen-Nation – eine Führungsrolle** zeigen", sagte der General. (…)*

Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), nannte die Übung eine ‚gute Nachricht'. Es gehe darum, ‚so zu trainieren, wie man arbeiten müsste, wenn aus dem Osten angegriffen würde', sagte Strack-Zimmermann

21 bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/232972/privatisierung-von-krieg/, 26.08.2016

dem Radiosender SWR Aktuell. ‚Das ist keine Fiktion. Wir erleben seit 16 Monaten, was in der Ukraine passiert.' " [22]
So wird die **umfangreichste und größte Kriegsvorbereitung** im deutschen Luftraum seit Gründung der NATO überhaupt als „**Verteidigungsvorbereitung"** verkauft. Nicht umsonst lautet der Name des Kriegsministeriums heuchlerisch „Verteidigungsministerium". Diese Heuchelei ist aber zugegebenermaßen keine deutsche Eigenart.
Kriege werden gerne fast überall als Verteidigung wahlweise des Vaterlandes, der territorialen Integrität, der Unabhängigkeit, der Werte, der Freiheit und Demokratie, gegen den „Terrorismus aller Couleur" ausgegeben.
Das **Budget des deutschen Kriegs-Ministeriums** summiert sich zwischen den Jahren 2013-2023 auf **432 Milliarden Euro**! Trotzdem wird von Propagandisten, Kriegsbefürwortern und vor allem von der Waffenlobby unisono und ganz laut behauptet, die Bundeswehr wäre in den letzten Jahren „kaputt gespart" worden. Kaputt gespart mit durchschnittlich 43 Milliarden Euro in den letzten zehn Jahren. Und dieser Etat wird immer weiter angehoben. Zuletzt sind sie bei 53 Milliarden Euro angekommen!
Das ist einfach eine Propagandalüge, um von der Tatsache abzulenken, dass Deutschland aktiv für den Krieg aufrüstet. Deutschland ist da natürlich nicht allein. Die ganze imperialistische Welt rüstet immer mehr auf.
Nach dem **jüngsten SIPRI-Bericht** „Trends in World Military Expenditure 2022", [23] wurden in diesem Jahr **2,24 Billionen US-Dollar**, in Worten Zweitausendzweihundertvierzig Milliarden Dollar für Waffen und Militär ausgegeben. Das ist ein neuer Weltrekord. Das sind höhere Ausgaben als in den Spitzenjahren des Kalten Krieges.
Nach Angaben von **SIPRI** erhöhten sich die **Welt-Militärausgaben 2022** real um **3,7** Prozent. Das ist ein Plus von 80 Milliarden Dollar. Die Beschaffung von Waffen und die Alimentierung des Militärs stieg das achte Jahr in Folge. Demnach also nicht nur aufgrund des Ukrainekrieges. 2022 machten die weltweiten Militärausgaben **2,2** Prozent des gesamten **Welt-Brutto-Inlandsprodukts** aus.
Die USA ist mit 877 Milliarden Dollar Militärausgaben in 2022 noch immer der unangefochtene Weltmeister. Ihnen folgt China mit 292 Milliarden. Allerdings ist der prozentuale Zuwachs der **Militärausgaben Chinas** mit **4,2** Prozent**,** ein Vielfaches dessen der **USA mit 0,7** Prozent. Hier haben wir die Hauptrivalen des kommenden Weltkriegs. Bei allen folgenden Ländern sind die Militärausgaben im zweistelligen Milliarden Bereich.
Russland 86,4 Milliarden Dollar, 9 Prozent Zuwachs; Indien 81,4 Milliarden, 6 Prozent; Saudi-Arabien 75 Milliarden, 16 Prozent; Großbritannien 68,5 Milliarden, 3,7 Prozent; Deutschland 55,8 Milliarden Dollar, 2,3 Prozent; Frankreich 53,6 Milliarden, 0,6 Prozent; Südkorea 46,4 Milliarden 0,6 Prozent; Japan 46 Milliarden, 2,5 Prozent. Zu diesen **Top Ten** gesellte sich 2022 die **Ukraine** hinzu mit **44** Milliarden **Dollar** Militärausgaben mit einem prozentualen Zuwachs von sage und schreibe **640** Prozent!
Diese Zahlen sagen uns, in einer Welt, in der nach den Zahlen der Welthungerhilfe jede **dreizehnte Sekunde ein Kind an Hunger stirbt** und 149 Millionen Kinder chronisch unterernährt sind, jede **dreizehnte Sekunde 923 Dollar** für **Waffen, Munition, Militär** ausgegeben werden. **Das ist Barbarei!**
Und die Imperialisten stehen in einem tödlichen Rüstungswettbewerb, an dessen Ende sie die Menschheit in eine noch viel größere Barbarei treiben werden, vorausgesetzt, dass sie von den Völkern durch Revolutionen nicht daran gehindert werden.

Und die Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen

Die Grundlage des kapitalistischen Wirtschaftens ist die maximale Ausbeutung. **Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und die maximale, ja vernichtende Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Planeten**.
Das Ergebnis der ersteren ist die **Spaltung der Gesellschaft** in zwei Gruppen: Die arbeitend Wert und Mehrwert schaffende, aber ärmlich lebende **große Mehrheit der Arbeiter:innen und Werktätigen** auf der einen Seite; auf der anderen Seite, die den größten Teil des von den Arbeiter:innen und Werktätigen geschaffenen Mehrwerts zu ihrem privaten Eigentum und Reichtum machende absolut **kleine Minderheit der Finanzkapitalist:innen und Monopolbesitzer:-innen.** Diese Minderheit aber herrscht über die **große Mehrheit der Menschheit** und **auch über die Natur.**
Das Ergebnis der Herrschaft dieser kleinen ausbeuterischen Minderheit über die Natur ist die voranschreitende und sich immer brutaler manifestierende **Vernichtung der natürlichen Grundlagen des Lebens**, auf diesem Planeten.
Das zeigt sich an der Vergiftung und Ausrottung Tausender von Pflanzen- und Tierarten, durch die Industrialisierung, in der Zerstörung von Ressourcen durch Kriege. Und nicht zuletzt in der voranschreitenden Klimaveränderung mit all ihren barbarischen Folgen,

22 Hervorhebungen von TA, stern.de/news/groesstes-luftwaffenmanoever-seit-gruendung-der-nato-ueber-deutschland-angelaufen-33549414.html, 12.06.2023
23 Trends in den weltweiten militärischen Ausgaben 2022

die jeder Mensch, jedes Lebewesen und die gesamte Umwelt direkt erleben müssen. Dürren, Waldbrände und Überschwemmungen, sich immer verstärkendere und häufigere Extremwetter-Phänomene. Die Auswirkungen des Klimawandels sind seit Jahren massiv zu spüren.

Vor allem in den vom Imperialismus abhängigen Ländern, die nicht die Hauptverursacher sind. Der jüngste Bericht der Weltwetterorganisation (WMO) bestätigt, dass ab Anfang der 2000 Jahre fast jedes Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen das wärmste gewesen ist. Weiter wird festgestellt:

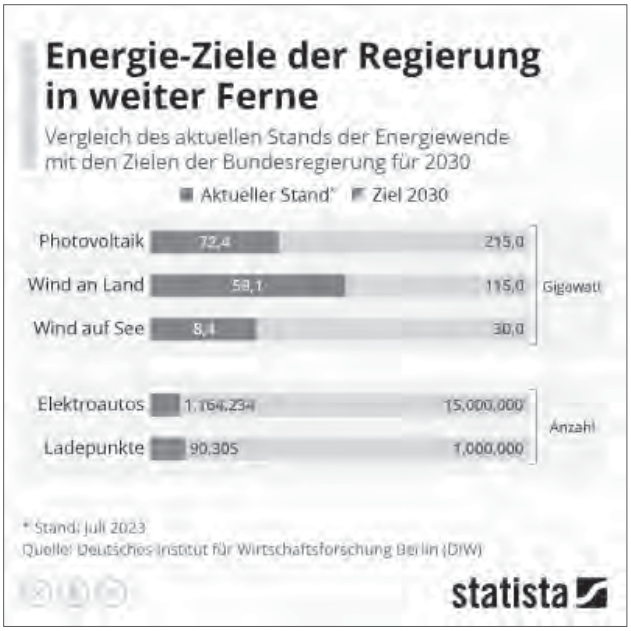
Der **Meeresspiegel** ist zuletzt doppelt so schnell angestiegen wie zu Beginn der 1990er Jahre. Die **Gletscherschmelze** in den Alpen war im vergangenen Sommer so extrem wie nie zuvor. Auch die Konzentration der wichtigsten **Treibhausgase**, Kohlendioxid (CO_2), Methan (CH_4) und Lachgas (N_2O) hat **2021** einen neuen Höchststand erreicht.

Expert:innen der Klimaforschung zufolge, muss die Erderwärmung, gemessen am Wert zu Beginn des Industriezeitalters im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, **bei 1,5 Grad unbedingt gestoppt** werden. Andernfalls könnten gefährliche Kipppunkte überschritten werden, die den Klimawandel um ein Vielfaches katastrophaler für die Menschheit machen. Mit den derzeitigen Bemühungen in der Klimapolitik steuert der Planet derzeit auf eine Erwärmung von 2,5 Grad zu. Nur ein **radikales Umsteuern in der Klimapolitik** könnte dazu beitragen, die Erderwärmung einzudämmen bzw. zu stoppen.

UN-Generalsekretär Guterres hatte im November 2022 vor dem „Laber-Gipfel" in Sharm El-Sheikh, der sich **27. Weltklimakonferenz (COP 27)** nennt, Alarm geschlagen. Auf dieser Weltklimakonferenz stellt Guterres mit Blick auf die durch die Klimakrise ausgelösten Dürren, Überschwemmungen, Unwetter und steigende Meeresspiegel fest: *„**Wir kämpfen den Kampf unseres Lebens – und sind dabei zu verlieren.** … Die Menschheit hat die Wahl: kooperieren oder untergehen"*.

Trotz jahrzehntelanger Klimagespräche und Konferenzen seien zu wenige Fortschritte gemacht worden, um den Planeten vor einer übermäßigen Erwärmung zu retten. Die Länder handelten zu langsam oder nur widerwillig: *„Die Treibhausgasemissionen steigen weiter. Die globalen Temperaturen steigen weiter. Und unser Planet nähert sich schnell Wendepunkten, die das Klimachaos unumkehrbar machen werden. …*

Wir sind auf einem Highway in die Klimahölle und haben den Fuß auf dem Gaspedal."
Guterres forderte **einen Pakt** zwischen den reichsten und ärmsten Ländern der Erde, um den Übergang von fossilen Brennstoffen zu klimafreundlichen Energien zu beschleunigen. Auch müsse sichergestellt werden, dass **ärmere Länder ihre Emissionen reduzieren**, um mit den unvermeidlichen Auswirkungen der bereits eingetretenen Erderwärmung fertig werden zu können. Guterres richtete sich auch direkt an die größten Erzeuger von Treibhausgasen: *„Die beiden größten Volkswirtschaften – die USA und China – haben eine besondere Verantwortung, sich gemeinsam dafür einzusetzen, dass dieser Pakt Wirklichkeit wird.*" [24]
Alles richtig gelabert. **Wie auch in den 26 vorhergehenden Weltklimakonferenzen**. Außer das eigentliche Übel zu benennen: **Den Kapitalismus, das kapitalistische Wirtschaftssystem**. Weil genau das fehlt, sind die Ergebnisse dieser pompösen und aufwendigen Gipfel, nichts als leere Willensbekundungen und heiße Luft. Es werden Ziele gesetzt. Für einzelne Länder Aufgaben gestellt. Ohne jedwede Verbindlichkeit. Dafür ist der CO2-Fußabdruck dieser Gipfel, mit Delegationen aus aller Welt, enorm hoch. D.h. sie schaden dem Klima mehr, als dass sie ihm nutzen!
Wie es mit den Zielen und mit dem Ist-Zustand aussieht, können wir am Beispiel der Energiewende Deutschland anhand von aktuellen Statistiken belegen. Die Ampelregierung, der deutsche Staat schmücken sich verlogen mit falschen Federn, wenn sie sich selbst als internationale Vorreiter in der Klimapolitik anpreisen:



In dieser Situation gehen seit **Jahren Millionen junge Menschen** in der Fridays For Future, FFF-Bewegung auf die Straße und fordern **„System Change statt Climate-Change!"** [25]. Die Mehrheit von ihnen hat ein naives Verständnis vom Kapitalismus und denkt ein besserer, vernünftigerer, klimafreundlicher Kapitalismus sei möglich. Mit der Forderung System Change möchten sie eher eine **Politikänderung im Rahmen des Kapitalismus** voranbringen. Das kapitalistische System versucht die FFF-Aktivist:innen an sich zu binden, indem sie ihre Sprecher:innen zu Klimagipfeln, in Parlamente etc. einlädt, sie hofiert und ihnen tolle Jobs in der Bekämpfung der Klima-Katastrophe anbietet. Es bewegt sich letztendlich trotz einer Bewegung die Millionen vor allem junger Menschen weltweit auf die Straße bringt, fast nichts, außer schöner Versprechungen.
Ein Ergebnis ist, dass **ein Teil** der Klimabewegung, wie „**Extinction Rebellion" (XR), „Ende Gelände"** und zuletzt die Gruppe **„Letzte Generation"** mit einigen anderen, radikaleren Aktionsformen des zivilen Ungehorsams versuchen, auf dieses „Nichts-Wesentliches-Tun der Regierungen" aufmerksam zu machen.
Was machen das System, die Regierung und die bürgerlichen Parteien? Sie kriminalisieren diese Organisationen. Diffamieren die Aktivist:innen als „Klimaterroristen", dämonisieren sie mit der ganzen Kraft der gleichgeschalteten Medien und hetzen massiv gegen sie.
Diese Gruppen setzen auf **massenhaften und friedlichen Ungehorsam**. Ihre als „kriminell" gebrandmarkten Taten sind zum Beispiel, sich an Bilderrahmen in Museen anzukleben, um Aufmerksamkeit zu erregen. Oder sich auf vielbefahrenen Straßen anzukleben oder durch ganz langsam sich bewegende Demos den fließenden Auto-Verkehr für eine kurze Zeit zu stören! Dafür nehmen sie **Anklagen, die bis hin zu „Gründung einer terroristischen Vereinigung" reichen**, Verhaftungen, Knasturteile, Geldstrafen usw. in Kauf. Ja, sie nehmen das Risiko auf sich, von einem von den Medien – die Bild-Zeitung schreitet voran – aufgehetzten Autofahrer:innen-Mob beschimpft, bespuckt, an den Haaren zur Seite geschleift, mit Tritten, Fäusten traktiert und regelrecht verprügelt zu werden. Warum tun die Klima-Aktivist:innen das? **Um die Bevölkerung aufzurütteln und zum Nachdenken über die Klimasituation zu bewegen.**
Es ist nichts Terroristisches an ihren Taten. Terroristisch ist das Vorgehen **sowohl des Systems, des Staates, der Polizei als auch des „wütenden Mobs".** Der Vorwurf „des Terrorismus" zeigt aber ganz klar eines: Die Herrschenden haben Angst, dass diese Bewegungen

24 tagesschau.de/ausland/afrika/weltklimakonferenz-119.html, 07.11.2022

25 Systemwandel statt Klimawandel

ein Funken sein könnte, der einen Brand anfachen kann, der die Bevölkerung aufweckt und in Bewegung bringt.

Wenn Arbeiter:innen und Werktätige begreifen, was das kapitalistische System mit der Natur macht, wie das kapitalistische System dabei ist**, die Welt zu einem Planeten macht, in dem das bisherige Leben unmöglich sein wird**, dass der Kampf für das Leben ein Kampf für die Zerschlagung des Kapitalismus sein muss, dann werden die Todesglocken dieses Systems läuten. Deswegen reagiert das System mit aller Härte gegen die sogenannten „Klimakleber".

Unzufriedenheit der Werktätigen wächst… Was ist zu tun?

Überall auf der Welt nehmen Unzufriedenheit und Wut der werktätigen Massen gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, gegen die brutale Gewalt der sogenannten Sicherheitsorgane des Staates gegen Menschen, die sich gegen Unterdrückung, Ungerechtigkeiten auflehnen, gegen Kriege, gegen die zunehmende Militarisierung etc. zu.

Überall entwickeln sich **Widerstandskämpfe der Massen.** Riots von Jugendlichen in Frankreich gegen Rassismus, Proteste Hunderttausender in Israel gegen die Regierungspolitik, sich entwickelnde massive Streikbewegungen für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. Fast überall in der Welt, Kämpfe von Minderheiten für Gleichberechtigung, eine immer stärker werdende Frauenbewegung gegen Männer- und sexualisierte Gewalt etc.

In diesen Kämpfen machen die Werktätigen die Erfahrung, dass **nur durch Kampf bestimmte Verbesserungen, Rechte** etc. erreicht und Verschlechterungen verhindert werden können.

Aus dieser Unzufriedenheit der Massen mit der herrschenden Politik versuchen auch überall in der Welt, **faschistische Kräfte Kapital** zu schlagen. Sie bedienen, die unter den Massen vorhandenen Vorurteile gegen „Fremde", „Andere" und „Minderheiten".

Mit **ultranationalistischer, rassistischer Agitation** versuchen sie auf der einen Seite ihr Haupt-Klientel zu bedienen, aber zugleich auch ihre Basis zu erweitern. Dazu stellen sie sich als die wahren Interessenvertreter der „Kleinen", „einheimischen Leute" hin, deren Arbeitsplätze, Wohnungen etc. durch „Flüchtlinge", „Asylanten" gefährdet seien.

Sie verkaufen sich überall als „**die Alternative gegen die korrupte Politik der herrschenden Elite"**. Angesichts einer fehlenden wirklich starken revolutionär linken, ja kommunistischen Alternative gehen viele werktätige Menschen diesen faschistischen Kräften auf den Leim. Und die Faschist:innen werden stärker und stärker und sind in manchen Ländern sogar direkt an den Regierungen beteiligt.

Für die **Bourgeoisie überall in der Welt sind die Faschisten eine potenzielle Kraft,** auf die sie zurückgreifen werden, wenn es nötig wird. Zum Beispiel im Falle eines Krieges, wo die „Heimatfront" ruhig gehalten werden soll. **Den Kampf gegen den Faschismus** müssen wir als den Kampf gegen das System, das ihn hervorbringt, führen: **Gegen den Kapitalismus.**

Die aktuellen Kämpfe der unzufriedenen Massen überall in der Welt haben aber eines gemeinsam: Diese Kämpfe richten sich fast immer gegen die aktuellen Regierungen und nicht gegen das kapitalistische System insgesamt. Das ist nicht die Schuld der kämpfenden Massen. Das liegt an der **fehlenden kommunistischen Führung** dieser Massenbewegungen. Eine Führung, die im Kampf in den vordersten Reihen kämpft, die die Massen aufklärt über die Zusammenhänge, darüber dass der Kapitalismus, das kapitalistische System das eigentliche Übel ist, das es zu besiegen und zu zerschlagen gilt. Aber sie fehlt weitgehend.

Es ist das kapitalistische System, das die Menschheit zum Untergang in der Barbarei bringen wird, wenn es nicht verhindert wird.

Rosa Luxemburg, die kommunistische Kämpferin, die vor 104 Jahren von den faschistischen Schergen des deutschen Imperialismus brutal ermordet wurde, zeigte angesichts der Gräuel im ersten imperialistischen Weltkrieg die einzige Alternative auf:

Sozialismus oder Untergang in der Barbarei !

Auch heute, wo die Imperialisten fieberhaft für einen dritten Weltkrieg aufrüsten, wo sie dabei sind die Welt durch die Vernichtung unserer Lebensgrundlagen zu einem unbewohnbaren Planeten umzuwandeln, gilt ihr Wort!

Das Wichtigste und Vorrangigste ist, das bewusst zu machen. Und zu kämpfen um die gegebene Situation zu verändern, werden wir nie müde sein, den Aufbau einer wirklich kommunistischen Partei voranzutreiben.

An die Arbeit! Kommt zu uns!

Organisiert euch für den Aufbau einer Kommunistischen Partei! Organisiert euch bei *Trotz alledem!*

10. August 2023

Imperialistischer Krieg
Clara Zetkin zum Pazifismus

Vorweg:

Warum veröffentlichen wir heute im Jahr 2023, **über hundert Jahren** nach seinem Erscheinen, 1922, diesen Artikel von Clara Zetkin?

Sie, die unbeugsame Kommunistin und Vorkämpferin für den Sozialismus setzt sich in diesem Artikel mit **pazifistischen Strömungen in der Arbeiter:innenbewegung** vor, während des 1. Weltkriegs und in den Nachkriegsjahren bis 1922 auseinander. In ihrer prinzipiellen Einschätzung der damaligen pazifistischen Bewegungen geht sie **sehr differenziert** vor.

Ihr **klarer kommunistischer Ausgangspunkt** ist, dass der **bürgerliche Antimilitarismus und bürgerliche Pazifismus** nicht in der Lage ist, irgendeinen Ausweg aus der imperialistischen Kriegstreiberei zu bieten. Diese imperialistische Kriegshetze resultiert einzig aus dem Ringen der imperialistischen Mächte um **Weltherrschaft.**

Die reaktionären, imperialistischen Kriege können nur aus der Welt geschaffen werden, wenn das **System des Kapitalismus durch den Klassenkrieg des Proletariats** gestürzt und der **Sozialismus als einzige Alternative** hierzu verwirklicht wird.

Clara skizziert eindringlich und überzeugend die **Abgehobenheit** und **Wirklichkeitsferne** pazifistischer Konzepte, die die Lösung in einer **internationalen „Weltorganisation" aller Staaten** suchten. Ziel des Pazifismus war, durch eine „Weltorganisation aller Staaten" „Gewalt" und „alle Kriege" durch „Völkerverständigung" aus der Welt zu schaffen. Clara weist, anhand des Verlaufs des 1. Weltkriegs und der **„Friedenszeit" in den Jahren 1918 – 1922** eindringlich nach, dass nur die Aushebelung der kapitalistischen Gesellschaftsorganisation einen Weg aus Ausbeutung und Krieg bahnen kann.

Gleichzeitig führt Clara aus, dass die Kommunist:innen natürlich auch demokratische Forderungen zum Beispiel nach **Abrüstung,** nach **Annullierung von Kriegsschulden** etc. in ihrem Programm aufstellen und einfordern. Aber dabei immer den Schwerpunkt darauf legen, gegen alle **pazifistischen Illusionen** anzukämpfen, die in diesen Reformforderungen die **Lösung** sehen, um zu einer **Gesellschaft ohne Kriege** zu kommen.

Sicherlich leben wir heute nicht unter den Bedingungen der frühen 1920er Jahre, in denen **proletarische Revolutionen an der Tagesordnung** waren. Und sicherlich ist heute der Pazifismus in der BRD **nicht** die ideologische Hauptströmung unter den werktätigen Massen.

Vielmehr **überwiegt** heute unter den ehemals starken pazifistischen Kräften der 1980er Jahre – **die Grünen** waren damals eine pazifistische Partei – ein **Bellizismus**, eine Zustimmung zu Aufrüstung und Militarisierung, ja zur Stärkung der Bundeswehr.

Eine der **abwegigsten Begründungen** dafür ist, **„ein neues Auschwitz"** zu verhindern. Angeheizt durch den Krieg in der Ukraine, der nicht als ein i**nnerimperialistischer Krieg**, sondern als **gerechter Krieg von Seiten der Ukraine verkauft** wird, wird die enorme **Militarisierung** in der BRD gerechtfertigt.

Aber innerhalb der fortschrittlichen, linken politischen Bewegung, auch in der bürgerlich-pazifistischen, ist der Pazifismus, das **Vertrauen in internationale Organisationen** wie in die UN und ihre vielen Unterabteilungen, das „Internationale Völkerrecht", die „Allgemeinen Menschenrechte" sehr einflussreich. Obwohl tagtägliche Realität für Millionen, ja Milliarden von werktätigen Menschen auf dem Erdball ist, dass ihr Leben von Kriegen, Militärputschen, Faschismus, Elend, Armut und Unterdrückung bestimmt wird. Clara Zetkin legt den Finger in die Wunde des **bürgerlichen Pazifismus**, und zeigt, dass er **viele schöne Illusionen schafft** aber **nichts** an dem Alltag der Kriege für die werktätigen Menschen weltweit ändert.

Den Revolutionär:innen und Kommunist:innen stellt sie zur Aufgabe alles dafür zu tun, dass das Bewusst-

sein darüber, dass nur durch den **Umsturz der Verhältnisse** und den Aufbau einer neuen sozialistischen Gesellschaft **die Kriege beendet** werden können, in der Arbeiter:innenklasse Fuß fasst. Und diese Revolutionen, auch das weist sie überzeugend nach, ist der revolutionäre Bürgerkrieg gegen die herrschenden Klassen.

Aktuell ruft ein Bündnis verschiedenster pazifistischer, fortschrittlicher auch antifaschistischer Organisationen, Vereinigungen und Gruppen zu „Antikriegs-Aktionen vom **18. September bis zum 24. September 2023** auf. Motto ist: **„Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen"**. Eine der Initiator:innen ist die **DGF-VK**, „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen", die bereits am 9. November 1892 als DGF gegründet, und schon damals von Clara Zetkin in der Auseinandersetzung mit dem Pazifismus scharf kritisiert wurde.

Im Anschluss an den Artikel von Clara Zetkin gehen wird wir auf diesen **„Aufruf"** kritisch ein.

„Die Kommunistische Fraueninternationale, 1922" [1]

Clara Zetkin

Die Stellung der Kommunisten zum Pazifismus

Gegenwärtig könnte in der gegebenen geschichtlichen Lage **eine Bewegung praktische Bedeutung** gewinnen, die von den weitaus meisten Politikern bisher als reine Wolkenkuckucksheimerei eingeschätzt worden ist. Es ist der **bürgerliche Pazifismus** und **Antimilitarismus**. In der Vorkriegszeit war er die einflußlose Ideologie kleiner bürgerlicher Kreise, meist von Intellektuellen, die über die Philosophie, die Frauenrechtlerei, die Sozialreform oder auch über die Enttäuschungen der „Parteipolitik" zu den **Forderungen des „ewigen Friedens"** gelangten. Ist es ein Zufall, daß der bürgerliche Pazifismus heute zu seinen Vorkämpfern nicht bloß angesehene „Eingänger" zählt, sondern Sozialpolitiker, Finanzmänner, Schriftsteller von Ruf und mit wachsender Gefolgschaft in **bürgerlichen**, und **auch in proletarischen Kreisen**? Es sei erinnert an Norman Angell, Keynes, Caillaux, Nitti, Vanderlip und viele andere. In dem Umschwung offenbart sich mehr als die psychische, die moralische Reaktion gegen die Verbrechen und die Barbarei des Krieges. Offenbart sich die **instinktive oder bewußte Sorge** um den Fortbestand der bürgerlichen Ordnung.

Nachdem **die nationale Ideologie** des kapitalistischen Staates, der bürgerlichen Klassenherrschaft durch den imperialistischen Krieg, seine Begleit- und Folgeerscheinungen, erwiesen hat, daß sie heute **nicht gesellschaftserhaltend, vielmehr gesellschaftszerstörend** wirkt, würde die Verwirklichung des Pazifismus einen letzten Versuch darstellen, mittels der internationalen Zusammenfassung und Organisierung der gesellschaftlichen Kräfte die bürgerliche Ordnung zu retten.

Nach der Auffassung der Pazifisten soll die Ausschaltung und Aufhebung der wirtschaftlichen und politischen nationalen Gegensätze durch kluge und gerechte internationale Organisation, durch Abrüstung und internationale Schiedsgerichte eine feste materielle und kulturelle Grundlage schaffen, auf der sich durch Sozialreform und Volksbildung auch die Klassengegensätze kampflos ausgleichen und überwinden lassen würden.

Vorausgesetzt die Kleinigkeit, daß die Besitzenden ohne Rücksicht auf den kapitalistischen Profit „weise und billig" in Ausnutzung ihrer Ausbeutungs- und Herrschaftsmacht sind, und die Proletarier „vernünftig und mäßig" in ihren Forderungen auf Freiheit und Gleichberechtigung.

Die **Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft**, der geschichtlichen Entwicklung **widersprechen** diesem Ideal. Nehmen wir an, es würde gelingen, durch internationale Organisation der gesellschaftlichen Kräfte die Grenzen der Produktion zu erweitern, durch Rüstungs- und Kriegsersparnisse die bürgerliche Ordnung etwas wohnlicher für die Ausgebeuteten zu gestalten. Wenn das **Privateigentum** die Grundlage der Wirtschaft und der kapitalistische Profit die trei-

1 Band 2 Jahrgang 1922, S. 537, Herausgegeben von Klaus Aresti. Reprint der ursprünglich von Clara Zetkin im Auftrag der Exekutive der III. Internationale und des Internationalen Kommunistischen Frauensekretariats in Moskau herausgegebenen Zeitschrift VTK-Verlag – Frankfurt am Main 1983

bende Kraft der Produktion bleiben, so würden auch dann die Widersprüche des Kapitalismus weiter bestehen, die die Klassengegensätze und Klassenkämpfe, die Gegensätze und Kämpfe zwischen den bürgerlichen Nationalstaaten erzeugen; würden auch dann die **gewaltig entfesselten Produktivkräfte** wider die **Schranken der Produktion** rennen und in einer furchtbaren Krise diese Schranken zertrümmern. Dem Kapitalismus ist keine Rettung gegeben.

Allein es fragt sich, ob internationale Abrüstung und Schiedsgerichte, ob internationale Verständigung über die Annullierung aller Kriegsanleihen und Kriegsschulden, über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und die Wiederherstellung der Wirtschaft usw. nicht jetzt Mittel sein könnten, die Lasten und Leiden des letzten Krieges zu mildern, den Lasten und Leiden neuer Kriege vorzubeugen, die durcheinander geworfenen zerrütteten wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen der einzelnen Staaten, der kapitalistischen Welt wiederherzustellen?

Der **Pazifismus** wird diese Frage **unbedingt bejahen**. Er rechnet **nur** mit der Logik menschlicher Gedanken und nicht mit den Widersprüchen der harten Dinge, der wirtschaftlichen, sozialen Tatsachen.

Die kurz hervorgehobenen inneren Widersprüche des Kapitalismus, die aufgezeigten Gegensätze zwischen den Kapitalistengruppen der einzelnen Länder, verschärft in den Gegensätzen zwischen den **wenigen Siegerstaaten des Weltkriegs** und den **von ihnen ausgepreßten unterlegenen Ländern**, lassen sich nicht durch Resolutionen und Beschlüsse versöhnen. An ihnen werden auch die ersten unsicheren Schritte zur Verwirklichung pazifistischer Forderungen scheitern.

Auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe der bürgerlichen Ordnung ist der Imperialismus die kapitalistische Wirklichkeit, der **Pazifismus** ist die **letzte kapitalistische Ideologie**. Sobald die Frage des **pazifistischen Aufbaus der Welt** in der Praxis vor die Machthaber, Nutznießer und Vertreter der bürgerlichen Ordnung herantritt, wird sich das unzweideutig erweisen.

Die breitesten Massen der Proletarier, Klein- und Mittelbürger werden dann erfahren, daß dieser letzte Versuch zur Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft auch ihre **eigene letzte Selbsttäuschung** war.

Der **Pazifismus** ist seinem Wesen nach **bürgerliche Sozialreform**, ist eine spezifische Form bürgerlicher Sozialreform und ebenso ohnmächtig wie diese, die Widerspruche, Gegensätze und Übel des Kapitalismus zu überwinden. Die **Aufrollung seiner Forderungen führt aber zu einer Schwächung** des Klassenfeindes der Proletarier, **der Bourgeoisie**. Sie trägt **Unruhe, Gärung, Zwiespalt und Unsicherheit** in deren Reihen, unter die Massen der Bauern, der Klein- und Mittelbürger. Die **Kommunisten** haben diese **mögliche Schwächung der Bourgeoisie** energisch auszunützen.

Obgleich sie wissen, daß Lohnerhöhungen, gesetzlicher Achtstundentag und andere Reformen die Klassenausbeutung und Klassenknechtung des Proletariats durch die Bourgeoisie nicht abschaffen, so führen sie doch die Arbeiter in Kämpfe für Lohn- und Reformforderungen, um proletarische Gegenwartsinteressen zu verteidigen und die **entscheidenden proletarischen Zukunftskämpfe** um die Macht vorzubereiten.

Ebenso müssen die Kommunisten pazifistische Anläufe in der bürgerlichen Gesellschaft zum Anlaß nehmen, um die Proletarier in den Kampf zu führen, dessen wichtigstes Ergebnis sein wird, sie von jeder pazifistischen Selbsttäuschung zu befreien und dadurch – dem Geist des „Kommunistischen Manifestes" getreu – die Vereinigung des Proletariats als Klasse mit größerer Reife der Erkenntnis, des Willens und der Kampfesfähigkeit zu schaffen. Nicht der Ausgangspunkt des Kampfes, vielmehr dieses sein wertvollstes, sein positives Ergebnis muß für uns bestimmend sein.

Je **bestechender** nach den Furchtbarkeiten und Verbrechen des letzten Krieges **pazifistische Ziele** großen Massen erscheinen können, um so dringlicher ist es, daß diese durch den Anschauungsunterricht des Kampfes über den Pazifismus belehrt werden. Seine Propaganda birgt die schwere Gefahr in sich, die **revolutionäre Kampfesenergie des Proletariats** durch Illusionen zu entnerven und zu lähmen. Ihr gilt es zu begegnen. Der Kampf für **einzelne Forderungen der**

Bild:
Internationale Brigade, Madrid 1936

Pazifisten, wie **Einschränkung der Rüstungen**, **internationale Annullierung der Kriegsschu**lden usw. muß ein Mittel dazu sein, **alle pazifistischen Illusionen** der schaffenden Massen zu **zerstören**. Diese Forderungen und wesensähnliche stehen übrigens auch im Programm der Kommunisten. Es kommt darauf an, daß wir **sie kämpfend in die richtige geschichtliche Beleuchtung rücken,** daß wir die Massen lehren, scharf zwischen bürgerlicher und kommunistischer Wertung zu unterscheiden.
Das Proletariat muß klar darüber sein, daß sogar diese bescheidenen Reformforderungen **nur durch seinen energischen Klassenkampf** erzwungen werden. Solange der Kapitalismus herrscht und ausbeutet, wird das kapitalistische Profit- und Machtinteresse, die Vernunft und Friedensliebe bürgerlicher Kreise in die Knie zwingen. Ohne den kraftvollsten proletarischen Klassenkampf, ohne den Sturz der Bourgeoisherrschaft, des Kapitalismus durch die Revolution können Militarismus und Imperialismus **nicht überwunden, können Kriegsrüstungen, Kriegsgefahr und Kriegsverwüstung** nicht von der stöhnenden Menschheit genommen werden.
Das Proletariat darf deshalb nun und nimmer unter dem Einfluß gefühlsseliger pazifistischer Gedankengänge abrüsten, umgekehrt, es muß mit höchster Energie weiterrüsten, es muß mit opferbereiter Entschlossenheit weiterkämpfen.

Es muß der Tatsache bewußt bleiben, daß die Bourgeoisie herrscht und ausbeutet, weil ihr die Verfügungsgewalt eignet über die Produktionsmittel des Lebens und über die Produktionsmittel des Todes. Ihre Herrschaft über die Produktionsmittel des Lebens hält sie aufrecht, weil sie auch Herrin ist über die Produktionsmittel des Todes. Wenn die Ausgebeuteten und Enterbten ihre Hand ausstrecken nach den Produktionsmitteln des Lebens, ja auch wenn sie nur einen größeren Anteil von deren Früchte fordern, so wirft die Bourgeoisie ihr Begehren nieder, indem sie die Produktionsmittel des Todes spielen läßt.

Aber vergessen wir nicht, daß die Bourgeoisie die Produktionsmittel des Lebens und die Produktionsmittel des Todes **nur ausnutzen** kann, **wenn Proletarierhände sie bedienen**. Die Proletarierköpfe müssen richtig denken lernen, die die Proletarierhände lenken. Um sich von der Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, muß die Arbeiterklasse der Bourgeoisie nicht bloß die Produktionsmittel des Lebens entreißen, sondern auch die Produktionsmittel des Todes. Mit Waffengewalt sucht die Bourgeoisie ihre Herrschaftsstellung zu verteidigen, den Werktätigen Freiheit und volles Menschentum vorzuenthalten. Mit **Waffengewalt müssen diese daher ihre Lebens- und Menschenrechte** erkämpfen.
Gewalt läßt sich nicht wegdisputieren und nicht wegbeten. Gewalt kann nur durch Gewalt gebrochen werden. Das sprechen wir Kommunisten offen aus, nicht weil wir „Anbeter der Gewalt" sind, wie sanfte bürgerliche und sozialdemokratische pazifistische Gemüter uns beschuldigen. Nein, wir beten die Gewalt nicht an, **jedoch wir rechnen mit ihr, weil wir mit ihr rechnen müssen**. Sie ist da und spielt ihre geschichtliche Rolle, ob wir wollen oder nicht.
Es fragt sich nur, ob wir sie **widerstandslos erdulden**, oder ob wir sie **kämpfend überwinden** wollen. Die schönsten moralischen und philosophischen Erwägungen ändern an diesem **brutalen Tatbestand** nichts. Es ist Phrase, daß Gewalt stets und immer ein reaktionärer Faktor in der Geschichte war. Gewalt ist Gewalt, ist weder revolutionär noch reaktionär, **Gewalt wirkt aber reaktionär oder revolutionär den geschichtlichen Umstanden entsprechend je nach der Klasse**, von der sie gebraucht, und dem Ziel, an das sie gesetzt wird. Die Gewalt wird ein **revolutionärer, ein befreiender Faktor** in den Händen des Proletariats, das sie gebraucht, um die **Gewaltherrschaft der Bourgeoisie zu zerschmettern**.
Zu diesem Zwecke muß es wie den politischen, so auch den militärischen Machtapparat den Besitzenden entreißen. Allein um seine Freiheit zu erobern und zu behaupten, genügt es nicht, daß es den einen wie den anderen mit starker Faust ergreift. Das Proletariat muß vielmehr zu diesem Zwecke den militärischen wie den politischen Machtapparat seinen eigenen Bedürfnissen gemäß umformen und gebrauchen. Die Sowjetordnung und ihre Rote Armee sind das klassische geschichtliche Beispiel dafür. In der Tat! Was wäre Sowjetrußland ohne seine Rote Armee? Eine Vergangenheit, nicht lebensvolle, kämpfende Gegenwart.
Die Geschichte der russischen Revolution erweist aber auch schlagend das **Illusionäre**, die Haltlosigkeit jener bürgerlich-pazifistischen Auffassung, die auf proletarische Kreise übergegriffen hat, **daß der Antimilitarismus höchst revolutionär, eine Vorbereitung der Revolution sei,** daß bürgerlich-antimilitaristische Gesinnung Massen über Nacht in geschlossene, gerüstete, schlagkräftige revolutionäre Kämpferheere verwandeln könne.
Bei **antimilitaristischer Einstellung** hätte das Proletariat Petersburgs und Moskaus **nie** unter Führung der Bolschewiki zu siegen und die Sowjet-Ordnung zu begründen vermocht. Die russische Revolution geht jedoch noch über diese Lehre hinaus. Sie widerlegt den Pazifismus überhaupt.
„Frieden" war das erste Wort der Sowjetrepublik,

ihre **erste Tat** war die **Demobilisation**. Was hat das **kapitalistische Europa darauf geantwortet**? **Deutschland** ließ seine Truppen – darunter viele Tausende klassenbewußter Proletarier – das **sozialdemokratische Programm** oder auch Kautskys Verherrlichung des „Völkerbundes" im Tornister – **gegen Petersburg marschieren**; ließ sie zur **Verteidigung der Versklavungs- und Auswucherungsmacht** von Junkern, Fabrikanten und Bankiers in den Ostseegebieten, in **Finnland** und der **Ukraine** friedens- und freiheitssehnsüchtige Bauern und Arbeiter niederschlagen.

Der Ententeimperialismus zahlte dafür, daß weißgardistische Heere und Banden Sowjet-Rußland verwüsteten. Mit der Schärfe des Schwertes mußte der Arbeiter- und Bauernstaat seine Existenz verteidigen. **Nicht anti-militaristische, pazifistische Deklamation, die Rote Armee wird auch künftig Sowjet-Rußland schützen.**

Die dargelegte Auffassung macht es uns zur Pflicht, mit aller Schärfe und Bestimmtheit der **antimilitaristischen, pazifistischen Propaganda entgegenzutreten**, wie sie in Frankreich zum Teil auch innerhalb der Kommunistischen Partei betrieben wird. Auf der Frauenkonferenz und dem Kongreß der Kommunistischen Partei zu Marseille zeigte sich deutlich, wie verwirrend, wie verseuchend sie wirkt. Die antimilitaristische Propaganda mancher unserer französischen Freunde gebärdet sich sehr revolutionär und geschieht in dem ehrlichen Glauben, wirklich revolutionär zu sein.

Bei Licht betrachtet entpuppt sie sich jedoch als gut bürgerlichen Wesens und gut bürgerlicher Wirkung. Nach den sehr eingehenden vorzüglichen Ausführungen unseres Genossen Trotzki zu dieser Sache brauche ich nur stark zu unterstreichen, wie dringend es ist, daß die **Kommunistische Partei Frankreichs** in ihren Reihen **grundsätzliche Klärung** herbeiführt und jedes Paktieren mit bürgerlich pazifistischen Tendenzen ablehnt.

Clara Zetkin.

Randnotizen

zu dem sicherlich gut gemeinten pazifistischen Aufruf unter dem Titel:

„Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!"

Schon der erste Satz des Aufrufs ***„Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit"*** zeigt die gut gemeinte aber falsche Herangehensweise des bürgerlichen Pazifismus an die Frage des Kriegs.

Da war der viel zitierte „**Militärwissenschaftler" Carl von Clausewitz** viel weiter als die „modernen" bürgerlichen Pazifist:innen von 2023, als er **1832** feststellte, „***Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.*** *... Die politische Absicht ist der Zweck, der Krieg ist das Mittel, und niemals kann das Mittel ohne Zweck gedacht werden.*"

„Den Krieg" gibt es **nicht abstrakt**. Und es gibt auch nicht **„den Krieg", der per se schlecht** ist, und der deswegen abgelehnt werden muss.

Jeder konkrete Krieg ist die Fortsetzung einer Politik mit kriegerischen Mitteln. Und bei jedem konkreten Krieg müssen wir nach dem Zweck, der politischen Absicht des Kriegs, dem Charakter des Kriegs fragen. Die Antworten auf diese Fragen werden auch die Haltung der politisch denkenden Menschen und politisch handelnden Kräfte bestimmen.

Deswegen unterstützten zum **Beispiel Marx und Engels** die ersten napoleonischen Kriege, obwohl diese wie jeder Krieg viel Leid über die Menschen brachten, weil diese Kriege für die **bürgerliche Demokratie** gegen den **feudalen Despotismus** geführt wurden.

Deswegen waren zum Beispiel **im zweiten Weltkrieg** die Kommunist:innen und demokratischen antifaschistischen Kräfte für den Krieg zur **Zerschlagung Nazi-Deutschlands**! Für sie war Krieg das notwendige Übel! Deswegen sind Kommunist:innen nicht an sich gegen Kriege. Sondern sie unterscheiden zwischen **gerechten und ungerechten Kriegen**. Kriege der Völker gegen den Imperialismus, der Krieg der ausgebeuteten Massen, der Arbeiter:innen und Werktätigen gegen ihre Ausbeuter:innen, gegen den Kapitalismus sind **gerecht**! Nur durch diese Kriege wird die Welt zu einer besseren Welt.

Die Auffassung, *„Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit"* ist gut gemeint, aber eine **wirklichkeitsferne** und letztendlich dem herrschenden System dienende politische Haltung. Denn das heutige bis an die Zähne bewaffnete System kann nicht überwunden werden **ohne revolutionäre Gewalt der Massen und ohne Klassenkrieg.**

Im zweiten Satz des Aufrufs wird der Charakter des aktuellen Kriegs in der Ukraine, der übrigens nicht der einzige laufende Krieg in der Welt ist, eingeschätzt, der ***„völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die gesamte Ukraine"***.

Diese Charakterisierung des Kriegs ist eins zu eins die politische Position der einen kriegsführenden Seite dieses innerimperialistischen Kriegs. (Siehe hierzu unseren Leitartikel in dieser TA-Ausgabe Nr. 91 Mai 2023). Der imperialistische „Westen", angeführt von den USA, mit allen seinen imperialistischen Partner:innen und Rival:innen erklärt, dass dieser Krieg „völkerrechtswidrig" sei. **Was ist aber das Völkerrecht in der Welt, in der wir leben?**

Es ist das Recht der größten imperialistischen Mächte, sich die Welt gemäß ihrer Stärke untereinander aufzuteilen und je nach den jeweils eigenen aktuellen Interessen, das „Völkerrecht" immer wieder neu zu definieren.

Was für den Westen „völkerrechtswidrig" ist, ist für Russland und seine Verbündeten durchaus „völkerrechtskonform". Was die Begriffe „Angriff" und „Verteidigung" in einem Krieg betrifft, kann man diese getrost vergessen, weil sie bei dem Charakter des Krieges **keine entscheidende Rolle** spielen.

Was bestimmend ist, ist die **Politik, die mit kriegerischen Mitteln** fortgesetzt wird. Und die ist von beiden Seiten dieses Kriegs eine imperialistische. Der Krieg in der Ukraine ist einer der weltweiten imperialistischen Kriege, die für die Neuaufteilung der Welt geführt werden, als **Prolog zu einem dritten imperialistischen Weltkrieg.**

Da kommen wir zur Frage der **Einordnung der Kriegsparteien.** Für die Verfasser:innen [1] des Aufrufs ist klar: Auf der einen Seite des Kriegs sind die **„Menschen in der Ukraine"**, die ihr völkerrechtlich verbrieftes Recht auf „Selbstverteidigung" ausüben. Auf der anderen Seite steht als Kriegspartei das den „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg" führende „Russland".

Die heldenhaft-tapfere Ukraine gegen den bösen russischen Bären sozusagen! Das geht völlig an der Wirklichkeit vorbei, ist aber direkt eine Propagandalüge der einen Seite des Kriegs!

Dies ist kein Krieg „Ukraine gegen Russia". Es ist der Krieg des imperialistischen „Westens", gegen den imperialistischen „Osten" und umgekehrt.

Das sind die **beiden Blöcke,** deren Hauptkräfte wir folgendermaßen sehen: auf der einen Seite, die mit Riesenschritten voranschreitende imperialistische Großmacht China mit seinen Verbündeten.

Auf der anderen Seite die imperialistische Großmacht USA mit ihren Verbündeten. Dass auf der einen Seite **Russland als imperialistische Großmacht** aktuell **unmittelbar als Kriegspartei** auftritt, während die **westlichen imperialistischen Mächte** noch **einen Stellvertreterkrieg** mittels der Ukraine führen und diese dafür noch mit Waffen und durch hunderte Milliardenhilfen vollpumpen, ist letztendlich nicht ausschlaggebend. **Alle Mächte, die die Ukraine mit Militärhilfen „unterstützen", sind Kriegsparteien!**

Deutschland ist so gesehen nach den USA die zweitgrößte Kriegspartei im Krieg in der Ukraine.
Mit ihrem Verständnis ist es folgerichtig, dass für die Verfasser:innen des Aufrufs Russland der alleinige Schuldige an diesem Krieg ist. *„Russland hat diesen Krieg begonnen. Russland kann ihn jederzeit beenden",* schreiben sie. Dass dieser Krieg nicht am 24. Februar 2022 plötzlich losgegangen ist, sondern eine lange Vorgeschichte hat, die schon bei den **2+4 Gesprächen 1990** begann, dass seit 2**014 in Donetzk und Luhansk** ein veritabler Krieg läuft wird geflissentlich übergangen.
Es wird auch übergangen, dass **natürlich auch der „Westen"** diesen Krieg jederzeit beenden kann, wenn von den **Maximalforderungen** als Voraussetzung für Friedensgespräche der „Sieg über Russland", die „Befreiung über alle von Russland besetzten Gebiete einschließlich der Krim" Abstriche gemacht würden. Und wenn vor allem der Krieg nicht durch **immer mehr Waffen an die Ukraine** in die Länge gezogen wird.
Was die Forderungen des Aufrufs betrifft:
Die **einzige** auch im pazifistischen Sinne richtige Forderung im aktuellen Krieg, ***„Sofortiger** Waffenstillstand **ohne jede Vorbedingung** und Aufnahme von **Friedensverhandlungen"*, fehlt in diesem Aufruf.
Das ist auch verständlich, weil die heutige pazifistische Bewegung hinsichtlich des Kriegs in der Ukraine, der übrigens immer mehr nicht nur in der Ukraine läuft sondern auch auf dem Territorium Russlands, der **westlichen Propaganda-Wahrheit auf den Leim geht**.
Trotz all seiner Fehler und Halbheiten ist dieser **pazifistische Aufruf als eine oppositionelle, friedensfordernde Stimme positiv**, in einer Situation, in der die Mehrheit der Bevölkerung hinter ihrer imperialistischen Bourgeoisie steht und zur Unterstützung der Ukraine immer mehr, vor allem auch Angriffswaffen fordert: Für den „Sieg der Ukraine über Russland", der „auch ein Sieg 'unserer Werte'" sein würde.
In einer Situation, in der in Ermangelung einer sichtbaren revolutionären kommunistischen Alternative und auch einer starken bürgerlich pazifistischen Bewegung, faschistische Kräfte als Friedensapostel auftreten können. Weil ja dieser Krieg „gegen die deutschen Interessen" sei. In einer Zeit, in der im Namen des Friedens einige Kräfte, die sich links nennen, mit **„deutschen Interessen"** argumentieren, warum man für Frieden sein sollte.
In solch einer Zeit ist ein zugegeben sehr schwacher, gut gemeinter pazifistischer Aufruf mehr als nichts.

Deswegen veröffentlichen wir diesen Aufruf:

Aufruf zu Antikriegs-Aktionen vom 18. September über den UN-Weltfriedenstag am 21. September bis zum 24. September 2023

Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!

Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die gesamte Ukraine, der seit dem 24. Februar 2022 zu hunderttausenden Toten und Verletzten sowie Millionen Geflüchteten geführt hat.
Abertausende von weiteren Menschen drohen diesem Krieg zum Opfer zu fallen. Aus Russland gibt es immer wieder Drohungen, den Krieg mit dem Einsatz von Atomwaffen weiter zu eskalieren. Wir sehen mit Schrecken den hemmungslosen Einsatz immer weiterer, teilweise sogar international geächteter Waffentypen wie Streumunition. Zivile Ziele werden unter Missachtung des Kriegsvölkerrechts bombardiert und der globale Hunger als Waffe instrumentalisiert. Die-

1 **Wir führen hier die Gruppen und Organisationen an, die nicht so ohne weiteres in der linken, antifaschistischen und revolutionären Bewegung bekannt sind.**

Pax Christi „der Friede Christi" ist die internationale katholische Organisation der Friedensbewegung, die sich heute jedoch als ökumenisch offen versteht. Der Name der Bewegung ist zurückzuführen auf das Leitwort, das Papst Pius XI. seinem Pontifikat 1922 gab: „Pax Christi in regno Christi" („Der Friede Christi in Christi Reich").

AGDF, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden ist ein Zusammenschluss von 34 Institutionen, die mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Arbeitsprogrammen im In- und Ausland Friedensarbeit leisten. Das Leitbild der AGDF ist der **biblische Friedensbegriff**, wie er im „Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" aufgegriffen wird. Sie arbeitet eng mit der **evangelischen Kirche** in Deutschland (EKD) zusammen.

https://www.church-and-peace.org
Church and Peace | European Ecumenical Peace Church NetworkChurch and Peace beteiligt sich am Dialog über Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und ist ein Katalysator für gemeinsame Initiativen und Projekte. Auf unseren Seiten finden Sie Informationen über die Gewaltfreiheit des Evangeliums und was es heißt, Friedenskirche zu sein.

Die Organisation **IPPNW** (Abkürzung für International Physicians for the Prevention of Nuclear War; Name der deutschen Sektion IPPNW Deutschland – Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e. V.) ist ein internationaler Zusammenschluss von Human-, Tier- und Zahnärzten, die sich unter anderem vor allem für die Abrüstung atomarer Waffen einsetzt. Die deutsche Sektion (Sitz: Berlin) ist mit circa 8.000 Mitgliedern die größte berufsbezogene Friedensorganisation in Deutschland.

ser Krieg verursacht auch schwere Schäden an der Umwelt und konterkariert den Kampf gegen die Klimakrise. Deshalb gilt es, der Gewalt so schnell wie möglich Einhalt zu gebieten. Russland hat diesen Krieg begonnen. Russland kann ihn jederzeit beenden.
Wir sind solidarisch mit den Menschen in der Ukraine. Wir erkennen das völkerrechtlich verbriefte Recht auf Selbstverteidigung an. Die Logik des Krieges muss durchbrochen werden. Vor allem die Betroffenen, die zivilen Widerstand leisten und gewaltfreie Aktionen durchführen, die desertieren oder den Kriegsdienst verweigern, brauchen unsere Unterstützung.
In unserem Bündnis wie in der Gesellschaft sind unterschiedliche Positionen zu Waffenlieferungen an die Ukraine vertreten. Die Lieferung von immer mehr Waffen erfüllt uns mit großer Sorge. Ihr Einsatz, darunter völkerrechtlich geächtete Streumunition, trägt zum Leid der Zivilbevölkerung und zur zunehmenden Eskalation des Krieges bei! Wir befürchten, dass der einseitige Fokus auf militärische Unterstützung in Deutschland den Blick auf wichtige zivile Handlungsoptionen verstellt. Dazu gehören humanitäre Hilfe, die Unterstützung von Verhandlungen über Schritte zu einem Waffenstillstand und die Vorbereitungen für eine neue Friedensordnung in Europa.

Wir fordern:

» diplomatische Initiativen durch die Bundesregierung, die EU, die Vereinten Nationen, die OSZE und andere.
» einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen unter Einbeziehung aller relevanten Akteur*innen.
» den vollständigen Rückzug des russischen Militärs aus der Ukraine.
» alles zu tun, um einen Atomkrieg zu verhindern, den UN-Atomwaffenverbotsvertrag durchzusetzen und jede nukleare Teilhabe zu beenden.
» Schutz durch humanitäre Visa und Asyl für alle Menschen, die sich dem Krieg entziehen möchten.
» den Ausstieg aus fossilen Energieträgern, um keine weitere Finanzierung des Krieges zu ermöglichen und die Klimakatastrophe abzuwenden.

Krieg und Besatzung bedeuten Tod, Gewalt, Flucht, Vergewaltigung und Folter für die unmittelbar Betroffenen. Sie bedeuten auch Nahrungsmittelknappheit, Hunger und Armut für die mittelbar Betroffenen, vor allem in Ländern des Globalen Südens. Eine Erhöhung der Rüstungsausgaben, militärische „Sondervermögen", Drohungen und weitere Eskalation dürfen keine Antworten darauf sein.
Wir sind uns der Anteile westlicher Politik am Unfrieden in der Welt bewusst, verurteilen sie und wirken ihnen entgegen. Die viel zu oft konfrontative Politik der NATO, die unfaire Wirtschafts-, Energie- und Handelspolitik und die Aufrüstung auf allen Seiten müssen ein Ende finden.
Sicherheit und Frieden für alle können nur gemeinsam und nicht gegeneinander erreicht werden. Das Völkerrecht muss dabei höher stehen als die Machtinteressen einzelner Staaten. Stoppt das Töten in der Ukraine! Für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen!

Werdet aktiv für eine friedlichere Welt!

Wir rufen vom 18. September über den UN-Weltfriedenstag am 21. September bis zum 24. September 2023 zu gewaltfreien und vielfältigen Protesten gegen den Angriffskrieg Russlands in der Ukraine, für das Durchbrechen der Gewaltspirale, für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen und gegen das Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung auf, mit dem Deutschland bald einen der größten Rüstungsetats der Welt hätte. Der 21. September 2023 soll ein Tag des Waffenstillstands und der Gewaltlosigkeit sein!

Wer wir sind

Wir sind ein Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen und sind solidarisch mit allen Menschen, die sich gegen Krieg einsetzen. Wir laden alle Menschen ein, die sich gegen den Krieg und gegen Aufrüstung einsetzen möchten!
Für Menschen und Gruppen aus dem nationalistischen und antidemokratischen Spektrum ist auf unseren Aktionen kein Platz. Ebenso erteilen wir Menschen und Gruppen eine Absage, die Journalist*innen gewaltsam angreifen, Verschwörungsmythen anhängen oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie etwa Rassismus, Antisemitismus und Sexismus verbreiten.

Unterzeichner*innen (Stand 10. August 2023):

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden | Attac | Bund für soziale Verteidigung | church & peace | Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen | IPPNW | Netzwerk Friedenskooperative | Ohne Rüstung Leben | pax christi | Peace4Future | Sicherheit neu denken | Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

www.stoppt-das-toeten.de

Fabrik-Zeitung Klasse gegen Klasse
Gegen Ausbeutung für Sozialismus!

Ausgabe Nr. 35 Antikriegstag 1. September 2023

Auf allen Straßen & Plätzen UNSER Widerstand

GEGEN imperialistische Kriege!
GEGEN die Vernichtung der Lebensgrundlagen!
GEGEN Rassismus und Patriarchat!
GEGEN Unterdrückung der Werktätigen und Völker!
FÜR eine NEUE Welt OHNE Ausbeutung und Barbarei!

KAPITAL = Krise, Krieg, Klima-Katastrophe, Kaputtkürzen

So sieht's aus … das herrschende „K" ist eine Katastrophe, das ist der **Kapitalismus!** Für jeden Buchstaben des Alphabets lassen sich Beweise für seine **Mensch und Natur verachtende** letztendlich **vernichtende Diktatur** finden.

Der Kapitalismus ist und bleibt die Geißel der Menschheit, auch wenn er hierzulande und überall viele seiner **ausbeuterischen Unterdrückungswerkzeuge** als bürgerliche Demokratie verschleiert.

Eine **winzige Minderheit profitiert** auf unsere Kosten, **auf Kosten der Arbeiter:innen und Werktätigen weltweit.** Wir schaffen den Mehrwert, den sie sich unverschämt aneignen. Den Kapitalist:innen ist es egal, ob Leben und Gesundheit der **übergroßen Mehrheit** der Menschen oder dieser Planet **ihrer Profitgier zum Opfer fällt.**

„Die Regierung ist scheiße", „wir zahlen doch nicht ewig für den Rest der Welt", „Ukraine hat unsere volle Solidarität", „Wir lassen uns doch nicht das Auto verbieten…" - diese noch harmlosen Zitate zeigen die traurige Wirklichkeit: Viele werktätige Menschen **erkennen die Lage aber nicht das System.**

Ursache für Krise, Krieg und Klimakatastrophe ist nicht die Unterteilung von Regierungen in „kompetent" und „scheiße" oder von Staaten in „gut" und „böse", ist nicht die Frage von Auto oder kein Auto…

Ein paar Schlaglichter auf unser aller Lage helfen, das System zu erkennen:

KRISE, KRIEG, KAPITAL … so hängt's zusammen

KRISE

Innerhalb der EU gibt es ein Wachstum von sage und schreibe 0,1 Prozent – **trotz Energiekrise.** In Deutschland schrumpft die Wirtschaft. Das bundesdeutsche Kapital zeigt uns, wie **dieses System** trotzdem einfach so weiter funktioniert.

Ein **Grundproblem** der kapitalistischen Produktionsweise besteht darin, dass sie für die einzelnen Kapitalist:innen nur mit ständigem Wachstum funktioniert. Das führt zu **enormer Konkurrenz** und regelmäßig zu **Überproduktionskrisen.**

Anhand der Autoindustrie können wir das Problem anschaulich machen: Seit über zwanzig Jahren weist die **Automobilbranche Überkapazitäten** zwischen 20 und 30 Prozent auf. Trotzdem konnten Manager:innen, Bosse und Aktionär:innen all die Jahre satte Profite absahnen.

WIE das? Lohnkürzungen, staatliche Subventionierung der Profite über Kurzarbeit, Arbeitsplatzvernich-

tung, Auflösen des Produktionsverbundes per Auslagerungen, Leiharbeit, Standortverlagerungen (inkl. Subventionsgeldern z.B. innerhalb der EU) Warenvernichtung („Abwrackprämie“) und **Dividendenausschüttung statt Investitionen**. Fabriken wurden geschlossen, mit Sozialplan und Auffanggesellschaften immer **zu Lasten der Arbeiter:innen und Werktätigen, für die Verantwortlichen stets ein profitables Abwickeln.**

Im Großen und Ganzen konnten sich Großaktionär:innen in den letzten Jahrzehnten über steigende Kontostände freuen. Ist ja auch verlockend, die **Profitspanne** der verbrennerbetriebenen Automobilität möglichst lange zum Füllen der eigenen Taschen zu nutzen. **Technologischer Fortschritt? Möglichkeiten umweltverträglicher Mobilität? Alternativen zur Betonierung und Blechverstopfung der Städte? Ach woher denn?!**

In der Logik des herrschenden Systems wird **technologischer Fortschritt** ausschließlich zur **Profitmaximierung** genutzt.

Doch zurück zu unserem Beispiel: Anstatt all das Know-How zu nutzen, kommt als einzige Alternative zu spritfressenden Klimakillerkarossen **die E-Mobilität** als scheinbar innovativer Ansatz… unter'm Strich ebenfalls ein Zugeständnis an die Autoindustrie … und führt in die nächste Überproduktionskrise. Ach ja, uns wird natürlich weisgemacht, dass es sich um Absatzprobleme handelt. ***„Der Markt gibt nicht mehr her“, „Die Konkurrenz ist groß.“ „Die richtige Strategie sichert Arbeitsplätze und den Standort“, „Langfristig kommen „wir“ an die Spitze“ …***

Alles kompletter Quark!

Jetzt weiter mit „Krise“: Uns wird tagtäglich in die Köpfe gepflanzt, woher diese Krise kommt: An erster Stelle, klar, COVID19, die Energiekrise, dann Lieferengpässe, hohe Sozialausgaben, Unterstützung von hierher geflüchteten Menschen und nicht zuletzt Lohnsteigerungen …

Das sollen die Hauptursachen sein für Inflation und Krise.

Auch das ist Quark!

Energiekrise: Längst ist bekannt, dass die Konzerne die drohende Gasknappheit für sich auszunutzen wussten. **Größte Krisengewinner** sind nachweislich die **Öl- und Gaskonzerne.** Künstliche Preiserhöhungen, Rettungsgeld vom Staat z.B. für den höchst profitablen Konzern Uniper… **Betrug? Ja! Aber vollkommen legal in diesem System,** in dem nur zählt, was die Kapitalgesellschaften stark macht.

Lieferengpässe: Selbst gemacht… und …
hervorragend genutzt, um die Flexibilität von Belegschaften zu maximieren.
Kein Material? – zu Hause bleiben ...
Material da? – Arbeiten kommen ...

Hohe Sozialausgaben, Unterstützung von hierher geflüchteten Menschen: Immer wieder die Meldungen über Menschen, die angeblich nicht arbeiten wollen… und zudem rassistisch gefärbt. Der Finanzierungsstreit zwischen Bund und Kommunen hinsichtlich der Unterbringung von Geflüchteten ist nur ein Beispiel.
Übrigens eine effektive Methode, die Unsicherheit der werktätigen Menschen auszunutzen für ihre Hetze.

Kapitalist:innen und Regierung jammern über **Fachkräftemangel**, sind aber nicht bereit, Geld zu investieren, um entsprechende Qualifikation der Werktätigen aller Nationalitäten hier voranzutreiben.

Als **„Lösung“** wird aktuell Fachpersonal aus anderen Ländern geholt. Geld gespart – nicht nur für die Ausbildung … die meisten dieser Fachkräfte werden hier schlechter bezahlt, mieser behandelt und fehlen

natürlich in ihren Herkunftsländern. Und wenn sie nicht mehr gebraucht werden, heißt es mal wieder: „Ausländer raus" ...

KRIEG

Aktuell wüten mehrere Dutzend kriegerische Konflikte auf der Erde unter Einsatz vernichtender Waffen inklusive völkerrechtswidrigem Einsatz (Beschuss von zivilen Einrichtungen, Streumunition ...)
Völkerrechtswidrig – ein Begriff voller Hohn. Ist nicht jeder Krieg, jeder Waffeneinsatz gegen das Recht der Völker?
Die **Völker haben das Recht** darauf, in Frieden zu leben, ja, überhaupt zu leben.
Imperialistische, ungerechte Kriege sind immer völkerrechtswidrig … mit all den verheerenden Folgen für die werktätigen Menschen in den betroffenen Gebieten. Bedroht von Tod, Verstümmelung, körperlicher und seelischer Gewalt, Vergewaltigungen und Verschleppungen, Hunger, Verlust von Angehörigen, Wohnung, Sicherheit… **das ist die Fratze des Krieges.**

Imperialistische Neuaufteilung

In unserer Zeitung Trotz alledem! Ausgabe 91 haben wir ausführlich dargelegt, welche Hintergründe der Krieg in der Ukraine hat. Das ist ein imperialistischer Krieg von den derzeit existierenden zwei Blöcken der Großmächte.
Auf der einen Seite das imperialistische Bündnis NATO der westliche Block USA, EU, Deutschland, England Frankreich, Italien, Japan, Kanada **… der „Westen".**
Auf der anderen Seite vor allem die imperialistischen Großmächte China und Russland und ihre Verbündeten, **der „Osten".**
Außerdem prangern wir nach wie vor an, dass dieser Krieg so viel mehr im Fokus steht als all die anderen verheerenden Kriege auf diesem Planeten.
Profiteure? Die Kriegsindustrie – vor allem hier in Deutschland! Rheinmetall, Hensoldt nur zwei Namen symbolisch. Deutschland ist einer der größten Produzenten und Lieferanten von Kriegsmaschinen in alle Welt. Ist dann auch keine Überraschung, dass hier mit **Kriegshetze** und **Kriegstreiberei** für wachsende **Profite der Waffenindustrie** gesorgt wird.
Die werktätigen Menschen, die unterdrückten Völker wollen **in Frieden leben** … im Sudan und Jemen, in Palästina und Israel, in der Türkei und in Kurdistan, im Kongo und in Äthiopien, in Mali und Pakistan, in Berg-Karabach und Mexiko, in der Ukraine … **überall auf der Welt …**
Der Krieg mit Waffengewalt ist die Spitze der Gewalt gegen die unterdrückten Völker. Aber auch ohne Krieg ist **der herrschende Frieden kein Frieden für uns Arbeiter:innen und Werktätige. Frieden ist eben nicht nur die Abwesenheit von Krieg.**

In Frieden leben heißt, ohne Sorgen leben zu können. Dazu gehört so vieles.
Angst vor Krankheit oder Alter, Armut – all das gehört nicht dazu!

Klimakatastrophe

Ja, der Planet geht mit Riesenschritten dem Untergang entgegen, die **von der Menschheit verursachte Erderwärmung** bringt Hitze, Unwetter, Überflutungen und ungeahnte Stürme mit fatalen Folgen für alle Lebensräume… weil einer Handvoll Menschen ihr **Profit über alles** geht.

Wir, Arbeiter:innen und Werktätige weltweit,

können die Katastrophe stoppen.
Nicht nur über die Einsicht ins eigene Handeln.
Nein! Wir müssen uns ENDLICH vereinen für das Wichtigste!
Die Rettung des Lebens auf der Erde!
WIE?
DAS geht nur mit der grundlegenden Umwälzung der herrschenden Verhältnisse, mit der sozialistischen Revolution! DAS ist alternativlos!

Sozialismus oder Untergang in der Barbarei – ein drittes gibt es nicht!

Chile 1973 – 2023

Am 11. September 2023 jährt sich zum 50. Mal der Militärputsch in Chile. In der *Trotz alledem!* Nr. 29, September 2003, vor zwanzig Jahren, haben wir uns mit dem faschistischen Putsch in Chile und mit der Politik der Unidad Popular (UP) auseinandergesetzt.

„Wir wollen daran erinnern, dass es einen ganz anderen 11. September gibt, der sich in das Gedächtnis der ausgebeuteten Völker eingeprägt hat. Der 11. September 1973 – der blutige faschistische Putsch in Chile. Er ist zum Symboltag für die unterjochten ArbeiterInnen und Werktätigen weltweit geworden.

Ein Symbol:

Für die Entfachung eines faschistischen Putsches durch die imperialistischen Großmächte gegen die gewählte linksreformistische Allende Regierung!

Für die brutale Unterdrückung und Ermordung der revolutionären und demokratischen Bewegungen in Chile!

Für das brutale Ausbluten der chilenischen Völker durch die Marionetten-Faschisten unter Pinochet!

Der 11. September 1973 hat aber auch klar gezeigt, dass das Paktieren Allendes und der Unidad Popular mit den Imperialisten und die Losung der Opportunisten in Chile vom ‚friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus' auf parlamentarischem Wege und unter Vermeidung revolutionärer Gewalt, die Revolution auf halbem Wege stehen gelassen hat. Oder wie Karl Marx schon betont hat: Auf eine halbe Revolution folgt eine ganze Konterrevolution." [1]

In diesem Artikel wollen wir folgende Fragen beantworten

Wo steht Chile fünfzig Jahre nach dem Putsch? Welche Entwicklung nahm Chile seit dem Tod des Faschisten Pinochet?
2019: Revolten, revolutionärer Aufschwung. 2020 stimmten die chilenischen Wähler:innen erst mit überwältigender Mehrheit für eine neue Verfassung. Die verfassunggebende Versammlung wurde im Mai 2021 direkt vom Volk gewählt. Es keimten große Hoffnungen für die Demokratisierung Chiles. Warum kam es anders als gehofft wurde?

Ringen um neue Verfassung endet mit bitterer Niederlage

Am 24. Oktober 1970 wurde Salvador Allende vom Parlament im Präsidentenamt bestätigt. Genau 40 Jahre später, am 25. Oktober 2020 fand in Chile die Abstimmung über eine neue Verfassung statt, die „die erste legitime und demokratische Verfassung" Chiles nach Pinochet hätte sein können.

Was hat es mit dieser Verfassung auf sich?
Mit dem Referendum vom **5. Oktober 1988** wurde die Amtszeit Pinochets als Staatschef begrenzt. Ende 1989 fand eine freie Präsidentschaftswahl statt. Mit 55,2 Prozent der Stimmen wurde der Christdemokrat Patricio Aylwin von dem breiten Parteienbündnis „Concertación" gewählt. Im März 1990 trat Aylwin das Präsidentenamt an. Pinochet nutzte die Zeit, um sein Wirtschaftsmodell zu sichern und seine Kumpane aus Industrie und Militär, sowie andere Faschist:innen in einflussreiche Positionen zu hieven und so seine Macht zu sichern.
Der Prozess **der „Transition",** [2] bezeichnet den Wandel des politischen Systems in Chile ab **1988**, der die **angebliche Rückkehr** von der seit dem Putsch in Chile 1973 bestehenden Militärdiktatur unter einer von General Augusto Pinochet geführten Junta zurück zur Demokratie einleitete.
Die **faschistische Verfassung** wurde **1980,** legitimiert durch eine pseudodemokratische Volksabstimmung, von der herrschenden Militärdiktatur Pinochets angenommen. Das **Parteienbündnis Concertación**, das **bis 2010 alle Präsident:innen** stellte, akzeptierte diese **Junta-Verfassung.**
Pinochet war Präsident bis 1990 und blieb bis 1998 Oberbefehlshaber des Heeres. Er wurde auf Grundlage der Verfassung Senator auf Lebenszeit, wodurch er auch politische Immunität genoss. 2006 starb er, selbstverständlich ohne angeklagt, geschweige denn verurteilt worden zu sein. Sein Erbe lebt bis heute fort: **Die Verfassung von 1980** ist nach wie vor in Kraft.
Sie bildet die verfassungsmäßige Grundlage des **neoliberalen Wirtschaftsmodells**: Die Rolle des Staats wird minimiert und wirtschaftliche Interessen sind die ausschlaggebenden Faktoren.
Die **sozialen** und demokratischen Grundrechte sind völlig ausgehebelt. Zwar wurde 2005 eine Verfassungsreform vorgenommen, die 58 Stellen in dem Verfassungstext veränderte, um den Einfluss der Militärs auf die Politik zu begrenzen, aber es gab keine qualitativen Veränderungen. Militär und Polizei spielen in der Verfassung Chiles nach wie vor die erste Geige.

1 *Trotz alledem!* Nr. 29, September 2003, S. 3

2 Transition, spanisch *transición*, „Übergang".

Dem Militär wird erheblicher Einfluss zugeschrieben. Der Nationale Sicherheitsrat besteht aus sieben Mitgliedern, darunter vier Oberbefehlshaber der Armee. Er hat weitreichende Kompetenzen und kann politische Ämter besetzen und in die Innenpolitik eingreifen.

In den Jahren **2019 und 2020** entwickelten sich in Chile starke Protestbewegungen gegen die schreienden sozialen Ungerechtigkeiten und die nach wie vor anhaltende massive militärische und polizeiliche Repression. **Eine der zentralen Forderungen war, eine neue Verfassung auszuarbeiten.**

Die massive Gewalt gegen die Protestierenden und Revoltierenden ist nicht zuletzt auf den Beschluss des Nationalen Sicherheitsrats zurückzuführen.

Ursachen und Protest

Das Regime unter Pinochet **privatisierte 1980** das **staatliche Rentenversicherungssystem** und ersetzte es durch ein Kapitaldeckungsverfahren. Dazu wurden private Rentenfonds gegründet. Auch die Strom- und Wasserversorgung, das Bildungswesen und das Gesundheitssystem wurden privatisiert. Keine Bildung – ohne Geld, keine Gesundheitsversorgung, für all dies müssen die Werktätigen in Chile selbst bezahlen. Die Lebenshaltungskosten sind fast so hoch wie in Deutschland – allerdings bei deutlich niedrigeren Löhnen: Das durchschnittliche Monatseinkommen liegt heute bei 610 Euro.

Die Miete für eine Zwei-Zimmer Wohnung außerhalb der Stadt kostet zwischen 273 und 600 Euro. Die Nebenkosten (Strom, Heizung, Klimaanlage, Wasser, Müll) für eine Wohnung mit 85 m^2 ca. 121,5 Euro. Eine einfache Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln kostet fast 80 Cent. Für den Weg zur Arbeit müssen die Werktätigen in Chile durchschnittlich 20 Prozent ihres Einkommens ausgeben. [3]

Viele halten sich mit Krediten über Wasser: 80 Prozent der über 18jährigen Chilen:innen sind verschuldet. Zudem ist Chile der OECD-Staat mit der größten sozialen Ungleichheit: Auf das reichste **ein Prozent entfallen 30 Prozent** des gesamten Nationaleinkommens. Auf die reichsten 0,01 Prozent der Bonzen (rund 500 Haushalte) über zehn Prozent.

50 Prozent der Chilen:innen arbeiten im Niedriglohnsektor und verdienen so wenig, dass sie eine durchschnittliche Familie nicht allein versorgen könnten ohne unter die Armutsgrenze zu rutschen. [4]

Doch erstmal zurück zu den Protesten

Gegen die umfassende Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und die soziale Ungleichheit entwickelten sich seit der **Transition** immer wieder große, heftige und militante Proteste. Ja, auch Klassenkämpfe breiter Schichten der Werktätigen.

Die Schüler:innenproteste 2006 mit der Forderung nach einer Reform des Bildungssystems. 2011 entbrannten gemeinsame Bildungsproteste von Schüler:innen und Studierenden. Sie forderten: *„Bildung soll kein Konsumgut, sondern ein soziales Recht sein. „*

Oder die **Bewegung „No Más AFP"** gegen die privaten Rentenfonds „Administradoras de Fondos de Pensiones" und die Protestwelle gegen die Privatisierung des Wassers „Movimiento por el Agua y los Territorios". Oder die Proteste und Aktionen der indigenen Mapuche gegen Chauvinismus, Rassismus und Landraub. [5]

In breiten chauvinistisch-rassistischen Kreisen der Großbourgeoisie und der oberen Mittelschicht Chiles wird die Existenz des Mapuche-Volkes bis heute geleugnet. Bezeichnend ist der Ausspruch Pinochets: *„Es gibt keine Ureinwohner, wir sind alle Chilenen."*

Konflikte um die **natürlichen Ressourcen Wald und Wasser** sind seit der Kolonialisierung der Mapuche auf der Tagesordnung. Stand 2021 waren über zwei Millionen Hektar – teils tausend Jahre alte – einzigartiger Araukarien- und Mischwälder von Holzkonzernen gerodet, verarbeitet und mit schnell wachsenden Eukalyptusbäumen und Kiefern bepflanzt worden.

3 de.numbeo.com/lebenshaltungskosten/land/Chile?displayCurrency=EUR, Juli 2023

4 oecdbetterlifeindex.org/de/countries/chile-de/

5 Die Mapuche sind ein indigenes Volk Südamerikas. Ihr angestammtes Gebiet erstreckt sich auf die Staaten Chile, Argentinien und Patagonien.

2008 besetzten Aktivist:innen der Mapuche Farmen und setzten Lastwagen von Holzfällern in Brand. Dabei wurde ein 22-jähriger Aktivist von der Polizei getötet.
Als Reaktion steckten die Mapuche Bulldozer, Fahrzeuge, Lagerhäuser und Verwaltungsgebäude der Holzfirmen in Brand und errichteten Straßensperren. Immer wieder greifen Polizei und Militär brutal die Mapuche an. 2019 reichten Vertreter:innen der Mapuche beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) eine Petition ein, worin sie Chile und Argentinien Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorwarfen und den IStGH aufforderten, dagegen vorzugehen. Ergebnis- und Folgenlos.

Revolutionärer Herbst 2019

Im Herbst 2019 nahm das Ausmaß von Unterdrückung, Wirtschaftskrise und Ausbeutung eine solch brutale Dimension an, dass eine Revolte ausbrach. Der Funke auf dem heißen Stein waren Kostenerhöhungen im öffentlichen Dienst. In diesen massiven Widerstandsaktionen schlossen sich die Kämpfer:innen der vereinzelten Kämpfe der letzten Jahre zusammen.
Der gesamte Fahrbetrieb der Metro in Santiago, die täglich mehr als 2,6 Millionen Menschen transportiert, war wegen der Proteste eingestellt und sämtliche Stationen blieben geschlossen. Millionen Werktätige demonstrierten in den Straßen. Im ganzen Land brannten Barrikaden. Schnell ging es nicht mehr um einzelne Reformen, sondern um einen Systemwechsel: ***„Chile Despertó" – „Chile ist aufgewacht"***.
Noch in der Nacht der ersten Demonstrationen rief die Regierung den Ausnahmezustand in Santiago aus. In den darauffolgenden Tagen wurde er auf alle Regionen des Landes ausgeweitet und eine nächtliche Ausgangssperre für eine Woche verhängt. Die Regierung schickte im ganzen Land an die 10 000 Soldat:innen auf die Straßen, die mit Panzerwagen und Kriegswaffen durch die Städte patrouillierten.
Mittlerweile läuft ein Gerichtsverfahren gegen den damaligen Präsident Piñera und weitere hochrangige Staatsbeamt:innen wegen Verstößen gegen die Menschenrechte während der Proteste. Unter den Anklagepunkten sind Mord, Folter, sexualisierte Gewalt und illegale Festnahme von Demonstrierenden aufgeführt. [6]

„Die Geschichte gehört uns, es sind die Völker, die sie machen"

Während der 2019er Revolte tauchten Bilder und Zitate von Salvador Allende auf. Im Unterschied zur Situation mit der Unidad Popular existierten aber weder politische Parteien noch Parteienbündnis, womit die Proteste angeführt wurden. Vor 50 Jahren führten die Arbeiter:innenklasse und die arme Bauernschaft die Bewegung an. 2019 waren es vor allem Jugendliche und Student:innen, die nichts mehr zu verlieren hatten.

6 Das staatliche Institut für Menschenrechte (INDH) dokumentiert 26 Morde und versuchte Morde, 347 Fälle von Teilverlust der Sehkraft oder Erblindung, 568 Fälle von unmenschlicher Behandlung oder Folter und 809 sexuelle Übergriffe. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun, ob Piñera die „Handlungen der Ordnungskräfte angeordnet, billigend in Kauf genommen bzw. nicht wirksam verhindert" hat. Was wirklich zynisch ist. Denn Piñera hatte den Protestierenden am 21. Oktober 2019 den Krieg erklärt, als er vor laufenden Kameras äußerte: „Wir sind im Krieg gegen einen mächtigen Feind." Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat bereits einen Antrag des Anklägers von Diktator Augusto Pinochet, Baltasar Garzón, auf Vorermittlungen gegen Piñera wegen Menschenrechtsverletzungen abgelehnt. Was genau der Haltung der imperialistischen Welt gegenüber dem Leidensweg des chilenischen Volkes entspricht, die sie seit Jahrzehnten einnimmt.

Transparent: „Chile wird das Grab des Neoliberatismus sein", Santiago, November 2019

Während der Unidad Popular waren viele Arbeiter:innen in Gewerkschaften organisiert, und diese verfügten über einen bedeutenden politischen Einfluss. Da die Gewerkschaften während der Militärdiktatur weitgehend zerschlagen wurden, spielten sie 2019 nur noch eine marginale Rolle. Aktuell gehören nur 22 Prozent der Arbeiter:innen einer Gewerkschaft an. [7]

2020 arbeiteten 69,2 Prozent aller Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich, 22 Prozent in der Industrie und 8,8 Prozent in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei.

Der Dienstleistungssektor erwirtschaftet 62,2 Prozent des **Bruttoinlandsprodukts** (BIP). Der Industriebereich 33,2 und der Bereich Land-, Forstwirtschaft und Fischerei 4,5 Prozent des BIP. [8]

Die Gewerkschaften sind zwar marginalisiert, dafür sind soziale Massen-Organisationen stärker geworden, die sich gegen Ausbeutung und den Export von Rohstoffen zusammenschließen. Auch die indigenen Völker nehmen eine bedeutende Rolle bei den Protesten ein und nicht zuletzt – der erstarkende Feminismus, der Kampf um gleiche Rechte für Frauen und gegen Femizide.

Und auch der Klassenkampf der Arbeiter:innen und Werktätigen hat enorm an Kraft gewonnen: Im November 2019 rief der **„Mesa de Unidad Social"** (Tisch der sozialen Einheit), ein Zusammenschluss aus über 70 Verbänden der Arbeiter:innen und sozialen Organisationen zu einem **Generalstreik** auf. Die Hafen- und Bergarbeiter:innen des größten Kupfer-Tagebaus Escondida kündigten einen nationalen unbefristeten Streik an.

Die Bergarbeiter:innengewerkschaft FTC schloss sich den Protesten an, das Kupferbergwerk Andina und die Schmelze Ventanas des staatlichen Konzerns Codelco mussten den Betrieb einstellen.

Wenige Tage nach den ersten Protesten schlossen sich die Revoltierenden in sogenannten Nachbarschaftsversammlungen, „Asambleas Territoriales", zusammen. Dort entstand auch der Prozess für eine verfassungsgebende Versammlung. Im November schloss die Regierung mit einigen Oppositionspolitiker:innen den „Acuerdo por la Paz y una Nueva Constitución", „Vertrag für den Frieden und eine neue Verfassung".

Ein Volksentscheid wurde beschlossen, über die Frage, ob es eine neue Verfassung geben soll oder nicht. Ebenso darüber, wie der Konvent für diese zusammengesetzt sein solle: Ein Verfassungskonvent aus gewählten Bürger:innen oder eine Convención Mixta, also ein Gremium jeweils zur Hälfte aus gewählten Bürger:innen und Parlamentarier:innen zusammengesetzt.

Am **25. Oktober 2020**, knapp ein Jahr später, fand eine erste Volksabstimmung statt. Die Wahlbeteiligung lag bei etwa **51 Prozent**. Eine überwältigende Mehrheit der Wähler:innen, die sich an der Wahl beteiligt haben, knapp **80 Prozent** stimmten für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Ebenso viele stimmten auch für eine verfassungsgebende Versammlung mit 155 vom Volk gewählten Personen. Lediglich 21 Prozent sprachen sich für eine Convención Mixta aus. [9]

Im darauf folgenden Mai wurden die 155 Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung in einer Wahl mit einer Wahlbeteiligung von 43 Prozent gewählt. Es kam eine linke Mehrheit zustande. Der Konvent war paritätisch besetzt: 78 Männer und 77 Frauen. Elisa Loncón, eine Angehörige der indigenen Gruppe der Mapuche wurde Präsidentin. Das rechte Regierungsbündnis Vamos Por Chile erzielte 37 Sitze (ca. 24 Prozent), die zentrums-linke Fraktion Apruebo 25 Sitze (ca. 16 Prozent) und Apruebo Dignidad als Zusammenschluss von Mitte-Links-Parteien 28 Sitze (ca. 18 Prozent). Unabhängige Kandidat:innen erlangten insgesamt 48 Sitze (ca. 31 Prozent). 17 Sitze (ca. 11 Prozent) waren für indigene Vertreter:innen reserviert und wurden durch diese besetzt.

Ab Juli 2021 hatte die Versammlung neun Monate Zeit (plus drei Monate optionale Verlängerung), um einen neuen Verfassungstext auszuarbeiten. [10]

Der legalistisch-parlamentarische Weg scheitert

Das Referendum fand am 4. September 2022 statt. Es gab Wahlpflicht. Dadurch kam eine große Wahlbeteiligung von 86 Prozent zustande.

62 Prozent der Wähler:innen **lehnten klar den Entwurf der neuen Verfassung ab**. Lediglich **37 Prozent** der Wähler:innen stimmten dafür. Nur in acht von 346 Gemeinden stimmte die Mehrheit der Bevölkerung für den Entwurf. Auch in der Hauptstadt Santiago kam keine Mehrheit für die neue Verfassung zustande. [11]

7 ver.di publik 4, 2023, S. 6

8 Statistisches Länderprofil, Statistisches Bundesamt, Ausgabe 06/2023, destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Laenderprofile/chile.pdf?__blob=publicationFile

9 amerika21.de/2020/10/244769/chile-neue-verfassung, 27.10.2020

10 blog.prif.org/2021/10/21/auf-kurs-in-unsicherem-fahrwasser-der-verfassungsprozess-in-chile/, Oktober 202

11 jungle.world/artikel/2022/37/die-grosse-enttaeuschung, 15.09.2022

Zahlen über Wahlbeteiligung, siehe https://dgap.org/de/forschung/publikationen/verfassungsreferendum-chile-gescheitert

Über die Gründe der Ablehnung wurde und wird viel spekuliert. Klar ist aber: Rechte, faschistische Parteien und Gruppen, die von Konzernen und Kapitalisten finanziert wurden, haben für die Ablehnung geworben. Mehr als 75 Politiker:innen, darunter mehrere aus der ehemaligen Concertacíon, hatten sich zu den Amarillos por Chile (die Gelben) zusammengeschlossen, um die Verabschiedung des Verfassungsentwurfs unbedingt zu verhindern.
Finanziert wurde ihre Kampagne hauptsächlich von Chiles Superreichen, der Großbourgeoisie. Die Propagandatrommel wurde gerührt: Die neue Verfassung sei von der „extremen Linken" ausgearbeitet worden, würde die „Türen für eine kommunistische Diktatur" öffnen, Häuser enteignen und Indigenen mehr Rechte geben als anderen Chilen:innen.
Mit dieser **antikommunistischen Hetz-und Angstpropaganda** haben die Herrschenden die Mehrheit des Wahlvolkes wieder auf ihre Seite ziehen können. Die „Linke", die sich angesichts des Sieges bei der Wahl zum Verfassungskonvent und Meinungsumfragen sicher fühlte, musste feststellen, dass sie sich getäuscht hatte.
Bei dieser Selbsttäuschung spielte das Vergessen der Tatsache eine große Rolle, dass bei der Konventswahl weniger als die Hälfte der Wähler:innen zur Urne gingen.

Was nun?
Bisher gilt noch immer Pinochets Verfassung von 1980 mit minimalen Veränderungen. Im **Dezember 2022** einigten sich die Parteien im Parlament mit großer Mehrheit auf einen neuen Verfassungsprozess, für eine „moderatere und realistischere Verfassung". Dazu verabschiedete der Kongress einen Zwölf-Punkte-Rahmen als Grundlage für die neue Verfassung.
Fortschrittliche Artikel aus dem Verfassungsentwurf wurden gestrichen: Zum Beispiel, dass Chile ein plurinationaler und interkultureller Staat sei. Die Autonomie der Zentralbank, der Wahljustiz, des Rechnungshofes und der Staatsanwaltschaft wird nun garantiert. Anfang März wurde eine Expertenkommission durch den Kongress eingesetzt, die nach dreimonatigen Verhandlungen bereits einen ersten Verfassungstext vorschlagen soll.
Am 7. Mai 2023 fand die Wahl einer neuen verfassungsgebenden Versammlung mit 50 Sitzen statt. Sie wird den Verfassungsvorschlag der Experten überar-

Der Verfassungsentwurf

Der neue Verfassungsentwurf legt eingangs fest, dass Chile ein sozialer, demokratischer und rechtsstaatlicher Staat ist: Plurinational, interkulturell, regional und ökologisch (Art. 1).

Der Staat muss die kollektiven Rechte der indigenen Gemeinschaften und die Autonomie „ihrer Länder, Territorien und Ressourcen" (Art. 79) sichern – und damit der Ausbeutung natürlicher Ressourcen, die seit vielen Jahren auf indigenem Territorium stattfindet, klare Grenzen setzen.

In Bezug auf die Ausbeutung der Natur wird eine „ökologische Demokratie" („democracia ambiental") (Art. 154) angestrebt (Kap. 3), die auf der Anerkennung der grundlegenden „Rechte der Natur" (Art. 127) beruht. Teil dieses demokratischen Ideals ist etwa ein „partizipatives und dezentralisiertes System der Wasserbewirtschaftung" (Art. 143) sowie die staatliche Verfügungsgewalt über die Mineralgewinnung (Art. 145). Mit der Einführung einer Art dezentralisierter „Ombudsperson zur Verteidigung der Natur" („Defensoría de la naturaleza") wird ein Verfassungsorgan geschaffen, das den Schutz der Natur vor menschlicher Ausbeutung gewährleisten soll (Art. 148-150).

Im Hinblick auf die Ausbeutung von Menschen führt die Verfassung eine Regulierung von Arbeit ein, die auf die Begrenzung des Zwangs zur Produktivität ausgerichtet ist (Art. 46-50): Dazu gehört etwa das Recht auf „gleichberechtigte Arbeitsbedingungen, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Erholung, Freizeit (sowie) digitale Entkopplung" (Art. 46, 1).

Darüber hinaus wird ein Schwerpunkt auf Gleichstellung (Art. 46, 2), Nichtdiskriminierung (Art. 46, 3) sowie auf den besonderen Schutz der reproduktiven Gesundheit von Arbeiter:innen gelegt (Art. 46, 5). Besonders erwähnenswert ist beim Verständnis von Arbeit die Anerkennung von Reproduktionsarbeit („Pflege- und Hausarbeit") als „ökonomische Tätigkeit", die „gesellschaftlich notwendig und unverzichtbar [...] für den Erhalt des Lebens und die Entwicklung der Gesellschaft" ist (Art. 49, 1). Daraus ergibt sich ein „Recht auf Sorge", das heißt „das Recht, für andere zu sorgen, umsorgt oder gepflegt zu werden und für sich selbst zu sorgen von der Geburt bis zum Tod. Der Staat ist verpflichtet, die Mittel bereitzustellen, um zu gewährleisten, dass Sorge oder Pflege in Würde und unter den Bedingungen der Gleichheit und der Mitverantwortung realisiert werden kann." (Art. 50)

Zu diesem Schutz des eigenen Körpers sowohl vor kapitalistischer Ausbeutung als auch vor einem autoritären staatlichen Eingreifen gehört auch, dass „allen Frauen und gebärfähigen Personen die Bedingungen für eine Schwangerschaft, für einen freiwilligen Schwangerschaftsabbruch sowie für eine freiwillige und geschützte Geburt und Mutterschaft" gewährleistet werden (Art. 61, 2).

beiten. Die abschließende Version der verfassungsgebenden Versammlung soll dann im **Dezember 2023** in einem weiteren **Referendum** vom Volk angenommen oder abgelehnt werden.
Insgesamt beteiligten sich 12,8 Millionen Menschen an den Wahlen im Mai 2023, das sind 84,4 Prozent der 15 Millionen wahlberechtigten Menschen. Allerdings machten allein die ungültigen Stimmen fast 17 Prozent aus, hinzu kamen Blankostimmen mit 4,5 Prozent.
Die rechte Republikanische Partei Chiles, die sich für die Beibehaltung der Verfassung von 1980 einsetzt, hat die Wahlen mit 35,42 Prozent deutlich gewonnen und wird somit für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung eine Führungsrolle einnehmen.
Die Republikaner:innen erhielten 23 Sitze, eine Zahl, die ihnen ein Vetorecht bei den Vorschlägen des Verfassungsrates verleiht. Der linke Block unter der Führung des chilenischen Präsidenten Gabriel Boric gewann 16 Sitze mit 28,57 Prozent und der Mitte-Rechts-Block 11 Sitze mit 21 Prozent. Der Mitte-Links-Pakt (Sozialdemokraten und Christdemokraten) gewann keine Sitze.
Die Ergebnisse zeigen ganz klar: die Verteilung der politischen Kräfte im Verfassungsrat sind diesmal diametral entgegengesetzt zum letzten Verfassungskonvent. Die **rechten und konservativen Oppositionskräfte** stellen eine **zwei Drittel-Mehrheit** in dem neuen Gremium.

Chile ist eine **Präsidialdemokratie mit einem Zwei-Kammer-Parlament**. Der/die Präsident:in wird alle vier Jahre direkt vom Volk gewählt. Er oder sie bestimmt die Richtlinien der Politik des Landes und ernennt und entlässt die Kabinettsmitglieder. Zudem kann das Staatsoberhaupt innerhalb eines gewissen Rahmens Dekrete mit Gesetzeskraft erlassen.
Bei den Kongresswahlen, die 2021 zusammen mit dem ersten Wahlgang zur Präsidentschaft stattfanden stimmten die Chilen:innen auch über die künftige Zusammensetzung des Nationalkongresses ab. Der Nationalkongress ist die gesetzgebende Macht in Chile und besteht aus zwei Kammern, der Abgeordnetenkammer sowie dem Senat.

Zu den **wichtigsten Wirtschaftszweigen** in Chile zählen der **Bergbau** und die **industrielle Landwirtschaft**, die beide auf den **Export** ausgerichtet sind. Exportiert werden Lithium für Elektroautos und Kupfer, Lachs, Avocados, Wein und Zellulose. Eine zerstörerische Ökonomie: Der Lithium-Abbau verursacht Wasserknappheit in der Atacama-Wüste im Norden Chiles, die Lachszucht verunreinigt die Meere mit Antibiotika, der Avocado-Anbau führt zu Dürren und die Holzindustrie verstärkt Landkonflikte mit den indigenen Mapuche im Süden des Landes. Sie schaffen zudem nur wenige Arbeitsplätze und bereichern hauptsächlich Großkonzerne.

Gabriel Boric – Neuer Präsident inmitten eines Verfassungsprozesses

Mit rund 56 Prozent der Stimmen gewann **Gabriel Boric** der Kandidat des linken Bündnisses „Apruebo Dignidad", „Ich stimme der Würde zu", am **19. Dezember 2021** die Stichwahl um die chilenische Präsidentschaft. Der Kandidat der rechten Koalition Frente Social Cristiano, der deutschstämmige **José Antonio Kast**, erhielt 44 Prozent. Kast ist erklärter Anhänger des Faschisten Pinochet.
Im März 2022 trat der bisher **jüngste Präsident (35)** des Kontinents sein Amt an – inmitten der Ausarbeitung der neuen Verfassung. Gabriel Boric und das Bündnis Apruebo Dignidad repräsentieren jene junge Studierenden, die 2011 die Bildungsproteste maßgeblich organisierten und die immer wieder die großen Massenproteste auf der Straße gegen Ungerechtigkeiten und Unterdrückung vorantrieben. Unter den unter 30-Jährigen wählten nahezu 70 Prozent Boric, die Mehrheit Frauen. Er wird von den Linken, den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen unterstützt. Aber auch ein breites Spektrum von Mitte-Links- und christdemokratischen Parteien hat für die Stichwahl zur Wahl von Gabriel Boric aufgerufen. [12]
Die Wahl von Gabriel Boric stellt nicht nur einen Generationenwechsel dar: 14 der 24 Ministerien des von Boric ernannten Kabinetts wurde mit Frauen besetzt. Eine feministische Aktivistin im Frauenministerium, eine Klimawissenschaftlerin im Umweltministerium, eine Frau im Innenministerium, eine im Außenministerium und eine Frau im Verteidigungsministerium.
Seine erste Rede als designierter Präsident begann Boric in Mapudungun, der Sprache der indigenen Mapuche: Seine Regierung werde sich für die Rechte aller Menschen in Chile einsetzen, für die Rechte der Frauen und Queers, für mehr soziale Gerechtigkeit und eine öffentliche Daseinsvorsorge sowie für einen

12 Gabriel Boric war 2009 Vorsitzender des Verbandes der Jurastudent:innen. Drei Jahre später wurde er Sprecher der Studentenföderation FECH, anschließend Vorstand der Konföderation CONFECH. Bei der Parlamentswahl im Jahr 2013 errang er als unabhängiger Kandidat ein Abgeordnetenmandat für die Region Feuerland. Er gründete die sogenannte Autonomistische Bewegung, die 2017 mit zehn weiteren Gruppen, unter dem Namen Frente Amplio (FA/Breite Front) kandidierte. Das Bündnis Apruebo Dignidad ist ein Zusammenschluss aus der Frente Amplio und der Kommunistischen Partei.

entschlossenen Kampf gegen den Klimawandel und seine Folgen für die Bevölkerung.

Also ein **links-reformistisches Sozialprogramm**. Boric will einen Sozialstaat aufbauen, er will ärmeren Schichten den Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung garantieren sowie die Situation der indigenen Bevölkerung verbessern. Die Einführung eines staatlichen Rentensystems und der Abbau der privaten Pensionsfonds soll forciert werden, reiche Personen und Konzerne, insbesondere im für Chile wichtigen Bergbausektor sollen künftig stärker besteuert werden. Das Budget für Kultur soll verdoppelt werden. Der Staat soll zudem Umweltschutz sowie den Zugang zu Wasser für alle Menschen garantieren.

In seinem **Wahlprogramm** stand die Wiedereinführung des Rechts auf Gesamtarbeitsverträge, die Stärkung der Gewerkschaften, die Einführung der 40-Stundenwoche und die Erhöhung des Mindestlohns.

Im April verabschiedete das chilenische Parlament die entsprechenden Gesetzesprojekte für die beiden letzten Versprechen. Doch um eine Mehrheit im Parlament zu erlangen, musste die Regierung Zugeständnisse gegenüber der rechten Opposition machen, und aufgrund der Inflation, die im letzten Jahr bei knapp 12 Prozent lag, fällt der **Mindestlohn** effektiv **deutlich** niedriger aus als versprochen.

Ein Gesetz für das **Recht auf ein Leben ohne Gewalt** soll im **Frauenministerium** erarbeitet werden. Weiteres Ziel ist die Integration von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Langfristig soll ein nationales Pflege- und Sorgesystem aufgebaut werden, um Frauen in der unbezahlten Care-Arbeit zu entlasten.

Um das alles umzusetzen, sind tiefgreifende Reformen im Wirtschaftsmodell Chiles notwendig. Doch das ist fast unmöglich.

Zum einen gilt immer noch mit **unwesentlichen Veränderungen die Verfassung von Pinochet**, die den Militärs und der Polizei **uneingeschränkte Macht** verleiht und die Wirtschaft und die politische Macht in den Händen der herrschenden Klassen, den Großkapitalisten, Bonzen, Großgrundbesitzern und Konzernen konzentriert.

Die Wirtschaft Chiles basiert momentan auf dem Export von Rohstoffen aus dem Bergbau sowie Agrar- und Forstwirtschaftsprodukten. Daran bereichern sich hauptsächlich Großkonzerne, die vermutlich mit Gewalt gegen grundlegende Reformen vorgehen werden.

Zum anderen verfügt Boric **nicht über die notwendige parlamentarische Mehrheit**, um diese Reformen im Alleingang zu realisieren. So stellt die Rechte seit März 2022 die Hälfte aller **Senator:innen**.

Im **Abgeordnetenhaus** erlangt das Parteienbündnis Chile Podemos aus rechten und rechtskonservativen Parteien mit rund 25 Prozent der Stimmen die meisten Sitze, gefolgt von Apruebo Dignidad mit ca. 21 Prozent.

Dem Mitte-Links-Bündnis Nuevo Pacto Social mit etwa 17 Prozent und dem faschistischen Bündnis Frente Social Cristiano mit rund 11 Prozent. [13]

Darum wurden im Kabinett Borics auch Politiker:innen aus der ehemaligen Concertación aufgenommen, um Kompromisse auszuhandeln. **Diese stehen jedoch mitnichten für einen Wandel.**

In dieser vierjährigen Periode stellt das **Wahlbündnis Apruebo Dignidad 23,8** Prozent der Abgeordneten. Eine gewisse Nähe als Grundlage für Kompromisse, parlamentarische Bündnisse oder gar Zusammenarbeit besteht am ehesten mit dem **zentrumslinken Wahlbündnis Nuevo Pacto Social**, mit der Dignidad Ahora und dem Partido Ecologista Verde.

Damit käme die Regierung auf eine absolute Mehrheit im Unterhaus. Jedoch ist diese brüchig.

Auf der anderen, rechts-konservativen bis faschistischen Seite kontrollieren die Parteienbündnisse Chile **Podemos Más und Frente Social Cristiano** jeweils 53 und 15 Mandate. Verschiedene Parteien die nicht zu einem der Blöcke gezählt werden können und Unabhängige nehmen die übrigen zwölf Sitze ein.

Außenpolitisch hat Chile mehr als 26 Freihandelsabkommen abgeschlossen. In vielen ist festgelegt, dass Konzerne den chilenischen Staat vor privaten Schiedsgerichten auf Entschädigungszahlungen in Milliar-

13 bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/343654/boric-gewinnt-praesidentschaftswahl-in-chile/ 21. Dezember 2021

denhöhe verklagen können, wenn dieser durch politische Entscheidungen ihre Gewinne beeinträchtigt.

Mehr als ein Jahr Gabriel Boric

Die **erste Niederlage** erlitten Gabriel Boric und Apruebo Dignidad am 4. September 2022, als die neue Verfassung von einer deutlichen Mehrheit abgelehnt wurde. Der Präsident entließ mit der ersten Umbildung Minister:-innen.

Der erste Jahrestag der Amtszeit von Boric brachten Apruebo Dignidad eine **zweite, große Niederlage** ein. Mitte März lehnte die Abgeordnetenkammer **die Steuerreform der Regierung ab**. Mit den Zusatzeinnahmen in Höhe von zehn Milliarden Dollar wollte die Regierung wichtige Projekte im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich sowie den ökologischen Umbau finanzieren.

Und Boric hat einige Wahlversprechen gebrochen: Er wollte die Polizei reformieren. Allerdings steigt die **Gewaltkriminalität** im Land massiv an. Einer Studie zufolge sind Kriminalität und Sicherheit die zentralen Themen, die große Teile der Bevölkerung in erster Linie umtreiben. Zwei Jahre zuvor waren Armut und soziale Ungleichheit auf Platz eins. Statt die Polizei zu reformieren, erhöht Boric nun ihr Budget. Gleichzeitig sollen **Gefängnisplätze um zwölf Prozent** aufgestockt werden.

Beim **Thema Migration** zeigt sich der neue Präsident auch als Wendehals: Kurz vor dem ersten Jahrestag seiner Amtszeit verfügte er die Militarisierung der Nordgrenze zu Bolivien, über die jeden Tag bis zu 500 Migrant:innen ohne Papiere ins Land kommen.

Gleiches gilt für die **Konflikte im Süden** des Landes, auf dem Gebiet der indigenen Mapuche. Boric wollte die Region befrieden und den Dialog suchen. Stattdessen hat er dort mehr Militär stationiert und in mehreren Teilen den Ausnahmezustand ausgerufen.

Mit einer zweiten Umbildung zum Jahrestag hat Boric sein Kabinett noch mal deutlich älter und männlicher gestaltet. Der neue Außenminister ist nun ein älterer Mann.

Natürlich hat Boric auch bereits **einige sozialdemokratische Reformen** durchgesetzt: Die Einführung der 40-Stunden-Woche, die Aufstockung des Mindestlohns auf rund 584 Euro, die teilweise Streichung der Selbstbeteiligung für Behandlungen im öffentlichen Gesundheitswesen und die Abarbeitung der Warteliste für chirurgische Eingriffe.

Ferner ein Gesetz, das die Zahlung von Unterhaltsgeld wirksam erzwingt und die Einführung von Gebühren auf Erze und Mineralien zugunsten der Regionen.

Der Präsident erklärte in seiner Rede zum ersten Jahrestag seiner Amtszeit, dass für alle durch die verheerenden Waldbrände zerstörten Wohngebäude Notunterkünfte errichtet und diese komplett ans Trinkwassernetz und die Stromversorgung angebunden werden. Von den geplanten 260 000 Einheiten des Wohnungsbauprogramms seien 190 000 bereits übergeben, im Bau oder in Planung.

Der öffentliche Personennahverkehr soll vorrangig ausgebaut, stillgelegte Zugverbindungen sollen wieder in Betrieb genommen werden. Zwischen Santiago, Valparaíso und Concepción seien Schnellzugverbindungen in der Planung.

Zusammengefasst

Die massiven und **zum Teil revolutionären Proteste Ende 2019** zeigten ganz offen: Das chileni-

Führende imperialistische Mächte in Chile

In Lateinamerika hat die **Großmacht China** im Handel die USA längst aus ihrem ehemaligen „Hinterhof" vertrieben.

2021 importierte Chile 29,8 Prozent aller Waren aus China und 17,4 aus den USA, gefolgt von Brasilien, Argentinien und Deutschland (3,2 Prozent).

Im selben Zeitraum **exportierte** das Land 38,6 Prozent nach China und 15,8 in die USA, gefolgt von Japan, Südkorea, Brasilien, Taiwan und Peru.

Bei den **ausländischen Direktinvestitionen** sieht es aber anders aus. Beim Bestand hält **Kanada** mit 13,7 Prozent den höchsten Anteil. Die **USA mit 10,4 Prozent auf Platz 2**, gefolgt von den Niederlanden, Großbritannien, Spanien, Italien und Belgien. Ihre Investitionen betätigen sie im Bergbau 27,5 Prozent, Finanzdienstleistungen 15,4; Strom/Wasser/Gas 14,8; Handel 5,3 und verarbeitende Industrie 3,7 Prozent.

Für **Deutschland** ist **Chile** lediglich ein **Rohstofflieferant.**

Bei den **Einfuhrgütern** machen Rohstoffe ohne Brennstoff alleine 48 Prozent aus. Nahrungsmittel 30,3 Prozent, Nichteisenmetalle-Metalle 8,6 Prozent, Chemische Erzeugnisse 7 Prozent, Getränke und Tabak 3,8 Prozent.

Deutschland hingegen **exportierte** 19,4 Prozent Maschinen, 17 Prozent chemische Erzeugnisse, 15,3 Prozent Fahrzeuge, und 12,4 Prozent Autos und KFZ Teile. [1]

Fonds für grünen Wasserstoff

Die Europäische Union hat beschlossen, bis 2030 jährlich 10 Millionen Tonnen grünen Wasserstoff zu importieren. Die **Präsidentin der Europäischen Kommission** Ursula von der Leyen, reiste im Juni 2023 nach Chile mit dem Ziel, das Land, vor allem seine Rohstoffe **nachhaltig und verstärkt auszuplündern**.

1 gtai.de/de/trade/chile/wirtschaftsumfeld/wirtschaftsdaten-kompakt-chile-156714, November 2022

sche Wirtschaftsmodell hat ausgedient. Doch was war der chilenische Ausweg? Ein Parlament, das tiefgreifende Reformen blockiert, junge Minister:innen, die peu à peu abgesetzt werden und ein Präsident, der den „Dialog sucht" und die Notwendigkeit des Dialogs mit **allen** – also auch den faschistischen – politischen Kräften unterstreicht.
Um es klar zu sagen, Boric kann nicht anders, als Kompromisse mit der rechten Opposition einzugehen, denn sie haben das Sagen und die Macht.

Boric Wahlsieg für die rosa-rote Linke in Lateinamerika

Nach den Wahlen von linksgerichteten und sozialdemokratischen Präsident:innen in Argentinien, Bolivien, Honduras, Mexiko, Peru, Chile, Kolumbien und Brasilien besteht in Lateinamerika die Hoffnung, dass die linksgerichteten und sozialdemokratischen Parteien in der Region weiter an Auftrieb gewinnen werden. Das bedeutet für die Arbeiter:innenklasse und für die Werktätigen **zumindest** einige kleine Verbesserungen.
In **Peru** fand im Dezember 2022 ein quasi- **nicht militärischer Doppelputsch** statt. Zum einen löste der gewählte sozialdemokratische Präsident Pedro Castillo den Kongress auf, um einem bereits dritten Amtsenthebungsverfahren gegen sich selbst zuvorzukommen und erklärte, zunächst per Notstandsdekret zu regieren.
Der von rechten Mehrheiten dominierte Kongress torpedierte fortlaufend seine Regierung. Die rechten Abgeordneten hatten Castillo vor sich her getrieben und nur auf den richtigen Moment gewartet, um ihn loszuwerden. Auf die Auflösung des Kongress durch Castillo folgte der Putsch gegen ihn. Castillos bisherige rechte Vize-Präsidentin Dina Boluarte stellte sich ebenso wie zahlreiche Minister:innen, Polizei und Militär gegen ihn und so setzte ihn das Parlament ab. Es gibt zahlreiche Proteste in Peru.
Eine der zentralen Forderungen der Demonstrierenden ist – wie in Chile – die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung.
Das gleiche Schicksal, wie Castillo, könnte auch Gabriel Boric ereilen, wenn er sich zu sehr mit der Macht, mit den Konzernen und der rechts-faschistischen Opposition anlegt.

Chile und die Linke

Die **Movimiento de Izquierda Revolucionaria, MIR** (Bewegung der revolutionären Linken) war eine revolutionäre Organisation, und orientierte sich an dem Revolutionskonzept Che Guevaras. Sie trat dem Bündnis Unidad Popular unter Allende nicht bei, sondern hielt kritische Distanz und propagierte den revolutionären Sturz des Regimes.
Nach dem Putsch unter Pinochet wurde die MIR brutalst verfolgt und war **eine der Hauptzielscheiben der Junta.** Viele ihrer Mitglieder wurden ermordet, andere gingen in den Untergrund und kämpften weiter.
Im **März 1986** spaltete sich die MIR in zwei Fraktio-

Transparent:
Wir fragen nicht um Erlaubnis die Geschichte zu ändern

nen. Eine Gruppe vertrat das **Konzept der Avantgarde und Stadtguerilla** und stellte den **bewaffneten Kampf** in den Vordergrund. Das bedeutet, die Gruppe verübt revolutionäre Anschläge, Aktionen und die Massen werden schon folgen. Die andere Gruppe stellte den **revolutionären Kampf der Massen** in den Vordergrund. In den folgenden Jahren verlor die MIR an Bedeutung.

Am 28. November 2020 bildete die MIR-EPG, (MIR-Ejército Guerrillero de los Pobres, etwa Guerilla-Armee der Armen) ein **Wahlbündnis** mit der Patriotischen Union (Unión Patriótica) und der Kommunistischen Partei (Proletarische Aktion), (Partido Comunista (Acción Proletaria)) für die Kommunalwahlen und die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung im Jahr 2021. Anschließend kündigten sie ihre Unterstützung für die Kandidatur von Eduardo Artés, Präsident der Unión Patriótica und Generalsekretär der PC(AP), für die Präsidentschaftswahlen im November an. Er erreichte 1,47 Prozent.

Die MIR bezeichnet Chiles Präsidenten Gabriel Boric als klaren Vertreter der US-Interessen in der Region. In einem Interview mit Radio La Primerísima führte Demetrio Hernández Mandiola, Generalsekretär der MIR aus: *„In der Tat sind sie so besorgt um ihr Image, dass sie eine Brille aufsetzen, die der von Salvador Allende sehr ähnlich ist, er steht wie Salvador Allende, er geht wie Salvador Allende, weil er die Linke an seiner Seite braucht, sonst wäre er einer mehr von denen, die bereits im rechten Lager sind".*

Die Gegnerschaft der MIR zu Boric und seiner Bewegung zeichnet sich ganz deutlich in ihrer Haltung zu **Nicaragua, Kuba und Venezuela**.

„Er hat diese neue Regierung und den Präsidenten immer als eine linke Regierung und einen linken Präsidenten dargestellt, und das erste, was er tut, ist, die lateinamerikanische Linke anzugreifen, insbesondere Nicaragua, Kuba und Venezuela..." [14]

MIR Vertreter:innen feierten gemeinsam mit Daniel Ortega, Präsident Nicaraguas, den 44. Jahrestag des Sieges der Sandinistischen Volksrevolution in Nicaragua: *„Wir umarmen das Volk von Nicaragua, Comandante Daniel Ortega und die Sandinistische Nationale Befreiungsfront – FSLN"*. [15]

Das zeigt eindeutig, wohin die ehemals revolutionäre Bewegung MIR heute läuft. Sie verteidigt heute Regime wie in Nicaragua oder Venezuela, die sich zwar nach wie vor als „demokratisch und sozialistisch" ausgeben, aber **autokratische, sozialfaschistische Regime** geworden sind. Auch wenn der US-Imperialismus diese Regime weiterhin im Fokus hat, das macht sie weder demokratisch noch sozialistisch.

Die MIR propagierte, am 4. September **GEGEN** die Neue Verfassung zu stimmen.

Fazit

2003 haben wir in der Trotz alledem! bereits skizziert, dass der **legalistisch-demokratisch-parlamentarisch-friedliche Weg** von **Salvador Allende**, der 1973 in einer blutigen Militärdiktatur ertränkt wurde, grundlegend scheiterte. Der Putsch war eine klare Ansage der Herrschenden Chiles und der sie unterstützenden imperialistischen Großmächte und Bündnisse, wie die USA und Staaten der heutigen EU ganz vorneweg West-Deutschland.

So antworten Chiles Herrschende auf Widerstand, Aufstand und Revolution ihrer Völker. Auch heute nutzen sie jedes Mittel, um den Ansatz von Reformen, zu untergraben. Sie unterstützen rechte und faschistische Parteien, die die Macht über Staat und Apparat haben, um die werktätigen Massen zu blenden oder wahlweise zu unterdrücken. Ihnen ist jedes Mittel recht, um die Länder Lateinamerikas und überall auf der Welt unter ihrer neokolonialen Knute zu halten. Notfalls greifen sie zum Putsch.

Die **Linke in Chile** und die **„Bewegungs"linke hinter Boric** ist zudem tief gespalten. Zum einen in ihrer Haltung zu den sogenannten „sozialistischen" Ländern wie Kuba und Nicaragua oder auch Venezuela. Zum anderen in der Frage zum Handel mit China oder den USA aber auch in ihrer Haltung zu Russland.

Trotz Alledem: In Chile hat sich ein radikal demokratischer Prozess entzündet. Ein tiefgreifender Wandel – keine Revolution – aber dennoch umfassende Reformen sowohl in politischer als auch in ökonomischer Hinsicht wären möglich, die auch über Chile hinaus strahlen könnten.

Die Proteste von 2019, die in eine revolutionäre Krise mündeten, sind allerdings erstmal vorerst erstickt und unterdrückt worden. Die erhoffte Verfassungsänderung ist „demokratisch" abgeschmettert worden. Die Verfassung von Pinochet ist mit unwesentlichen kosmetischen Änderungen weiterhin gültig.

Eine revolutionär-volksdemokratische Verfassungsänderung wird niemals durch Wahlen erreicht.
Nur durch Revolution!
Wenn Wahlen etwas grundlegend ändern würden, wären sie verboten.

14 radiolaprimerisima.com/gabriel-boric-peon-del-imperialismo-en-america-latina/, 26.07.2023
15 facebook.com/MIRdeChile/, 19.07.2023

Chile Zeittafel

Im südlichen Zentralchile werden menschliche Überreste gefunden, die von Wissenschaftler:innen auf über 14 800 Jahren datiert werden.

Vor rund 11 000 Jahren Besiedlung durch Atacameños und Chinchorros in den Tälern der Anden. Weiter südlich leben die Diaguitas und betreiben Viehzucht und Ackerbau.

Im 15. Jahrhundert siedeln die Inka bis zum Río Maule, rund 300 Kilometer südlich der heutigen Hauptstadt Santiago.

1520 umsegelt der Portugiese Ferdinand Magellan die südliche Spitze Lateinamerikas bis nach Chile. Er ist der erste Europäer – laut offizieller europäischer Geschichtsschreibung in Chile.

1540 durchquert Pedro de Valdivia die Atacama-Wüste und erreicht das Mapocho-Tal in Zentralchile. Die Kolonialisten bekämpfen die lokalen Stämme und gründen am 12. Februar 1541 Santiago del Nuevo Extremo (das heutige Santiago de Chile). Die spanischen Kolonisatoren kontrollieren große Landstriche des heutigen Chiles. Sie zwingen die indigene Bevölkerung dazu, Gold und Silber abzubauen sowie Landwirtschaft und Viehzucht zu betreiben. Die südlichen Teile Chiles kann Spanien allerdings nicht kolonialisieren. Die Mapuche leisten Widerstand.

1818 können Unabhängigkeitskämpfer:innen mit der Schlacht von Maipú (15 Kilometer südwestlich von Santiago) den Unabhängigkeitskrieg gegen Spanien gewinnen.

In den 1880er-Jahren siegt Chile im „Salpeterkrieg" gegen Bolivien und Peru. Die Regierung Chiles besiegt die Mapuche und annektiert das südliche Gebiet.

1970 gewinnt Salvador Allende vom linken Bündnis Unidad Popular (UP) die Wahlen. Die UP erreicht lediglich 36,3 Prozent aller Stimmen, dennoch wird Allende Präsident, da die anderen Parteien keine Bündnisse eingehen. Im Senat behalten die Christdemokraten und die Nationalpartei jedoch die Mehrheit.

Die UP und Allende regieren in Chile für 1 000 Tage. Sie versuchen, auf friedlichem und demokratischen Weg zum Sozialismus zu gelangen.

Die UP [1] vertritt mit ihrer Politik der Verstaatlichung von Großindustrie und Bodenverteilung der Großgrundbesitzer:innen vor allem die Interessen der nationalen Bourgeoisie und des Kleinbürgertums gegen die Kompradoren, die Großgrundbesitzer:innen und die imperialistischen Großmächte, allen voran die USA.

Am 11. September 1973 putscht der damalige Innenminister Augusto Pinochet mit dem Militär gegen die Regierung.

In den Tagen nach dem Putsch verfolgt das Militär die Anhänger der UP und der revolutionären Kräfte, verhaftet und foltert Zehntausende. Im Nationalstadion der Hauptstadt werden Tausende von Häftlingen festgehalten und viele von ihnen an Ort und Stelle ermordet.

Der Nationale Geheimdienst (Dirección de Inteligencia Nacional, DINA) hält politische Gefangene in verschiedenen Teilen des Landes in Haft- und Folterzentren fest, eines davon ist die deutsche Gemeinde Colonia Dignidad.

Noch vor Ende des Jahres 1973 sind 80 Prozent der Reformen der Unidad Popular zurückgenommen. Bauern werden enteignet, Verstaatlichungen werden zurückgenommen. Die Preise steigen um durchschnittlich 600 Prozent. Demokratische Rechte sind faktisch aufgehoben. Wahlen gibt es nicht mehr; die Parteien sind verboten und das Parlament ist aufgelöst.

Hunderttausende sind in Polizeigewahrsam, verschleppt oder sitzen in Konzentrationslagern.

Ungefähr 35 000 Menschen werden in den 17 Jahren der Diktatur gefoltert. Weitere 3 000 Personen gelten als vermisst. Sie werden als Desaparecidos (die Verschwundenen) bezeichnet. Angehörige wissen teilweise bis heute nicht, was mit ihnen passiert ist.

Ende 1989 findet die erste freie Präsidentschaftswahl nach Pinochet statt. Der Christdemokrat Patricio Aylwin vom breiten Parteienbündnis „Concertación" wird gewählt.

1 Die Unidad Popular (UP) war ein Bündnis aus sechs Parteien. Die revisionistische „Kommunistische Partei", die stark unter dem Einfluss der sozialimperialistischen Sowjetunion stand, die „Sozialistische Partei", deren Vorsitzender Salvador Allende war und die jede Form von Gewalt ablehnte, die „Radikale Partei", die „Bewegung der Einheitlichen Volksunion" (MAPU), die „Unabhängige Volksaktion" (API) und die „Sozialdemokratische Partei" 1971 schloss sich die „Christliche Linke" (IC) an.

Korrespondenz Nordkurdistan/Türkei

Über die Wahlen in Nordkurdistan/Türkei (II)

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Die angeblich **„Wichtigste Wahl des Jahres in der Welt“** ist gelaufen. Am 14. Mai wurden 60 Millionen 721 Tausend 745 Wahlberechtigte in Nordkurdistan/Türkei und 3 Millionen 423 Tausend 759 Wahlberechtigte aus Nordkurdistan/Türkei im Ausland, insgesamt 64 Millionen 197 Tausend 454 Staatsbürger:innen der Republik Türkei über 18 Jahre, für die Wahl des Präsidenten und des Parlaments an die Wahlurnen gerufen. Vorausgegangen war eine **heftige Propagandaschlacht** der **zwei Feind-Blöcke**, der **„Erdoğan-Verehrer“** und der **„Erdoğan-Hasser“**. Über diese hatte ich in meiner Korrespondenz vom 15. April berichtet. [1]

Ergebnis der Parlamentswahlen

Die **landesweite Wahlbeteiligung** an den Parlamentswahlen war mit **88,92** Prozent sehr hoch. Von den **im Ausland** lebenden Wahlberechtigten haben „nur“ **53,80** Prozent gewählt. Auch diese Wahlbeteiligung ist als sehr hoch zu bewerten, weil die Stimmabgabe nur in Konsulaten und an Grenzübergängen möglich war. Das bedeute für diese Wähler:innen stundenlange Fahrt- und Wartezeiten in Kauf zu nehmen.

Insgesamt haben in der Türkei und im Ausland 55 Millionen 835 Tausend 895 Wähler:innen, **87,05 Prozent ihre Stimme** abgegeben. Von diesen Stimmen waren 1 Million 393 Tausend 307, d.h. **2,17 Prozent** der Stimmen aller Wahlberechtigten **ungültig**.

An diesen Wahlen haben 24 Parteien teilgenommen. Die meisten Parteien sind unter dem Dach eines der fünf Bündnisse aufgetreten: „Cumhur İttifakı“ (Bündnis des Volkes), „Millet İttifakı“ (Bündnis der Nation), „Emek Ve Özgürlük İttifakı“ (Bündnis der Arbeit und Freiheit), „Sosyalist Güçbirliği İttifakı“ (Bündnis der sozialistischen Zusammenarbeit) und „ATA İttifakı“, (ATA Bündnis), da es eine Sieben-Prozent-Sperrklausel gegeben hat. Über den Charakter dieser Bündnisse und das Wahlsystem informierte ich die TA-Leser:innen bereits ausführlich in meiner oben erwähnten Korrespondenz. [2]

Wie erwartet haben die Bündnisse **„ATA İttifakı“** bestehend aus zwei und **„Sosyalist Güçbirliği İttifakı“** bestehend aus drei Parteien, die **Sieben-Prozent-Hürde nicht** erreicht.

„ATA İttifakı“ hat mit insgesamt 1 325 635 Stimmen, davon 109 236 die Adalet Partisi und 1 216 399 die Zafer Partisi, 2,43 Prozent erhalten.

Der Stimmenanteil für **„Sosyalist Güçbirliği İttifakı“** lag insgesamt bei 159 276 Wählerstimmen, davon für die **„Kommunistische Partei der Türkei“**, (Türkiye Komünist Partisi) 63 809; für die **„Kommunistische Bewegung der Türkei“** (Türkiye Komünist Hareketi) 17 476 und für die **„Linke Partei“** (Sol Parti) 77 992. Insgesamt ein Stimmenanteil von **0,29 Prozent**.

Bei den anderen **drei Bündnissen** sieht das Wahlergebnis bei den Parlamentswahlen folgendermaßen aus:

Cumhur İttifakı – Bündnis des Volkes (Auch Sechser-Bündnis genannt)

	Stimmenanteil	*Prozent*	*Parlamentssitze*
AKP	19 392 462	35,52	268
MHP	5 484 820	10.07	50
BBP	530 770	0,97	–
YRP	1 527 048	2,80	5
Insgesamt	**26 935 100**	**49,34**	**323**

Wobei die **AKP** dem Vorsitzenden der **Demokratik Sol Parti** [3] **einen** und der Hüda-Par **vier** ihrer Parlamentssitze abgegeben hat. Die AKP ist damit im Parlament momentan mit **263 Parlamentarier:innen** vertreten.

Millet İttifakı – Bündnis der Nation

	Stimmenanteil	*in Prozent*	*Parlamentssitze*
CHP	13 802 183	25,35	169
İYİ Parti	5 275 891	9,69	43
Insgesamt	**19 078 074**	**35,04**	**212**

Wobei die **CHP** von ihren **169 Parlamentssitzen** insgesamt **38** Sitze an die Parteien Saadet Partisi und

1 Siehe TA Nr. 91, S. 37-52

2 Siehe TA Nr. 91, S. 44-49

3 Die DSP und Hüda-Par haben sich dem Bündnis „Cumhur İttifakı“ für die Parlamentswahlen angeschlossen und Kandidaten auf AKP-Listen aufgestellt. Beide haben die Kandidatur Erdoğans bei den Präsidentschaftswahlen unterstützt. Sinan Oğan, der vierte Präsidentschaftskandidat der „ATA İttifakı“ hat sich in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl für die Wahl Erdoğans eingesetzt.

Gelecek Partisi (20), an die Deva Partisi **15** und an die Demokrat Parti **3** Sitze abgegeben hat. Die Kandidat:innen dieser Parteien wurden in CHP-Listen aufgeführt. Ein CHP-Parlamentarier ist nach den Wahlen zur İYİ Parti gewechselt, so dass **die CHP momentan im Parlament** mit **130 Parlamentarier:innen** vertreten ist.

Emek ve Özgürlük İttifakı – Bündnis der Arbeit und Freiheit

	Stimmenanteil	*in Prozent*	*Parlamentssitze*
Yeşil Sol Parti	4 803 922	8,22	61
Türkiye İşçi Partisi	956 057	1,76	4
Insgesamt	**5 759 979**	**9,98**	**65**

Wobei die **Yeşil Sol Parti** von ihren Parlamentssitzen **zwei** an die **Emek Partisi**; **zwei** an die Halkların Demokratik Partisi **(HDP)** (Demokratische Partei der Völker) und **zwei** an die **Demokratik Bölgeler Partisi** (DBP) abgegeben hat. Die letztgenannten beiden Parteien sind sowieso die, die Yeşil Sol Parti tragenden Parteien. Wäre kein Verbotsverfahren gegen die HDP anhängig, hätte die HDP unter ihrem eigenen Namen an den Wahlen teilgenommen. Jetzt ist die **Yeşil Sol Parti** mit **55 Parlamentarier:innen** im Parlament vertreten.

Was bedeutet dieses Ergebnis der Parlamentswahlen?

Die **AKP Erdoğans** ist auch nach 21 Jahren Regierung und trotz der sehr schlechten ökonomischen Situation der werktätigen Bevölkerung, trotz des anfänglichen desaströsen Krisenmanagements beim verheerendsten Erdbeben in Nordkurdistan/Türkei nach wie vor mit Abstand die **stärkste Partei**. Allerdings bedeuten 35,52 Prozent der Wählerstimmen für die AKP, im Vergleich zu den **vorhergehenden Parlamentswahlen 2018**, einen **Rückgang** um **7,04 Prozent**.
295 Parlamentssitzen 2018 stehen nun **263** Parlamentssitze gegenüber. Die Zeiten, in denen die AKP im Parlament allein über die absolute Mehrheit verfügte, scheinen endgültig vorbei zu sein. Im Parlament ist die Erdoğan-AKP unbedingt auf ein:en Partner:in angewiesen, um Gesetze verabschieden zu können.
Diese Partner:in hatte die AKP praktisch bereits nach dem blutigen **Putschversuch** der Gülenisten am 15. Juli 2016 in der ultranationalistisch, **faschistischen MHP** gefunden. Seit diesem Putschversuch regiert die MHP mit, **ohne direkt mit eigenen Minister:innen an der Regierung** beteiligt zu sein. Die Politik der AKP-Regierung wird aber durch den **Pakt mit der MHP** nach und nach **immer** nationalistischer und faschistischer.

Der Rückgang des Stimmenanteils der AKP bei den Parlamentswahlen ist zwar wichtig, aber für die Exekutive nicht ausschlaggebend. Denn die Türkei wird seit dem Regierungs-Systemwechsel 2017 mit Präsidialsystem à la turka regiert. Der direkt gewählte Präsident hat bei diesem System eine unheimliche Machtfülle und kann – wenn er es nötig findet – am Parlament vorbei durchregieren.
Insofern war die am 14. Mai parallel mit den Parlamentswahlen laufende **Wahl des Präsidenten** ausschlaggebend für die Machtverhältnisse und viel wichtiger als die Parlamentswahlen.

Gewinnerin der Parlamentswahlen ist eindeutig die **Cumhur İttifakı**, deren Hauptparteien AKP und MHP sind. Sie haben im neuen Parlament, wie im alten, die **absolute Mehrheit**. Sie können jedes Gesetzesvorhaben ohne Schwierigkeiten durchbringen. Ihre Mehrheit reicht allerdings **nicht** für eine **Verfassungsänderung**. Hierfür sind 360 Parlamentarier:innen notwendig. Ebenso wenig können sie mit ihrer Mehrheit eine **Volksabstimmung** beschließen, denn dafür sind **400 Stimmen im Parlament** notwendig. Für eine etwaige Verfassungsänderung mit anschließendem Referendum brauchen sie etwa **40 zusätzliche Stimmen** von anderen Parteien. Sie benötigen allerdings keine Verfassungsänderung, um zu regieren. Aber um die Opposition, das Millet İttifakı (Bündnis der Nation) zu spalten kann ein Verfassungsänderungsvorschlag ein geeignetes Mittel sein.

Für die **ganze Opposition** ist das Ergebnis der Parlamentswahlen ein **Desaster**. Sie ist ja lautstark im Wahlkampf mit dem Anspruch aufgetreten, die **Zweidrittelmehrheit der Parlamentssitze** zu gewinnen, die **Verfassung zu ändern**, und wieder eine „gestärkte parlamentarische Demokratie einzuführen, indem sie das Präsidialsystem abschafft. Sie hat diese Wahlen zu einem Referendum über das P**räsidialsystem** hoch gepushed. Sie hat diese Wahlen als ***„Letzte Ausfahrt vor dem Untergang der Türkei"*** und als ***„überhaupt letzte Wahlen"*** im Falle eines Wahlsiegs Erdoğans gewertet. Mit diesem Horrorszenario hat sie um Stimmen geworben. Das Ergebnis: Eine **erneute Wahlniederlage** gegenüber Erdoğans AKP.

Anstatt nach den Gründen für die **akute Unglaubwürdigkeit dieses Bündnisses** bei der Mehrheit der Wahlbevölkerung zu suchen, wird entweder, wie

der gemeinsame Präsidentschaftskandidat der Opposition **Kılıçdaroğlu** es macht, die Niederlage in einen Sieg umgedeutet: *„Nein die **AKP** hat **nicht gewonnen**. Es ist die AKP, die verloren hat. Sie hat über **7** Prozent **ihrer Wählerstimmen** verloren."* Oder aber Kılıçdaroğlu wird von seinen **innerparteilichen CHP-Rivalen**, vor allem dem Istanbuler Bürgermeister İmamoğlu für die **Niederlage als einziger Sündenbock** angeprangert.

Die **legalistische, parlamentaristische, reformistische Linke**, die sich bei diesen Parlamentswahlen am 14. Mai an die HDP angehängt oder aber sich selber zur Wahl gestellt hat, erzielte einen Stimmenanteil von **etwa 2 Prozent.** (TIP (Arbeiterpartei der Türkei) 1,76 Prozent + TKP (Kommunistische Partei der Türkei) 0,12 Prozent + TKH (Kommunistische Bewegung der Türkei) 0,03 Prozent + Sol Parti (Linke Partei) 0,14 Prozent, **insgesamt 2,05** Prozent). **2** Mandate der **Emek Partisi** und **4** Mandate der **TIP** sind nur möglich gewesen, weil diese Parteien sich unter der Schirmherrschaft der **HDP in der „Emek ve Özgürlük İttifakı"** bei den Wahlen aufgestellt haben. Zwischen 2 bis 3 Prozent ist das „Stimmanteilpotential" bei dieser Linken, die sich teilweise als sozialistisch und ja sogar kommunistisch ausgibt. Diese Parteien haben objektiv die Funktion dem **bürgerlichen Wahlzirkus** einen **Anschein der Legitimation** und Seriosität zu verleihen.

Was die **HDP** betrifft, so ist sie bei diesen Parlamentswahlen unter dem Namen **Yeşil Sol Parti** aufgetreten. Sie hat im Vergleich zu den vorigen Wahlen **2,88 Prozent Stimmen** verloren. Das liegt vor allem an den **immer massiver** werdenden faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen des Staates gegen diese Partei. **Tausende von Kadern**, so auch die ehemaligen Co-Vorsitzenden der HDP, Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ sind für Jahre **in Knästen** eingekerkert. Die Möglichkeiten, die Werktätigen durch die **eigene Parteipropaganda** zu erreichen, sind für die HDP **unheimlich** begrenzt. Unter diesen Bedingungen sind **natürlich 8,8 Prozent** der Stimmen als **ein Erfolg** einzuschätzen. Allerdings sollte die wachsende **Unzufriedenheit unter den HDP-Anhänger:innen** über die Politik der Unterstützung der bürgerlichen Opposition mit der Begründung „Hauptsache, Erdoğan muss weg", auch als ein Faktor gesehen werden, der bei dem **Rückgang** des Stimmanteils, nicht unterschätzt werden sollte.

Ergebnis der Präsidentschaftswahl

Erste Runde:

In der ersten Runde der Präsidentschaftswahl am 14. Mai standen **vier Kandidaten** auf dem Wahlzettel: Der Kandidat der Cumhur İttifakı, **Recep Tayyip Erdoğan**, der Kandidat der Millet İttifakı, **Kemal Kılıçdaroğlu**. Zu diesen zwei Hauptanwärtern auf die Präsidentschaft gesellten sich noch **zwei Kandidaten**, die die für die Teilnahme notwendigen Unterschriften von über Hunderttausend Wähler:innen ausweisen konnten: **Muharrem İnce**, der in der vorherigen Präsidentschaftswahl 2018 als Kandidat der CHP ins Rennen geschickt wurde und verloren hatte. Sowie **Sinan Oğan**, der als Kandidat der ATA İttifakı antrat.

Die **HDP**, die bei den **Wahlen 2018** ihren Co-Vorsitzenden **Selahattin Demirtaş** ins Rennen geschickt hatte und 8,40 Prozent der Stimmen für ihn gewinnen konnte, hatte **2023 zugunsten von Kemal Kılıçdaroğlu** auf eine eigene Kandidatur verzichtet. Auch der **Großteil** der verschiedenen linken, sich revolutionär, sozialistisch, ja teilweise kommunistisch nennenden linken Gruppen hatte ihre Unterstützung für Kılıçdaroğlu erklärt. *„Es geht zuallererst einmal um die Verhinderung der Weiterherrschaft von Erdoğan"* wurde argumentiert, gegen alle revolutionären Kritiker:innen dieser reformistischen und anbiedernden Politik der **Unterstützung einer Fraktion der Bourgeoisie** gegen die andere.

Damit war Kılıçdaroğlu der gemeinsame Kandidat nicht nur der Millet İttifakı sondern fast der gesamten bürgerlichen und auch **des „linken" Anti-Erdoğan-Lagers.**

Die **Prognose für den Wahlausgang**, die angeblich von allen Wählerbefragungen bestätigt wurde, war: Kemal Kılıçdaroğlu würde in der **ersten Runde mit großem Abstand** gewinnen. Seine Anhänger:innenschaft sprach bereits lange vor den Wahlen von ihm als **„unser 13. Präsident"**. Kılıçdaroğlu, dessen Hauptparolen im Wahlkampf inhaltsschwer wie folgt lauteten: **„Ich bin Kemal. Ich komme."** „Ich verspreche, neue Frühlinge werden kommen!", verkündete im Wahlkampf seinen **sicheren Sieg mit über 60 Prozent** der Stimmen.

Die **Kandidatur** für die Präsidentschaftswahl von **Muharrem İnce** war für den sicher geglaubten Sieg in der ersten Runde ein Störfaktor. In einer **üblen Kampagne in den CHP Medien** und in den **A-Sozialmedien** wurde İnce zum Verräter an der Sache und als Agent von Erdoğan tituliert. Kurz vor den Wahlen wurde er faktisch auch mit der **Verbreitung von Fake Pornovideos** zum Rücktritt von der Kandidatur gezwungen.

Gegen die Kandidatur von **Sinan Oğan** hatte das **Anti-Erdoğan-Lager** keine Kritik. Sie ging davon aus dass diese Kandidatur eher der Cumhur İttifakı, also Erdoğan, schadet, weil er vor allem von MHP-Anhänger:innen gewählt werden würde.

Nun, es kam anders. Das **Endergebnis** des ersten Wahlgangs mit einer Wahlbeteiligung von 87,04 Prozent sah folgendermaßen aus:

Kandidaten	*Stimmenzahl*	*in Prozent*
Recep Tayyip Erdoğan	27 133 849	49,52
Muharrem İnce*	235 783	0,43
Kemal Kılıçdaroğlu	24 595 178	44,88
Sinan Oğan	2 831 239	5,17

Von den abgegebenen 55 833 153 Stimmen waren 1 037 104 ungültig. [4]

Das heißt, die Behauptung des Kılıçdaroğlu-Lagers, die **noch in der Wahlnacht** bei der Stimmzählung bis etwa Mitternacht in den Oppositionsmedien aufrechterhalten wurde, zerplatzte wie ein zu sehr aufgeblasener Ballon.

Obwohl **offensichtlich** war, dass ein Wahlsieg von Kılıçdaroğlu in der ersten Runde nicht möglich war, standen die **CHP Bürgermeister von Ankara und Istanbul** in einer von den CHP-Medien direkt übertragenen Sendung als **„Vertreter unseres dreizehnten Präsidenten Kemal Kılıçdaroğlu“** auf der Bühne und erklärten unisono **seinen Wahlsieg in der ersten Runde**.

Zu dieser Zeit wussten beide, dass Erdoğan mit einem uneinholbaren Vorsprung vorne lag. Später rechtfertigte der Istanbuler Bürgermeister Ekrem İmamoğlu diese offene Lüge mit den Worten: *„Nun, wir wollten dadurch ja eine panikartige Enttäuschung unserer Wähler und darauf folgende mögliche unüberlegte Aktionen verhindern. Wir wollten der Demoralisierung unserer Wähler entgegenwirken.“*

Die Mathematik sprach klar:

Die **Präsidentschaftswahl** wurde zwar in der ersten Runde nicht entschieden. Aber in der zweiten Runde zwei Wochen später bräuchte **Erdoğan** etwa **300 000 Stimmen** mehr, um erneut gewählt zu werden. Während sein **Gegenkandidat das Zehnfache** dessen, etwa **3 Millionen zusätzliche Stimmen** benötigte. Hinzu kam, dass eigentlich klar war, dass die in der ersten Runde an Sinan Oğan gegangen Stimmen unmöglich als Block an Kılıçdaroğlu oder Erdoğan gehen würden, sondern dass die Wähler:innen ihre Stimmen zwischen den **beiden Kandidaten aufteilen** würden. Weiter war auch sehr unwahrscheinlich, dass bei einer so hohen Wahlbeteiligung von 87,4 Prozent im ersten Wahlgang, für den zweiten Wahlgang noch neue zusätzliche Wähler:innen zu mobilisieren waren. Zudem hatte die Millet İttifakı bei den **Parlamentswahlen** eine **krachende Niederlage** erlitten. Die **Cumhur İttifakı** hatte im Parlament **die absolute Mehrheit** gewonnen.

Unter diesen Umständen war die **zweite Runde** eher ein **formeller Akt**, an dessen Ende die Wahl des **alten Präsidenten Erdoğan zum neuen Präsidenten** offiziell bestätigt wurde. Jeder politisch denkende und handelnde vernünftige Mensch, der den Tatsachen ins Auge sieht, wäre zu diesem Schluss kommen. Nicht so die bürgerliche Milleyet ittifaki und die sich an sie anhängende „linke“ Opposition in Nordkurdistan/Türkei.

Vorbereitung auf die zweite Runde und die Schande der reformistischen „Linken“

An dem der Wahlnacht folgenden Tag, erzählten uns die Märchenonkel und -tanten, TV-, Zeitungs-Kommentator:innen und Pseudo-„Analyst:innen“ in den „oppositionellen Medien“, dass **eigentlich die AKP die Verliererin dieser Wahl** sei. Sie hatte ja um die 7 Prozent weniger Stimmen bekommen. Außerdem konnte diesmal Erdoğan nicht in der ersten Runde gewählt werden. Damit war er definitiv der Verlierer dieser Wahl!

Vergessen waren auf einmal die Wahlziele und der Mantra-artig wiederholte feste Glaube, drei Viertel der Parlamentssitze zu gewinnen, sowie in der ersten Runde mit 60 Prozent der Stimmen die Präsidentschaftswahl zu gewinnen und das Regierungssystem

4 Der Name von Muharrem İnce konnte nicht von den Wahlzetteln gestrichen werden, da sie bereits einen Monat vor der Wahl gedruckt und an die Wahlbezirke verteilt worden waren.

zu verändern etc. Auf einmal waren die Mehrheitsverhältnisse im Parlament, das ja in dem neuen System seine Funktionen weitgehend verloren hatte, nicht mehr so wichtig.
Wichtig war **jetzt** das **Präsidentenamt**. Und wichtig war nun mehr denn je die **Einheit der Opposition**. **Motto** war: *„Sich vereinheitlichend und vereinheitlichend werden wir siegen".* (Birleşe birleşe kazanacağız!) Jede Kritik und kritische Haltung in diesen zwei Wochen nutze nur Erdoğan. Leute, die Kritik an der bisherigen Linie der Führung der Parteien haben, sollen in diesen zwei Wochen ihren Mund halten und für den Sieg Kılıçdaroğlus kämpfen.

Am **zweiten Tag nach der Wahlnacht** trat ein ganz anderer Kılıçdaroğlu vor die Kameras. Der **süßlich-säuselnde Onkel und Großvater**, der von der Küche seiner Wohnung aus allen möglichen Gesellschaftsschichten, vor allem aber den Jugendlichen alles Mögliche, außer vielleicht die **Sterne vom Himmel**, versprochen hatte, trat nun als ein **brüllender „Kämpfer-Löwe"** auf. In einem Twitter-Videoclip schlug er mit der Faust auf seinen Küchentisch und schrie: *„Nicht wir haben verloren, sondern Erdoğan. Hier-bin-ich! Wir-werden-sie-gen! Punkt!"*.

Kılıçdaroğlu hat seine **rassistische, xenophobe Rhetorik extrem verstärkt**, um die am rassistischsten unter den Rassist:innen, die **Zafer Partisi** auf seine Seite zu ziehen. So kam es zu einem **Agreement** zwischen Kılıçdaroğlu und dem Vorsitzenden der Zafer Partisi, Ümit Özdağ. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz wurde an die Journalist:innen ein Dokument verteilt, aus dem unter anderem hervorging, dass **beide Seiten darin einig sind, alle sich in der Türkei aufhaltenden Geflüchteten in kürzester Zeit in ihre Heimat zurückzuschicken**, dass der Staat gewählte Bürgermeister, die nicht staatskonform handeln, durch Vertrauenspersonen (Kayyum) ersetzen kann, dass alle Arten des Terrorismus scharf bekämpft werden, dass es keine Zusammenarbeit mit Terrorismus-Anhänger:innen geben kann. Dies alles bedeutete, dass die **wichtigsten Programmpunkte der Zafer Partisi von Kılıçdaroğlu** übernommen wurden. [5]

Spätestens ab diesem Punkt der Übernahme des Programms von der Zafer Partei musste allen klar sein, dass **Kılıçdaroğlu keine, wie auch immer geartete demokratische Alternative zum faschistischen Regime Erdoğans** ist sondern **sein Zwillingsbruder im Geiste**. Eine Wahl zwischen beiden wäre nichts anderes als die Wahl zwischen Pest und Cholera.
Was machte die reformistische Linke? Weiter so wie in der ersten Runde. Volle Kanne Unterstützung für Kılıçdaroğlu. In der gemeinsamen Erklärung des „Zentralen Leitungsgremiums (MYK)" der HDP und des Zentralen Leitungsgremiums der Grün Linke Partei (YSP) vom 17. Mai wurde festgestellt: *„Als die drittstärkste Partei des* Parla*ments haben wir verhindern können, dass das Regime die Wahl in der ersten Runde gewinnt. Wir sind in der zweiten Runde fest entschlossen dem Regime eine Niederlage beizubringen.*
Wir werden in den nächsten elf Tagen mit dem Kampfgeist unserer Völker, der uns Luft zum Atmen und Leben einhaucht, unseren eingeschlagenen Weg weitermarschieren und wir werden mit absoluter Sicherheit siegen."
Mit dem Ruf **„Wir sind hier. Wir werden siegen"** warben **HDP/YSP** mit ihrer ganzen Kraft für **Kılıçdaroğlus Sieg**, den sie als ihren eigenen Sieg, den sie als „**Sieg des Volkes über die Dunkelheit"** deklariert hatten!
Auch andere Linksreformisten wie **TKP, TIP, Sol Parti, Emek Partisi** etc. haben als Anhängsel der HDP für die Präsidentschaft von Kılıçdaroğlu, mit dem Programm der Zafer Partei fleißig wie die Bienen gearbeitet.

Endgültiges Ergebnis der Präsidentschaftswahl
„Geliyor gelmekte olan": Es kommt, was sich auf den Weg gemacht hat. Das war eine der Hauptparolen Kılıçdaroğlus in der CHP-Wahlkampagne. Mit einem Foto des nach vorne marschierenden Kılıçdaroğlu verziert!

5 Nach den Wahlen stellte sich heraus, dass beim Postenschacher Kılıçdaroğlu mit dem Chef der Zafer Partei, Özdağ, im Falle des Wahlsieges von Kılıçdaroğlu, dieser ihm versprochen habe ihm das Innenministerium plus zwei weitere Ministerposten zuzuschanzen. Dieser Postenschacher sollte aber geheim gehalten werden! Dafür haben beide Männer laut Kılıçdaroğlu ihr „Ehrenwort" gegeben.

Was sich aber auf den Weg gemacht hatte und kommen würde, das war am Ende der ersten Runde glasklar. Es kam, wie es sich angekündigt hatte. Das amtliche Endergebnis der zweiten Runde mit einer Wahlbeteiligung von 84,15 Prozent lautet:

Kandidaten	*Stimmenzahl*	*in Prozent*
Recep Tayyip Erdoğan	27 834 589	52,19
Kemal Kılıçdaroğlu	25 504 724	47,82

Dieses Wahlergebnis ist für die gesamte Opposition ein weiteres Desaster verglichen mit ihren im Vorfeld propagierten Wahlzielen. Gleich nach den Wahlen, in der Nacht des Wahlsieges, hat Erdoğan die AKP-Wahlkampagne für die im März 2024 vorgesehenen Regionalwahlen eröffnet und das Ziel gesetzt: Die bei den letzten Regionalwahlen an die CHP verlorenen Großstädte, vor allem Istanbul und Ankara, zurückzugewinnen.

Während Erdoğan sofort nach den Wahlen sein neues Kabinett gebildet, die Regierungsgeschäfte weitergeführt und der AKP die Direktive gegeben hat, die Gründe für die verlorenen sieben Prozent bei den Parlamentswahlen herauszufinden und die Fehler zu beheben, diskutierte die bürgerliche Opposition, ob die Wahlen verloren wurden oder nicht.

Während **Kılıçdaroğlu und seine Getreuen** die Niederlage negieren und sogar versuchen, in einen Sieg umzudeuten, „Höchste Stimmzahl und Stimmanteil, die ein CHP-Kandidat je hatte!", **brodelt es in der CHP**. Der **Istanbuler Bürgermeister**, einer der sieben Stellvertreter des durch die Wahl verhinderten „13. Präsidenten der Republik, Kemal Kılıçdaroğlu", **Ekrem İmamoğlu**, ist mit einem **„Manifest"** an die Öffentlichkeit gegangen. Er fordert im Namen der *„Veränderung, die die Gesellschaft will"* **Kılıçdaroğlu zum Rücktritt** auf. Er selbst sei natürlich bereit, die *„Veränderung der Gesellschaft, die bei der Veränderung in der CHP beginnen wird, anzuführen."* Kılıçdaroğlu hat aber auf keinen Fall vor, den Vorsitz der CHP abzugeben. Denn, so seine Begründung, er sei der Kapitän und ein Kapitän würde im stürmischen Meer sein Schiff nicht verlassen, sondern es zu einem sicheren Hafen navigieren. Dieser sichere Hafen sei der Sieg bei den Regionalwahlen. Wobei İmamoğlu natürlich der Kandidat der CHP bei den Regionalwahlen sein werde. Er solle in Istanbul bleiben und die Wahl gewinnen!

CHP geht einer Spaltung entgegen

Nach den Wahlen hat sich die Parteivorsitzende **Meral Akşener der İYİ Parti**, Mitglied im „Bündnis der Nation", mit einem sehr schnell zusammengezimmerten Parteikongress **ihren Vorsitz** bestätigen lassen. Damit hat sie praktisch alle ihre sie kritisierenden Weggefährten aus der Partei gedrängt. Diese Partei entwickelt sich zu einer **Sektenpartei** um ihre Vorsitzende.

Die **kleineren Parteien des Sechser-Bündnisses** (Bündnis der Nation) haben über die CHP-Listen insgesamt **38 Mandatsträger:innen** ins Parlament geschickt. Sie wären bei einem Wahlsieg sogar mitbestimmend an der Regierung gewesen. Für sie war die Teilnahme an der Millet İttifakı ein **sehr erfolg- und ertragreiches Geschäft**. Alleine hätten sie kein einziges Mandat durchgekriegt!

Die Millet İttifakı gibt es nicht mehr. Einige nach der Wahlniederlage ans Tageslicht gekommene Tatsachen, wie zum Beispiel die geheimen Postenschacher-Verhandlungen zwischen Kılıçdaroğlu und der Özdağ/Zafer Partei, zeigen dass dieses hauptsächlich durch die Erdoğan-Feindschaft zusammengehaltene Bündnis auf Postenschacher und gegenseitigen Intrigen aufgebaut war. Auch wenn sie die Wahlen gewonnen hätten, wären Machtkämpfe und ein Auseinanderbrechen des Bündnisses vorprogrammiert gewesen. So wie es momentan aussieht, ist ein **erneutes Bündnis und eine Zusammenarbeit dieser bürgerlichen Opposition** wie bei diesen Wahlen kaum möglich, weil eine schwere Vertrauenskrise zwischen den han-

delnden Politiker:innen und Parteien entstanden ist.

Andererseits zeigt das Ergebnis der Wahlen auch klar, dass die Opposition in den kommenden Regionalwahlen 2024 vor allem in Istanbul und Ankara nur eine Chance hat, nämlich dann, **wenn sie jeweils nur mit einem/einer gemeinsamen Kandidat:in auftritt**, und wenn **diese:r dazu auch noch von der HDP und der ihr folgenden reformistischen Linken unterstützt** wird. Momentan erklären fast alle oppositionellen System-Parteien und auch die **HDP, dass sie mit ihren eigenen Kandidat:innen** bei den Regionalwahlen antreten werden. Allerdings werden die Wahlen erst in über sieben Monaten stattfinden. Und sieben Monate sind in der bürgerlichen Politik ohne Rückgrat eine Ewigkeit. Wir werden sehen.

1. Mai 2023, Berlin

Uns interessiert dabei natürlich vor allem die Haltung **der reformistischen Linken**, die bei diesen Wahlen **nichts als Steigbügelhalter einer der Fraktionen der Bourgeoise** waren.

Nur wenige Revolutionär:innen, kommunistische Kräfte, bzw. Organisationen **kritisieren** diese Haltung vehement. Auch **in der HDP** läuft über diese Fragen eine Diskussion. **Ein Gewinn wäre es für den antifaschistischen, demokratischen Kampf, wenn Kräfte in der HDP/YSP eine Selbstkritik entwickeln** und einen **von der bürgerlichen Opposition unabhängigen Kurs**, einen „Kurs des dritten Weges" fordern und die Überhand gewinnen würden. Das hieße für die Regionalwahlen **überall eigene Kandidat:innen** mit einem **volksdemokratischen Programm** auf Regionalebene aufzustellen. Auch das werden wir sehen.

Was tun?

Während der Gewinner dieser Wahlen wieder einmal Erdoğan, seine AKP und natürlich die faschistische Staatsmacht der türkischen Kapitalistenklasse ist, sind die **Hauptverlierer:innen, wie bei allen Wahlen unter der Herrschaft der Bourgeoisie, die Arbeiter:innen und die Werktätigen, die Völker!** Niemand kann bei einer einigermaßen kontrollierbaren Wahl, bei einer Wahlbeteiligung von über 85 Prozent, wobei die ungültigen Stimmen nicht über 2 Prozent sind, ernsthaft die Legitimität des Wahlergebnisses in Frage stellen.

Die Bourgeoisie hat es wieder einmal geschafft, ihre Herrschaft über die Arbeiter:innen und Werktätigen, ihre faschistische Staatsmacht durch die Stimmen der Ausgebeuteten und Unterdrückten demokratisch zu legitimieren! Nach wie vor sind die Hoffnungen der übergroßen Mehrheit der Arbeiter:innen und Bauern/Bäuerinnen, der Werktätigen in Wahlen und das bürgerliche Parlament groß. Bei dieser Illusion der Massen tragen die legalistischen, parlamentaristischen, reformistischen „linken" Kräfte auch eine Verantwortung.

Es ist die **Aufgabe der revolutionären und kommunistischen Kräfte und Organisationen** durch unermüdliche systematische Aufklärungs- und Organisationsarbeit in und mit den Massen, durch unermüdliches Vorantreiben des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie die Illusionen über die Wahlen und das Parlament im bürgerlichem System zu zerschlagen. Dabei ist der ideologische Kampf gegen die reformistische „Linke", die unter dem Namen demokratisch, sozialistisch, ja teils sogar kommunistisch auftritt, heute wichtiger denn je.

Nur so werden wir vorankommen **im Kampf für eine neue Welt**, in der nicht die Ausbeuter:innen herrschen, sondern die **Arbeiter:innen und Werktätigen**. Eine Welt, in der die Menschen sich nicht als Herrscher:in sondern als Teil der Natur verstehen! Eine Welt in der keine Diskriminierung und keine Privilegierung existieren!

Eine Welt, die sich das Ziel setzt: „Jede/jeder nach ihren/seinen Fähigkeiten, Jede/jeder nach ihren/seinen: Bedürfnissen" und diesem Ziel im ununterbrochenen Klassenkampf näher kommt!

1. August 2023

Jiyan Azadi – Frau, Leben, Freiheit

Unterstützen wir den Widerstand der Frauen im Iran mit unserer ganzen Kraft!

Wir haben in der vorherigen Ausgabe von *Trotz Alledem!* [1] einen Artikel zu den landesweiten **Revolten, Protesten, ja einer sich entwickelnden revolutionären Situation** gegen das faschistisch-islamisch (schiitische) Regime im Iran veröffentlicht.

Auslöser war der gewaltsame Tod der Kurdin **Mahsā Jîna Amînī** in Polizeigewahrsam im September letzten Jahres. Die Revolten wurden brutalst weitgehend zerschlagen.

Das **Regime** übte und übt auch ein Jahr später nach wie vor faschistischen Terror gegen die Protestierenden aus: Viele Menschen sind aus nächster Nähe erschossen worden, wurden verschleppt, gefoltert, in Isolationshaft gehalten, in Gerichtsverfahren, die mit Gerechtigkeit nichts zu tun haben, zu langen Haftstrafen verurteilt.

Einige sind sogar zum Tode verurteilt worden. Mindestens sieben Menschen wurden im Zusammenhang mit den Protesten hingerichtet. Dutzende weitere sind von der Todesstrafe und Hinrichtung bedroht. [2]

Im Fokus der islamo-faschistischen Sittenwächter, Revolutionsgarden, Polizei und Sicherheitskräfte stehen weiterhin Frauen und Mädchen. Aktuell wird die **Verschärfung** der Vorschriften zur Zwangsverschleierung von Frauen massiv vorangetrieben. Zynisch verkündet der allmächtige Herrscher des Irans, Präsident Raisi vor dem Todestag Mahsā Jîna Amînī, die baldige „Umsetzung", ein neues, seit längerem geplantes Gesetz.

Nach der Ermordung von Mahsā haben sich **in Demonstrationen und Auseinandersetzungen** mit der Staatsmacht **viele Frauen** entschieden, das **Kopftuch abzulegen und mit offenem Haar unterwegs** zu sein. Eine ungeheure Provokation und ein Dorn im Auge der „Frauenverächter und Unterdrücker" der Herrschenden.

Auf den Straßen Teherans sind auch **heute** noch zahlreiche Frauen mit diesem „stillen Protest" demonstrativ unterwegs. Aber gerade das ist eine **offene Revolte gegen das Regime**. Ausdruck von immer stärker **werdendem Mut** und **Protest der Frauen**.

Seit der Niederschlagung der Proteste unternehmen die Sittenwächter immer wieder Versuche Frauen und Mädchen, auch mit Gewalt, das Kopftuch-Gebot aufzudrücken.

Den **Keim der Freiheit** und **des Widerstands** wollen die Herrschenden und ihre blutrünstigen Schergen mit allen Mitteln ersticken.

Warum haben sie bislang noch davor zurückgeschreckt das bisherige Gesetz flächendeckend mit verschärftem Terror durchzusetzen? Nach dem Mord an Mahsā haben sie nicht mit der **ungeheuerlichen Auflehnung und Wut** breiter Schichten der Frauen und Werktätigen im **September 2022** gerechnet.

Mittlerweile fühlen sich die Herrschenden **wieder fester im Sattel der Macht** und bereiten sich offen darauf vor „zurückzuschlagen". Mit Gewalt und maßloser Unterdrückung.

Das neue Gesetz soll 70 Artikel zur Schleierpflicht enthalten.

Anfang August diesen Jahres verkündete Raisi in einer Ansprache vor Soldaten der iranischen Revolutionsgarden: *„Ich versichere Ihnen, das Abnehmen des Kopftuchs wird definitiv ein Ende haben. Machen Sie sich keine Sorgen".*

Und der Vorsitzende des Rechtsausschusses des iranischen Parlaments, M. Mousa Ghananfarabadi, droht: *„Wir werden das Problem lösen. Das **Strafmaß**, das wir anstreben, wird **definitiv einen Effekt** haben."* [3]

1 Nr. 91, Mai 2023

2 amnesty.de/allgemein/kampagnen/iran-jina-mahsa-amini-proteste-niederschlagung-gewalt-stoppen

3 zdf.de/Nachrichten/Politik/Todestag Mahsa Amini: Wie die Kopftuch-Frage Iran spaltet.

Wir veröffentlichen hier den „AUFRUF – Keinen Raum den Mördern!“ und unterstützen ihn. Wir rufen euch alle auf: Geht auf die Straße!

Jin Jiyan Azadi – Frau, Leben, Freiheit

Doch wir haben auch **Kritiken an dem Aufruf**, die wir solidarisch anmerken wollen. In diesem Aufruf wird keine Kritik an der reaktionären sogenannten „Opposition“ im Iran, die auch im Ausland aktiv ist, geäußert. Zum Beispiel an der **„Grünen Bewegung“** von Mir Hossein Mousavi.

In seiner Bewegung tummeln sich

* die religiösen Reformer, zu denen **Mohammed Khatami** (Präsident von 1997 bis 2005) gehört,
* die Partei der **Diener des Wiederaufbaus** („Hezb-e Kargozaran“), zu denen Hashemi Rafsandschani (Staatspräsident von 1989 bis 1997) gehört,
* die konservativen Geistlichen der ersten Generation, die ihre Privilegien erhalten wollen.

Alles Parteien, deren Oberhäupter bereits an der **Regierung beteiligt** waren und **NULL** für die Rechte der Frauen und/oder nationalen Minderheiten, der Werktätigen getan haben.

Mousavi selbst war von 1981 bis 1989 **Premierminister**. Die Grüne Bewegung stützt sich auf Teile der Mittelschicht und auf Unternehmer und Kapitaleigentümer, die dank der Schattenwirtschaft, einer institutionalisierten Korruption und der Erdölprofite zu gewaltigem Reichtum gekommen sind und eine neoliberale Privatisierung der Wirtschaft fordern. [4]

In der sogenannten Opposition im Exil tummelt sich

4 Siehe dazu *Trotz Alledem* Nr. 91, S. 15

Am 16. September 2023 jährt sich der Todestag von Mahsā Jîna Amînī. Verschiedene Gruppen, Organisationen und Parteien rufen zu Solidaritätsdemonstrationen und Protesten gegen das Regime im Iran auf. Wir dokumentieren den Aufruf vom „Iranbündnis – Köln“:

AUFRUF – Keinen Raum den Mördern!

Am **16. September** jährt sich der Todestag von Jina Amini. Wie so oft war zu Beginn das mediale Interesse an der feministischen Revolution groß. Fast ein Jahr später ist das Thema Iran fast gänzlich aus den deutschen Medien, der Politik und auch aus dem Bewusstsein der „deutschen Linken“ verschwunden.

Während das Regime mordet, vergewaltigt und plündert, können regimenahe Vereine, Einrichtungen und Firmen in Deutschland ungestört und geschützt vom deutschen Staat ihre Netzwerke pflegen und ausbauen.

Auch einige deutsche Unternehmen können es scheinbar kaum erwarten, dass im Iran das Regime wieder fest im Sattel sitzt, um sich wieder dem Aushandeln milliardenschwerer Verträge zu widmen. Das Gerede von Demokratie und Menschenrechten von Seiten des Kapitals und des Staates sind Heuchelei. Das Gerede von feministischer Außenpolitik des deutschen Außenministeriums ist reine Symbolpolitik.

Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass Agenten des Regimes in Deutschland ungestört auf ein Geflecht von Vereinen und Einrichtungenzugreifen können, um Oppositionelle auszuspähen, Kritiker mundtot zu machen und sogar Terroranschläge vorzubereiten und durchzuführen.

Egal ob die IT-Firma in Meerbusch, die von Deutschland aus, das Internet im Iran zensiert oder die „blaue Moschee“ in Hamburg, die das Regime zum Vernetzen benutzt oder auch das „Iran-Haus“ in Köln, das von Agenten und Spitzeln des Regimes unter anderem auch für die Vorbereitung von Anschlägen verwendet wird. Das islamische Regime nutzt all diese Möglichkeiten in Deutschland zur Vernetzung, zur Organisierung und zur Propaganda. Der deutsche Staat möchte mit den wichtigen Geschäftspartnern keinen Konflikt. Also lässt er das Regime gewähren.

Gerade wurde bekannt, dass der Scharia Richter Hossein Ali Naeiri in einer hannoveranischen Klinik behandelt wird. Dieser war unter anderem 1988 an einer Todeskommission beteiligt, bei der Tausende Oppositionelle hingerichtet wurden. Es scheint, dass ein Massenmörder von diesem Kaliber einfach in Deutschland ein- und ausreisen kann, ohne dass jemand mal auf die Idee kommt ihn nach einem seiner zahlreichen Verbrechen zu fragen. Das ist kein Zufall oder eine Panne. Das deutsche Kapital und sein Staat hegen und pflegen wirtschaftliche und politische Verbindungen zum iranischen Regime. Das hat Geschichte. Das zu beenden, können nur wir selbst. Wir müssen den Mördern und ihren Verbindungen den Raum nehmen.

Wir planen am 22.09 vor das regimnahe Iran-Haus in Marienburg zu ziehen, um zu verdeutlichen, dass wir es nicht akzeptieren, dass das Regime ein Haus in Köln unterhält!

Für andere Gruppen in Deutschland:

Wir rufen dazu auf auch außerhalb von Köln regimenahe Einrichtungen, Vereine und Firmen ausfindig zu machen und Protestaktionen zu planen. Dem Regime nehmen wir nur gemeinsam den Raum!

Iranbündnis – Köln

auch **Reza Pahlavi,** der Sohn des letzten Schahs und seine Anhänger:innen. Für sie ist die Monarchie mit Reza Pahlavi an der Spitze die einzige Alternative zum aktuellen Regime.
Wir haben **nicht** vergessen, welche **Gräuel der Schah** und seine Marionetten, wie sein Geheimdienst SAVAK, angerichtet haben. Tausende Regimegegner:innen wurden festgenommen, verhört, gefoltert und auch hingerichtet. **Ein faschistisches Terrorregime!**
„Oppositionelle", die sich auf einen Thronfolger des Schahs beziehen und eine neue mögliche Monarchie aufleben lassen wollen, sind **keine Alternative!**
Von Oktober 2022 bis Februar 2023 wurden in Solidaritätsdemonstrationen in vielen Ländern der Welt eine Flut von verschieden Versionen der „iranischen Nationalflagge" geschwenkt. Insbesondere aber die **Fahne der Schah-Monarchie war dominierend**.
Am 5. Oktober kam es zu Auseinandersetzungen auf einer Kundgebung in Regensburg, zwischen kurdischen und monarchistischen Anhänger:innen.
Die Monarchist:innen entrollten vier große Flaggen. Grün-weiß-rot gestreift mit einem goldenen Löwen. Diese alte persische Flagge steht für Monarchie und mitnichten für Emanzipation und gegen das Patriarchat. In Brüssel wurden am 20. Februar iranische Oppositionelle von Ordnern der Schah-Anhänger:innen angegriffen und schwer verletzt.
In unseren Reihen haben weder Schah-Anhänger:innen noch Anhänger:innen der faschistischen Grünen Bewegung im Iran etwas zu suchen.
Nein! Sie bekämpfen wir.

Jin Jiyan Azadi – Frau, Leben, Freiheit!
Diese Parole lassen wir uns nicht von rückständigen und schon gar nicht von Monarchist:innen nehmen.
Es ist die Parole
der revolutionären Frauenbewegung!

20. August 2023

28. linke Literaturmesse Nürnberg 3. bis 5. November 2023

Die 28. linke Literaturmesse Nürnberg findet vom 3. bis 5. November 2023
im Künstlerhaus im KunstKulturQuartier Königstraße 93 in Nürnberg
statt. Mehr als 40 Verlage stellen ihr Programm vor, es gibt mehr als 50 Veranstaltungen. Die Messe bietet Raum für Debatten und Austausch für alle Interessierten zu aktuellen politischen Themen. Weitere Details demnächst sowie Programm ab Oktober unter
https://www.linke-literaturmesse.org/ oder www://instagramm.co/linke_literaturmesse.

Die Linke Literaturmesse startet am Freitag Abend, 3. November 2023, um 19 Uhr mit der Eröffnungsveranstaltung. Samstag öffnet die Messe um 10.00 Uhr und ab 12.00 Uhr können die Veranstaltungen der Verlage besucht werden.
Ebenso öffnet am Sonntag die Messe um 10.00 Uhr, die Veranstaltungen starten ab 12.00 Uhr und um 15.00 Uhr schließt die Messe. Die Messe wird veranstaltet von metroproletan archiv & bibliothek und dem Gostenhofer Literatur- und Kulturverein. Der Eintritt ist kostenlos.

Wir, von Trotz alledem! werden im Programm der Büchermesse eine Diskussionsveranstaltung anbieten:
Nordkurdistan/Türkei Mai 2023
Nachlese: Vor der Wahl ist nach der Wahl
Ergebnisse & Perspektiven und der Bankrott der „Linken"
Die Präsidentenschafts- und Parlamentswahlen in Nordkurdistan/Türkei im Mai sind entgegen hochgesteckter Erwartungen der „Opposition" wieder mit einem Sieg von Erdoğan und seiner „Allianz des Volkes" (Cumhur İttifakı) ausgegangen. Die Wahl war nicht eine Wahl zwischen „Demokratie gegen Ein-Mann Diktatur" wie viele „Linke", auch in Deutschland behauptet haben. Das war ein Kampf zwischen zwei Fraktionen der faschistischen türkischen Bourgeoisie um die Macht. Die Unterstützung der „Linken" für Kılıçdaroğlu gegen Erdoğan als Hoffnungsträger für Demokratisierung war eine Bankrotterklärung.
Warum das so war und wie die Perspektiven aussehen, darüber werden wir berichten und mit Euch hoffentlich diskutieren!

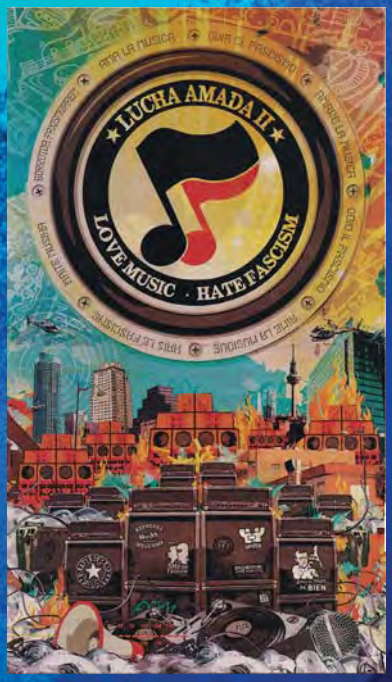
JUMP UP

Schallplattenversand

Wieder lieferbar!

Lucha Amada 3 — A Luta Continua

Im Jahr 2021 feierte Lucha Amada seinen 20. Geburtstag! Zu diesem feierlichen Anlaß stellen wir erneut einen Soli-Sampler zusammen, der befreundete Bands und Songs, die wir lieben, vereint. Die Erlöse spenden wir je zur Hälfte an die Zapatist@s (Mexico) und an JINWAR, einem feministischen Projekt im Herzen von Rojava (West Kurdistan/ North Syria).



Various: Lucha Amada II - love music. hate fascism

Doppel CD im Buchformat EUR 15,00

Alle Erlöse aus dem Verkauf werden an antifaschistische Gruppen und Initiativen gespendet. Unter anderem geht ein Teil an NSU Watch NRW und an die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh. Musikalisch orientieren sich die beiden CDs am Reggae & Ska, schielen aber verspielt zum Cumbia, Raggamuffin, Rap, Chanson, Dub, Punk und sogar zum Dupstep. So international(istisch) die Ausrichtung des Samplers, ist auch die Musikauswahl.

3 CDs im Buchformat EUR 19,90
4 LPs mit 48 S. Booklet EUR 49,90
4 LPs mit 48 S. Booklet & Baumwolltasche EUR 54,90

Schallplattenversand Matthias Henk
PF 11 04 47, 28207 Bremen

www.jump -up.de
info@jumpup.de

"Deutschlandfunk" + 13. September 1973 + "Wer sich einigermaßen in der chilenischen Geschichte auskennt, kann sogar für das Vorgehen der Streitkräfte ein gewisses Maß an Verständnis aufbringen ."

11. September 1973 ...Chile

"Feinde der Freiheit haben unser Land angegriffen" + dieser Satz von Georg W. Bush am 11.09.01 hat in Chile, wo nach dem faschistischen Putsch - mit Beteiligung der CIA -über 30.000 Menschen starben, bis heute einen eigenen Klang.

+ + + + + + + + + + + G. Liedtke - Dresdner Bank AG + 8. Oktober 1973 "Putsch in Chile ist für Banken positiv - In Südamerika kann wieder investiert werden." + + + + + + + + + +